



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 101

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 101

---

vom 3.2.2016

---

del 3/2/2016

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 101

vom 3.2.2016

## Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 492/15 vom 12.10.2015, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Maßnahmen gegen sogenannte Mietnomaden." (Fortsetzung) . . . . . Seite 1

Begehrensantrag Nr. 54/16 vom 4.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Foppa, betreffend die Unterstützung einer parlamentarischen Gesetzesvorlage gegen faschistische und nationalsozialistische Wiederbetätigung und 'Merchandising' entsprechender Artikel . . . . . Seite 6

Beschlussantrag Nr. 547/16 vom 7.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend Ökologischer Fußabdruck für Unternehmen, Organisationen, Verwaltung . . . . . Seite 15

Beschlussantrag Nr. 549/16 vom am 11.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Atz Tammerle und Knoll, betreffend die Fusion der Tiroler Landtage . . . . . Seite 22

Begehrensantrag Nr. 55/16 vom 12.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Tinkhauser, Mair, Blaas, Stocker S. und Oberhofer, betreffend Anpassung der Energiepreise in Südtirol an Österreich und Deutschland . . . . . Seite 31

Beschlussantrag Nr. 553/16 vom 18.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend Nein zur Brennergrenze". . . . . 34

Beschlussantrag Nr. 555/16 vom 18.1.2016, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Kurse in Bürgerkunde für Ausländer in Südtirol . . . . . Seite 44

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 101

del 3/2/2016

## Indice

Mozione n. 492/15 del 12/10/2015, presentata dal consigliere Pöder, riguardante misure contro i "furbi degli affitti (Continuazione) . . . . . pag. 1

Voto n. 54/16 del 4/1/2016, presentato dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante il sostegno della proposta di legge parlamentare contro la ricostituzione fascista e nazionalsocialista e il relativo merchandising . . . . . pag. 6

Mozione n. 547/16 del 7/1/2016, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante l'impronta ecologica per le aziende, le organizzazioni e l'amministrazione . . . . . pag. 15

Mozione n. 549/16 del 11/1/2016, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante l'accorpamento delle assemblee legislative della Provincia di Bolzano e del Land Tirolo . . . . . pag. 22

Mozione n. 55/16 del 12/1/2016, presentato dai consiglieri Leitner, Tinkhauser, Mair, Blaas, Stocker S. e Oberhofer, riguardante adeguare i prezzi dell'energia in provincia di Bolzano a quelli di Austria e Germania . . . . . pag. 31

Mozione n. 553/16 del 18/1/2016, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante no al confine del Brennero . . . . . pag. 34

Mozione n. 555/16 del 18/1/2016, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante corsi di educazione civica per gli stranieri in Alto Adige . . pag. 44

Beschlussantrag Nr. 557/16 vom 18.1.2016, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Begünstigungen und EEVE - gemeinsames Sorge-recht und Familiengemeinschaft . . . . .Seite 51

Beschlussantrag Nr. 319/15 vom 13.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend Zusammenarbeit mit dem Autismuszentrum Aurea (Fortsetzung) .Seite 57

Beschlussantrag Nr. 251/14 vom 6.11.2014, eingebracht von den Abgeordneten Stocker S., Mair, Blaas, Leitner, Tinkhauser und Oberhofer, betreffend Markenzeichen für 'echte Törggele-Betriebe' (Fortsetzung) . . . . . Seite 58

Mozione n. 557/16 del 18/1/2016, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante le agevolazioni DURP: affido condiviso e nucleo familiare . . . . .pag. 51

Mozione n. 319/15 del 13/2/2015, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante collaborazione con il centro per l'autismo Aurea (continuazione) . . . . . pag. 57

Mozione n. 251/14 del 6/11/2014, presentata dai consiglieri Stocker S., Mair, Blaas, Leitner, Tinkhauser e Oberhofer, riguardante marchio 'autentico Törggelen' (continuazione) . . . . .pag. 58

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.04 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt. Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich der Abgeordnete Steger entschuldigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 492/15 vom 12.10.2015, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Maßnahmen gegen sogenannte Mietnomaden."** (Fortsetzung)

Punto 4) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 492/15 del 12/10/2015, presentata dal consigliere Pöder, riguardante misure contro i "furbi degli affitti".** (Continuazione)

Gestern haben wir die Behandlung des Beschlussantrages begonnen.  
Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank, Herr Präsident! Es geht um die sogenannten "Mietnomaden". Dieses Wort habe nicht ich erfunden, sondern es wurde in Zeitungsberichten verwendet, die unter anderem über die Aussagen eines Wobi-Mitarbeiters berichtet haben. Dieses Thema taucht nicht das erste Mal auf. Es geht um Schlaumeier, die auf dem privaten Markt eine Wohnung mieten, die Miete nicht bezahlen und dann zum nächsten Vermieter gehen und dort wieder eine Wohnung mieten, die Miete aber auch wieder nicht bezahlen. Irgendwann einmal landen sie dann beim Wohnbauinstitut, wobei dieses nicht unbedingt feststellen, ob der Antragsteller jemand ist, der die Miete nie bezahlt. Es geht hier nicht darum, Leute zu bestrafen, die irgendwann einmal in finanzielle Schwierigkeiten geraten, warum auch immer. Es geht auch nicht um jene, die mit den Mieten beim Wohnbauinstitut im Rückstand sind. Das ist eine andere Thematik, die auch schon öfters angesprochen worden ist. Auch da löst man das Problem ja nicht einfach dadurch, dass man wegen ein paar nicht bezahlter Mieten die Leute aus den Wohnungen schmeißt. Wenn es zu viel wird, dann wird man natürlich irgendwann einmal handeln müssen, aber dann hat man ja immer noch das Problem, dass man trotzdem dafür sorgen muss, dass sie eine Wohnung haben. Es geht um jene, die tatsächlich so beschrieben werden. Offensichtlich gibt es beim Wohnbauinstitut gar einige Mieter, die bei mehreren früheren Vermietern Mieten offen haben. Ich will mit diesem Beschlussantrag erreichen, dass die Landesregierung, soweit es in ihren Entscheidungsbereich fällt, Maßnahmen setzt, damit künftig bei der Zuweisung der Wohnungen des Wohnbauinstitutes auch die vorangegangene Mietsituation berücksichtigt wird. Wenn der Antragsteller fahrlässig oder willkürlich Mietrückstände herbeigeführt hat, dann soll er von einer Zuweisung einer Institutswohnung ausgeschlossen werden. Wie gesagt, das Problem habe nicht ich festgestellt, sondern Mitarbeiter des Wohnbauinstitutes, die gesagt haben, dass es Leute gibt, die die Vermieter wechseln wie die berühmten Unterhosen und überall die Miete offen lassen, weil niemand so genau feststellen kann, ob sie beim letzten Vermieter bezahlt haben. Das Wohnbauinstitut verlangt von den Antragstellern ja eine Reihe von Unterlagen, und deshalb sollte auch das geprüft werden. Wenn man feststellt, dass man vorsätzlich systematisch Mietsituationen herbeiführt und die Mieten nicht bezahlt, dann sollte es die Möglichkeit geben, jemanden von einer Institutswohnung auszuschließen. Wie gesagt, es geht nicht um Rückstände beim Wohnbauinstitut, denn das ist eine andere Geschichte. Es geht auch nicht darum, dass man jemandem, der einmal für drei Monate die Miete nicht zahlt, rückwirkend einen Strick daraus dreht. Ich muss gestehen, dass ich mich sehr gewundert habe, als ich gehört habe, dass es solche Situationen gibt. Hier sind Leute am Werk, die das als regelrechte Schlaumeierei betreiben. Das sollten die öffentliche Hand und das Wohnbauinstitut nicht unbedingt unterstützen. Natürlich gibt es auch eine Reihe von rechtlichen Schwierigkeiten, vom Zivilgesetz-

buch und anderen Dingen, aber ich möchte nur, dass geprüft wird, ob wir dieser Situation Herr werden können und ob es Maßnahmen gibt, die man dagegen unternehmen kann.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Noi non sosterremo questa mozione, perché confonde i piani. A quanto ho capito, poi magari Andreas Pöder mi spiega se non ho capito bene, nella mozione propone di considerare fra le condizioni di accesso a un alloggio sociale anche il fatto di essere in regola con i pagamenti pregressi di affitti presso privati, perché se una persona non è in regola presso l'Ipes è già in un alloggio sociale. Io credo che queste cose siano due ambiti completamente diversi. Si può essere morosi presso l'ex padrone di casa per molti motivi, anche perché non si ha abbastanza soldi, perché l'affitto è troppo alto, perché è successo qualcosa, poi il collega dice che va lasciata un minimo di discrezionalità agli uffici di verificare i motivi, però in questi casi la discrezionalità è rischiosa. Io credo che l'affitto presso un proprietario privato è un ambito, l'affitto presso il diritto ad una casa Ipes in base ad un punteggio, a criteri ecc. è un'altra faccenda, e che questi due ambiti non possono essere mescolati.

Naturalmente il proprietario privato ha tutto il diritto di avere l'affitto e ha tutto il diritto di perseguire il moroso in tutti i modi possibili consentiti dalla legge, e fatemi dire che in questo campo è piuttosto debole, ma una cosa è la persona che non ha pagato l'affitto e che verrà inseguita dal proprietario finché non paga, un'altra cosa è il diritto di questa persona in base a certi requisiti sociali, di ottenere un alloggio Ipes.

Incrociare questi due aspetti ci porta il rischio che a persone che, proprio perché sono povere, hanno difficoltà economiche e quindi ad un certo punto non riescono più a pagare l'affitto verso il proprietario privato, venga sbarrata la strada alla soluzione di cui hanno diritto, cioè ad avere l'alloggio Ipes. Chi entra in un alloggio Ipes è in una condizione economica disagiata, e in questo contesto può rientrare anche il fatto che sia moroso presso l'affittuario privato.

Teniamo conto dei prezzi degli affitti in provincia di Bolzano. Se ci fosse una situazione di mercato raffreddato in cui le persone possono avere accesso ad affitti ragionevoli sarebbe un'altra faccenda, ma la situazione del mercato degli affitti in provincia di Bolzano è tale per cui davvero le persone appena entrano in difficoltà economica hanno difficoltà a pagare l'affitto e proprio per questo si mettono nelle graduatorie dell'Ipes per avere un alloggio sociale.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich weiß nicht, wie stark das Phänomen verbreitet ist, aber offensichtlich finden bei uns immer wieder Leute Schlupflöcher, um das soziale Netz auszunutzen. Es ist natürlich ein Unterschied, ob jemand in einer privaten Wohnung ist und eventuell auch einen Mietbeitrag vom Land bekommt. Dann ist die Kontrolle ja möglich. Wenn jemand aber eine Wohnung privat gemietet hat, die Miete nicht zahlt und in die nächste Wohnung geht, dann bleibt natürlich der Vermieter mit den Außenständen zurück. Die Politik hat auch die Verpflichtung, die Vermieter zu schützen. Wir haben in Südtirol einen sehr bescheidenen Mietmarkt, denn bei uns wollen alle ein Haus bauen oder eine Wohnung kaufen. Das möchte ich nicht kritisieren, aber der Umstand, dass wir wenig Spielraum auf dem Mietmarkt haben, führt möglicherweise zu solchen Situationen. Wenn Vermieter solche Dinge erleben, dann haben sie natürlich kein großes Interesse, überhaupt noch zu vermieten. Das ist ein großes Problem. Ich habe unlängst einmal gesagt, dass es neben dem Mieterschutz auch einen Vermieterschutz braucht. Wir müssen doch alles ein bisschen in Einklang bringen und haben großes Interesse daran, dass die leerstehenden Wohnungen auch vermietet werden. Natürlich wird der Vermieter darauf drängen, dass er die Mieten eintreiben kann, und es wirklich zu einem Phänomen wird, dass Leute nicht zahlen, dann besteht Handlungsbedarf. Im Übrigen gibt es im gesamten Bereich viele Unzulänglichkeiten. Es ist ein weites Feld, wobei ich neuerdings mit einem interessanten Fall konfrontiert war. Wenn jemand in Konkurs geht, so wird dieser vom sozialen Wohnbau ausgeschlossen. Auch da muss man fragen, ob das immer gerecht ist, wobei man sich die einzelnen Fälle natürlich anschauen muss. Es gibt viele Dinge, die zu berücksichtigen sind, aber bei 13.000 Sozialwohnungen und den Summen, die wir an Mietbeiträgen zahlen, wird in diesem Bereich schon sehr viel getan. Kontrollen sind hier sicher notwendig, damit man jene unterstützt, die wirklich Bedarf haben und nicht die Schlaumeier wieder fördert. Hier ist der Schritt vom Nutzen zum Missbrauch sehr eng. Das sollte abgestellt werden. Dann haben die Menschen wieder mehr Vertrauen in den Bereich des öffentlichen Wohnbaus.

**SCHIEFER (SVP):** Wir sind uns alle darüber einig, dass die Hausbesitzer und Vermieter ein wichtiger Wirtschaftsteil unseres Landes sind, wenngleich es bei uns nicht so viele gibt wie in Deutschland oder in Österreich. Trotzdem wissen wir, dass auch die Mieter zu schützen sind. Es gibt Fälle, in denen Mieter vielfach ausgenutzt werden, vor allem dann, wenn bekannt ist, dass sie einen Mietzuschuss erhalten. Dann schießen bekannterweise

die Mietpreise in die Höhe und es wird unter Umständen wesentlich mehr verlangt, als der Landeszins im Schnitt ausmacht. Wir haben natürlich Einzelfälle, so wie vom Kollegen Pöder erwähnt, bei denen Menschen nicht mehr in der Lage sind, die Miete zu bezahlen und vielleicht ein Mietnomadentum eingehen. Allerdings sind das meines Erachtens Einzelfälle. In vielen Fällen schreitet das Wohnbauinstitut ein. Wir sind der Meinung, dass es für diesen Missbrauch keinen Beschluss des Landtages braucht, sondern dass man dem entgegenwirken kann, indem das Wohnbauinstitut mehr und besser kontrolliert. Zudem soll man die Vermieter darauf hinweisen, dass es auch für sie einen rechtlich geregelten Schutz gibt und sie das Recht haben, eine Kautions zu verlangen, die eine Absicherung für den Fall ist, dass jemand für mehrere Monate die Miete nicht bezahlt. Auswüchse wird es immer geben, aber ich glaube nicht, dass der Landtag dazu da ist, um diesen entgegenzuwirken.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Esprimo un parere negativo in maniera sofferta, perché comprendo lo spirito della mozione che è anche cautelativo verso l'amministrazione pubblica che ha un patrimonio e non può permettersi di regalarlo a coloro che non ne siano degni, e su questo siamo d'accordo. Il problema è cercare di comprendere quale sia la finalità sociale dell'Ipes, che è quella di venire incontro a situazioni di grave difficoltà. Ciò non significa che chi si assume degli oneri poi non debba anche onorarli, significa però che in determinate parentesi della propria vita ci si può venire a trovare in condizioni di difficoltà. Questo accade sul libero mercato o quando si è inquilini dell'Ipes. Può accadere che queste situazioni siano transitorie, può accadere che in questi frangenti coloro che hanno richiesto l'utilizzo di un alloggio sociale perché non avevano i mezzi per poter ambire ad altra soluzione si trovino in difficoltà e sospendano i pagamenti, è giusto che l'ente pubblico faccia valere il suo buon diritto nel tempo, è giusto però anche che questo non possa costituire una pregiudiziale per venire incontro proprio a chi ne ha bisogno, altrimenti verrebbe meno la finalità sociale dell'Ipes.

Bisogna trovare un sottile equilibrio fra il diritto dell'ente pubblico che è il diritto di noi tutti, il diritto all'utilizzo attento e oculato del patrimonio pubblico con il diritto di coloro che si trovano in particolari situazioni di difficoltà che hanno bisogno di un aiuto. Se ciò non dovesse accadere, per assurdo da domani, ci troveremmo una serie di situazioni disperate talvolta giustificate da situazioni contingenti, citiamo solo il caso dei dipendenti della MEMC di Merano, per citare l'ultimo, che risolveranno, auspichiamo tutti, la loro situazione, ma oggi si trovano in questa situazione, hanno chiesto non a caso anche ieri all'assessore Tommasini un intervento per poter sbloccare gli interventi di sostegno al reddito anche legati al pagamento delle rate per alloggio Ipes, ci troveremmo nella situazione di trovarci di fronte a tanti disperati autentici, non persone che non hanno voglia di scontrarsi con il bene pubblico, sulla strada. Questo potenzierebbe il disagio sociale che invece un'amministrazione seria e consapevole ha il dovere di contenere.

Pur comprendendo le intenzioni non posso approvare la mozione. Bene che invece si apra un ragionamento complessivo per aiutare queste persone a uscire dal loro stato di disagio. Ovviamente chi fa il furbetto non deve avere spazio da nessuna parte, anche nell'Ipes.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Conoscete tutti la mia posizione riguardo le case Ipes e gli affitti. Non ho mai capito perché non si possa dare il contributo sull'affitto direttamente ai proprietari delle case, eviteremmo il problema che una persona intasca l'affitto, non lo dà ai proprietari dell'alloggio, quando in realtà la Provincia lo elargisce per riuscire a pagare il canone di locazione. So bene che nei momenti di difficoltà la persona preferisce pagare la bolletta della luce e fare la spesa e "poi pagherò". Poi questo "pagherò" diventa sempre più lungo, poi si cambia casa, sappiamo di casi dalla stampa, c'è una donna che penso sia andata da tutti noi consiglieri, che cambia casa continuamente, non paga mai l'affitto, riceve il contributo e lascia dei buchi incredibili ai proprietari delle case. Chiaramente questa donna non ha possibilità, ha dei figli, è senza lavoro, ma lo fa ormai sistematicamente. Non è possibile che contribuiamo a fare danni ai proprietari delle case, che non sempre sono miliardari. Sappiamo bene quanto costa un appartamento, fra IMU, tasse varie e ristrutturazione di questi appartamenti. Se non incassano ne hanno un danno, soprattutto se hanno affittato a queste persone che non hanno la possibilità di pagare loro un affitto, né lo avranno in futuro. Se il contributo è previsto per pagare l'affitto, che si dia direttamente ai proprietari e si facciano i controlli. Non si riesce a capire perché i proprietari di appartamenti devono fare da banca. È un cambio di legge molto sottile che preserva l'amministrazione pubblica e preserva noi dagli imbrogli. Se qualcuno ne ha diritto, si fa passare l'affitto direttamente al proprietario e finisce lì, altrimenti la persona non riceve il contributo. In questo modo mettiamo in crisi tutto il sistema. Il contributo per l'affitto non deve servire per pagare le bollette o fare la spesa, ma per pagare l'affitto. I controlli nelle case Ipes sono anni che dobbiamo migliorarli. Il sistema è nato negli anni 80, erano altri anni, c'era meno gente in difficoltà, è difficile sopravvivere in questo momento, ma non si può chiedere ai proprietari di fare da banca.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Wieso ist der Mietmarkt so angespannt? Wieso gibt es so viele leerstehende Wohnungen? Ein Grund dafür ist, dass die Gerichte bei Kündigungen viel zu lange brauchen, um ein Urteil zu fällen. Mietnomaden nutzen diese Situation bewusst aus, vermüllen die Wohnung und zahlen keine Kondominiumsspesen. Der Vermieter muss also auch die Kondominiumsspesen übernehmen. Wenn sie dann nach Jahren ausziehen müssen, montieren sie aus Trotz noch sämtliche Wasserhähne und Steckdosen ab. Das sind keine Einzelfälle, meine Damen und Herren! Es stünden genügend Wohnungen zur Verfügung, die von den Vermietern auch zur Verfügung gestellt würden, allerdings bei etwas mehr Rechtssicherheit. Diese Rechtssicherheit gibt es leider nicht. Wir haben die Situation, dass Personen eine freie Wohnung besitzen, diese aber nicht vermieten, weil sie ja von den Töchtern oder Söhnen gebraucht werden könnten. Wenn sie sie nämlich vermieten, dann bringen sie die Mieter nicht mehr hinaus. Diese Situation wird von einigen Personen wirklich ausgenutzt. Wenn ich mir den Beschlussantrag durchlese, so steht ja ganz klar und deutlich geschrieben: "... Antragsteller bei fahrlässig oder willkürlich herbeigeführten Mietrückständen ..." Das ist nicht gegen einen momentanen Engpass, gegen eine Miete, die nicht gezahlt werden kann oder gegen Notsituationen, die Mieter durchaus haben können, gerichtet. Hier geht es klipp und klar um die Schlaunen in diesem Land, die vermehrt zu Tage treten. Wenn Sie mit Personen reden, die in eine solche Situation gekommen sind, so sagen Ihnen diese, dass sie die nicht kassierten Einnahmen trotzdem versteuern müssen. Zudem müssen sie über Jahre hinweg den Strom, Wartungsarbeiten, Reinigungsarbeiten, Warm- und Kaltwasser für diese Mieter mitbezahlen. Das kann es nicht sein! Wir können die Gerichtsbarkeit nicht beschleunigen, aber es wäre sinnvoll, wenn wir eine kleine Stellschraube hätten, um diesem Missstand etwas entgegenzusetzen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich muss zugeben, dass ich zunächst ein bisschen verwundert war, als ich diesen Beschlussantrag gelesen habe. Ich hätte mir nämlich gedacht, dass es selbstverständlich ist, dass das WOBI, wenn es Wohnungen vermietet, zunächst einmal Nachforschungen über die Mieter anstellt, um in Erfahrung zu bringen, wer überhaupt in diesen Wohnungen drinnen ist. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn Sie eine Wohnung kaufen, zur Bank gehen und einen Kredit aufnehmen, dann müssen Sie auch alles offenlegen, von Ihrem Einkommen über Ihre persönlichen Familienverhältnisse bis hin zu anderen Gewohnheiten, die in die finanziellen Aspekte hineinfließen. Mich wundert, dass das beim WOBI überhaupt nicht kontrolliert wird.

Ich hätte eine Frage an Landesrat Tommasini. Gibt es Daten, wie viele sogenannte Mietnomaden es im WOBI gibt? Wie viele Personen gibt es, die die Miete nicht zahlen? Ich meine hier nicht die sozialen härteren Fälle, die geringere Mieten zahlen, sondern die, die sich weigern, die Miete zu zahlen. Vielleicht können Sie uns diesbezüglich eine Antwort geben.

**RENZLER (SVP):** Ich glaube, dass das Thema ziemlich komplex ist, aber eines muss schon klar sein. Der Gesetzgeber hat sicher nicht die Aufgabe, den Unternehmer – ein Vermieter ist in diesem Fall ein Unternehmer – vor den unternehmerischen Risiken abzusichern. Ich kann dem Vorschlag der Kollegin Artioli, dass das WOBI bzw. das Land den Mietbeitrag direkt an den Vermieter überweisen soll, keine Sympathie abgewinnen. Das würde dazu führen, dass die sowieso schon hohen Mieten noch weiter erhöht würden. Das kann es nicht sein.

Was die Nichtbezahlung von Mieten auf dem privaten Markt anbelangt, gibt es vom das Zivilgesetzbuch her genügend Möglichkeiten, die Mieten einzutreiben. Das geht bis hin zu Gehaltspfändungen und weiteren Maßnahmen. Da kann das Land sicher nicht intervenieren. Was das Wohnbauinstitut selber anbelangt, kann man sicher etwas machen. Wenn diese Leute nicht in der Lage sind, die Mieten zu zahlen, dann sind sie Sozialfälle, weshalb sie Anspruch auf eine Wohnung des Wohnbauinstitutes haben. Der Auftrag des Wohnbauinstitutes ist nicht jener, Vermögenden eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, sondern vor allem den sozial Schwachen bzw. jenen, die sich auf dem freien Markt keine Wohnung leisten können. Deshalb sollte der Beschlussantrag nicht angenommen werden.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei):** La motivazione per la quale questa mozione non può essere approvata, è stata detta da alcuni colleghi, non ultimo dal collega Renzler che ha ricordato che esiste il Codice Civile, quindi in situazioni di questo tipo non abbiamo nessuna potestà di intervenire. Va applicato il Codice Civile, punto.



Aggiungo però alcune considerazioni, perché il tema è importante, e effettivamente bisogna capire da che punto di vista lo esaminiamo, perché possiamo considerare chi non paga l'affitto sul mercato privato come un furbo, e ci sono casi di questo tipo, ma ci sono anche casi di bisogno. Ci sono casi in cui un alloggio Ipes viene assegnato a persone che hanno difficoltà reali e che è possibile che, o perché hanno perso il lavoro, o hanno una malattia professionale o per varie ragioni, cambi il loro reddito, vengano licenziati, hanno reddito zero, non riescono più a pagare l'affitto quindi chiedono il ricalcolo del reddito e gli viene assegnato un alloggio Ipes. In questo caso non si tratta di furbizie ma di necessità sociali. Noi abbiamo 13.100 alloggi, è un patrimonio pubblico di tutta questa società. È chiaro che la coperta è quella, possiamo spostarla un po' più di qua e un po' più di là ma abbiamo tante esigenze, e rispetto ad altre parti d'Italia non abbiamo casi di abusivismo all'interno dell'Ipes, chi entra ha un regolare contratto, e non è una cosa scontata. Però è giusto ragionare e decidere insieme perché affittiamo. Noi non possiamo intervenire, come ente pubblico sull'ex ante, ma anche l'ex ante può avere cause diverse, ma è difficile che un furbo poi ottenga l'alloggio Ipes, perché se uno è furbo e non paga pur avendo un reddito, comunque avrà un reddito per poter affittare. Di solito capita che siano persone che perdono il lavoro, non hanno il reddito e quindi che siano casi sociali veri. Naturalmente poi dobbiamo controllare e non sempre siamo in grado, a prescindere.

Un ragionamento sugli alloggi liberi come viene descritto nella mozione, è un tema che non riguarda tanto l'ente pubblico quanto la società. Noi non possiamo obbligare le persone ad affittare, collega Blaas, perché c'è una libertà, però possiamo incentivare, e questo è stato fatto dalla Provincia assieme ai comuni, a chi ha un alloggio che affitta attraverso il pagamento delle tasse sulla proprietà, e facendo pagare un po' di più a chi tiene gli alloggi vuoti. Questo viene fatto applicando le aliquote in maniera differenziata, però oltre a questo se uno proprio lo vuole tenere vuoto noi non possiamo obbligarlo ad affittarlo.

Il numero di alloggi vuoti è difficile definirlo, girano cifre diverse, dipende dalla fotografia che fai in quel momento. Credo che su questo la Provincia sia intervenuta, e anche i comuni, cercando di incentivare l'affitto e sfavorire chi tiene gli alloggi sfitti.

Per quanto riguarda alcune questioni tipo le spese condominiali, è capitato anche a me in un alloggio di mia proprietà che nel condominio una persona non pagasse le spese condominiali, ma lì credo che nessuno di noi possa pensare che ci si rivolga all'ente pubblico, è una questione privata, c'è il Codice Civile e si percorrono quelle vie anche se spesso sono complicate.

Stiamo ragionando invece, e stiamo portando avanti il tavolo degli affitti, ma anche lì abbiamo visto durante quelle riunioni, credo che si possa dare atto dell'impegno dell'amministrazione a provare e faremo altri incontri per incentivare e fare da mediatori, ma abbiamo i rappresentanti della proprietà, i rappresentanti degli inquilini e dei sindacati che spesso sono su posizioni diverse. So che stanno trattando in questo momento per una revisione, e credo che siano a buon punto, non voglio anticipare niente, rispetto al livello degli affitti calmierati. Era emersa la proposta di cosa succede se un proprietario ha un affittuario che non paga l'affitto, è chiaro che la Provincia non può intervenire direttamente, però è stato ipotizzato un fondo a fronte del fatto che magari il proprietario affitti a un canone concordato, quindi a meno del prezzo di mercato, per tutelare il proprietario. Questo potrebbe essere un ulteriore incentivo all'affitto, però bisogna trovare soprattutto l'accordo fra i rappresentanti dei proprietari e i rappresentanti degli inquilini. Su questo diamo una mano volentieri, sapendo che non abbiamo potestà per imporre ma semmai di aiutare affinché ci sia un accordo.

Ci sono casi in cui intervengono criticità aziendali per esempio, prendiamo la MEMC, dove la situazione sociale è reale e noi stiamo cercando di intervenire verso le persone che hanno un mutuo, a cui cerchiamo di dare una mano per evitare che si creino danni sociali ingenti. Ricordo che quando abbiamo preso questo provvedimento di aiuto a chi non solo perde il lavoro ma non gli viene corrisposto lo stipendio da parte del datore di lavoro, perché l'azienda è in crisi, proprio il collega Pöder si era dichiarato fortemente contrario, perché riteneva che la Provincia non dovesse intervenire. Ma in questo caso io sostengo, riallacciandomi al ragionamento di prima, che è un caso sociale vero, quindi la filosofia è proprio diversa. Dal punto di vista dell'intervento pubblico in questo caso dico che non possiamo intervenire, perché c'è il Codice civile, però abbiamo anche il dovere di guardare, come nel caso della MEMC, se c'è un bisogno reale. Chi non paga l'affitto o in questo caso chi non riesce a pagare la rata del mutuo, in certe situazioni non lo fa perché è furbo, in altre siamo d'accordo, ci sono i furbi ma poi quelli vediamo che hanno un reddito per cui potrebbero pagare l'affitto, non lo pagano quindi non assegniamo loro la casa, però ci sono casi in cui una persona perde il lavoro, non può pagare il mutuo o l'affitto e in questo caso credo che il bisogno sociale sia conclamato.



**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Man muss hier klarstellen, was beabsichtigt ist. Es geht tatsächlich um die Schlaumeier, wie der Kollege Blaas gesagt hat, die immer wieder die Mieten einfach nicht bezahlen. Es geht darum, die öffentliche Hand vor Schlaumeiern oder gar Betrügern zu schützen. Ich bin nicht sicher, ob es so ist, dass wir diese Informationen nicht verlangen können. Wir verlangen ja eine ganze Reihe von Informationen. Jemand muss seine private Einkommenssituation erklären, welche Vermögenssituationen nicht nur bei sich selbst, sondern auch im familiären Umfeld existieren usw. Wenn jemand eine Institutswohnung mieten will, dann muss er die Voraussetzungen erfüllen. Deshalb können wir doch auch verlangen, dass er uns belegt, dass die vorhergehenden Mietsituationen in Ordnung waren. Wenn das nicht der Fall ist, dann bekommt er eben keine Institutswohnung. So einfach ist es! Das muss natürlich auch eine Ermessensfrage sein, und die gibt es sehr wohl auch derzeit schon. Wenn man feststellt, dass es um einen systematischen Mietbetrug geht, dann bekommt jemand die Institutswohnung nicht. Natürlich sind die Institutswohnungen dazu da, um Sozialfällen zu helfen. Wir greifen nicht in das private Mietrecht ein, denn wir verschaffen dem privaten Vermieter nicht das Geld – wie auch -, sondern wir sagen nur: "Wenn Du eine Institutswohnung willst, dann lege uns Deine Einkommenssituation vor und erkläre uns, wie Deine vorhergehenden Wohn- bzw. Mietverhältnisse waren." Wir fragen ja auch, ob jemand eine Wohnung hat. Wenn jemand eine Wohnung hat, dann bekommt er keine Institutswohnung bzw. keine Wohnbauförderung. Das Ganze ist relativ. Es geht nur darum, dass die Landesregierung Möglichkeiten finden sollte, um auszuschließen, dass solche Mietbetrüger morgen der öffentlichen Hand auf der Tasche liegen, obwohl sie immer wieder hergehen und hier und dort eine Wohnung mieten und die Miete nicht bezahlen. Im letzten Jahr gab es ja den Fall, dass jemand am Verdi-Platz in Bozen eine Wohnung hatte und ein Leintuch beim Fenster herausgehängt und protestiert hat. Die Medien haben den Fall aufgegriffen, und wenn man die Geschichte dieser Protest-Person genau kennt, dann war es dort genau so. Die Mieten wurden nicht bezahlt, und dann erwartet man sich, die öffentliche Hand einspringt und eine goldene Uhr verschenkt? Ich glaube, dass es absolut legitim ist, dass die öffentliche Hand geschützt wird. Da kämen wir auch mit dem Zivilrecht nicht in Konflikt. Wie gesagt, die Ermessensfrage sollte natürlich immer dabei sein.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Mi sono dimenticato di rispondere al collega Knoll che l'Ipes ha mandato 1036 solleciti di pagamento, che vuol dire che uno può essere in ritardo, non che non paghi. Negli ultimi due anni si sono ristrette molto le procedure. Dai tre solleciti si è arrivati a due, e anche la procedura per rientrare dai fondi sono state rinforzate. Mi dice il presidente dell'Ipes che sono stati emessi 122 precetti e sono programmati 138 sfratti, quindi vuol dire che c'è la procedura di sollecito, si arriva anche a realizzare degli sfratti nei casi in cui ci sono dei cittadini morosi.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 11 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 54/16 vom 4.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Foppa, betreffend die Unterstützung einer parlamentarischen Gesetzesvorlage gegen faschistische und nationalsozialistische Wiederbetätigung und 'Merchandising' entsprechender Artikel."**

Punto 6) all'ordine del giorno: **"Voto n. 54/16 del 4/1/2016, presentato dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante il sostegno della proposta di legge parlamentare contro la ricostituzione fascista e nazionalsocialista e il relativo merchandising."**

*In Deutschland sind NS-Wiederbetätigung und entsprechende Symbole streng verboten, als Ausdruck eines Rechtsbewusstseins und einer Verantwortungshaltung, die die Lasten der deutschen Geschichte und die daraus resultierenden Verpflichtungen in vollem Umfang anerkennt und aktiv gegen jede Form der rechtsextremen Renaissance eintritt.*

*Auch in Italien ist faschistische Wiederbetätigung grundsätzlich verboten, vor allem bleibt die Wiedergründung einer faschistischen Partei durch die Verfassung untersagt. Zudem hat das Parlament mehrere einschlägige Gesetze verabschiedet, so das Gesetz vom 20.6.1952, Nr. 645 (Scelba-Gesetz) und das Gesetz vom 25.6.1993, Nr. 205 (Mancino-Gesetz). Das Scelba-Gesetz stellt alle Ver-*

suche unter Strafe, die aufgelöste faschistische Partei wieder zu reaktivieren, das Mancino-Gesetz richtet sich gegen rassistische Äußerungen.

Trotz dieses gesetzlichen Rahmens aber bleiben die Verwendung des „Römischen Grußes“ oder der Verkauf von Gegenständen, die den „Duce“ oder das faschistische Regime rühmen, weiterhin unsanktioniert. Mehr noch und im Gegenteil: Trotz eines Urteils des Kassationsgerichtshofes (Nr. 37577 vom 12.9.2014) wurden sogar Veroneser Fußballfans, die bei einer Partie gegen Livorno den „Römischen Gruß“ entboten, straffrei gestellt. Auch im Mussolini-Geburtsort Predappio prosperiert der „Duce“-Kult in nicht nur peinlichem, sondern sogar obszönem Ausmaß; in Italien und in Südtirol sind Mussolini-Weine und -Kalender problemlos zu erwerben.

Nun haben drei Abgeordnete des Partito Democratico, Marco Di Maio, Tiziano Arlotti und Enzo Lattuca, mit 30 weiteren Mitunterzeichnenden einen Gesetzesentwurf (Nr. 3295) eingebracht, der durch einen Zusatzartikel zum Scelba-Gesetz von 1952 wirkungsvolle Abhilfe verspricht.

So wird darin mit Haft von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bedroht, „wer immer Darstellungen oder Inhalte der faschistischen oder der nationalsozialistischen Partei propagandistisch verbreitet, ebenso deren Ideologien, auch nur durch die Herstellung, Verteilung, Verbreitung oder den Verkauf von Gegenständen, die Personen, Bilder oder Symbole darstellen, die diesen klar zuzuschreiben sind oder deren öffentliche Symbolik und Gesten aufgreift.“

Die Initiative der drei Abgeordneten ist nicht nur aus dem Grund begrüßenswert, da sie das Strafrecht in Übereinstimmung mit der Verfassung zu bringen sucht, sondern auch deshalb, weil sie jener Haltung entgegen tritt, die den Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus zum überflüssigen Relikt der Vergangenheit und des Zeitalters der Ideologien abwertet.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs würde Italien einer europäischen Grundhaltung nahe rücken, die Faschismus und Nationalsozialismus auf der Basis historischer Erfahrung und Forschung grundsätzlich verurteilt, auch mit dem Kommunismus abrechnet.

Zugleich wäre die Verabschiedung ein wichtiges Signal gegen die Banalisierung und Verharmlosung, die im Hinblick auf Neofaschismus und -nazismus vielfach um sich gegriffen hat. Insbesondere in Südtirol sind historische Sensibilität und Rechtsempfinden in besonderem Maße gefordert, um der doppelten Herausforderung zu begegnen, die Faschismus und Nationalsozialismus für unser Land bedeutet haben.

Daher

ersucht  
der Südtiroler Landtag  
die Abgeordneten und Senatoren  
Südtirols in Rom

die Gesetzesvorlage Di Maio, Arlotti und Lattuca nach Kräften zu unterstützen und für eine möglichst rasche Behandlung und Verabschiedung in Abgeordnetenkammer und Senat einzutreten.

-----

*In Germania la ricostituzione nazionalsocialista e l'utilizzo dei relativi simboli sono severamente vietati. Questi divieti sono il frutto di una consapevolezza giuridica e di un atteggiamento responsabile che riconoscono appieno il peso della storia tedesca e gli oneri che ne derivano, e denotano un impegno attivo contro qualsiasi forma di revival degli estremismi di destra.*

*In linea di principio la ricostituzione fascista è vietata anche in Italia, e il divieto di riorganizzazione del partito fascista è sancito dalla Costituzione. Il Parlamento ha inoltre approvato varie leggi in materia, si pensi alla legge 20 giugno 1952, n. 645 (Legge Scelba) e alla legge 25 giugno 1993, n. 205 (Legge Mancino). La Legge Scelba sanziona ogni tentativo di ricostituzione del disciolto partito fascista, mentre la Legge Mancino condanna le discriminazioni razziali.*

*Malgrado questa cornice giuridica, l'utilizzo del cosiddetto saluto romano o la vendita di oggetti che esaltano il duce o il regime fascista restano insanzionati. Ma non è tutto: nonostante una sentenza della Cassazione (12 settembre 2014, n. 37577), un tribunale ha addirittura assolto degli ultras veronesi incriminati per aver fatto il saluto romano allo stadio in occasione di una partita contro il Livorno. Anche nella città natale di Mussolini, Predappio, prospera il culto del duce in modo alquanto imbarazzante, per non dire osceno, e in Italia così come in Alto Adige si possono acquistare senza problemi vini e calendari dedicati a Mussolini.*

Ora tre deputati del Partito Democratico, Marco Di Maio, Tiziano Arlotti e Enzo Lattuca insieme ad altri 30 cofirmatari hanno presentato un disegno di legge (n. 3295) per far fronte a questa situazione inserendo un articolo aggiuntivo nella Legge Scelba del 1952.

Il loro disegno di legge prevede la reclusione da sei mesi a due anni per chi diffonde in modo propagandistico immagini o contenuti che si richiamano al partito fascista o nazionalsocialista e le relative ideologie, anche attraverso la produzione, distribuzione, diffusione o vendita di oggetti che rappresentano persone, immagini o simboli chiaramente ascrivibili a questi partiti o che ne riprendono i simboli o i gesti.

L'iniziativa dei tre deputati è da accogliere con favore, non solo perché mira a conformare il diritto penale alla Costituzione, ma anche perché si oppone all'atteggiamento di coloro che vogliono ridurre la contrapposizione tra fascismo e antifascismo a inutile retaggio del passato e dell'epoca delle ideologie.

Approvando il succitato disegno di legge l'Italia si avvicinerrebbe a quella impostazione europea che condanna il fascismo e il nazionalsocialismo sulla base delle esperienze passate e della ricerca storica, e che è pronta a fare i conti anche con il comunismo.

L'approvazione sarebbe inoltre un importante segnale contro la dilagante banalizzazione e minimizzazione del neofascismo e del neonazismo. In Alto Adige la sensibilità storica e il senso di giustizia sono particolarmente necessari: si tratta infatti di affrontare la doppia sfida rappresentata dall'impatto che fascismo e nazionalsocialismo hanno avuto sulla nostra provincia.

Pertanto,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

i parlamentari altoatesini

a sostenere con determinazione il disegno di legge Di Maio, Arlotti e Lattuca, e a impegnarsi per una trattazione e approvazione tempestiva nella Camera e in Senato.

Änderungsantrag, eingebracht vom Abgeordneten Urzi: "Der beschließende Teil wird wie folgt ergänzt: Nach dem Wort „einzutreten“ wird folgender Nebensatz hinzugefügt: „, wobei dies ausdrücklich für sämtliche Diktaturen und gewaltsamen Herrschaftsformen (kommunistische Diktaturen, Isis, Terrorakte usw.) gelten soll.“

"La parte deliberativa è così modificata: Dopo la parola "Senato" è aggiunto il seguente periodo: ", auspicando e sollecitando l'allargamento della sfera di applicazione a tutte le dittature e le manifestazioni di eversione armata (dittature comuniste, Isis, terrorismi ...)."

Herr Abgeordneter Heiss, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! Erlauben Sie mir zunächst, den Antrag zu verlesen: *In Deutschland – und auch in Österreich - sind NS-Wiederbetätigung und entsprechende Symbole streng verboten, als Ausdruck eines Rechtsbewusstseins und einer Verantwortungshaltung, die die Lasten der deutschen – und etwas mühsam auch der österreichischen - Geschichte und die daraus resultierenden Verpflichtungen in vollem Umfang anerkennt und aktiv gegen jede Form der rechtsextremen Renaissance eintritt.*

*Auch in Italien ist faschistische Wiederbetätigung grundsätzlich verboten, vor allem bleibt die Wiedergründung einer faschistischen Partei durch die Verfassung untersagt. Zudem hat das Parlament mehrere einschlägige Gesetze verabschiedet, so das Gesetz vom 20.6.1952, Nr. 645 (Scelba-Gesetz) und das Gesetz vom 25.6.1993, Nr. 205 (Mancino-Gesetz). Das Scelba-Gesetz stellt alle Versuche unter Strafe, die aufgelöste faschistische Partei wieder zu reaktivieren, das Mancino-Gesetz richtet sich gegen rassistische Äußerungen.*

*Trotz dieses gesetzlichen Rahmens aber bleiben die Verwendung des „Römischen Grußes“ oder der Verkauf von Gegenständen, die den „Duce“ oder das faschistische Regime rühmen, weiterhin unsanktioniert. Mehr noch und im Gegenteil: Trotz eines Urteils des Kassationsgerichtshofes (Nr. 37577 vom 12.9.2014) wurden sogar Veroneser Fußballfans, die bei einer Partie gegen Livorno den „Römischen Gruß“ entboten, straffrei gestellt. Auch im Mussolini-Geburtsort Predappio prosperiert der „Duce“-Kult in nicht nur peinlichem, sondern sogar obszönem Ausmaß; in Italien und in Südtirol sind Mussolini-Weine und -Kalender problemlos zu erwerben. Man muss anerkennen, dass die Kollegen der Süd-Tiroler Freiheit und auch der Südtiroler Heimatbund immer wieder darauf hingewiesen.*

Nun haben drei Abgeordnete des Partito Democratico, Marco Di Maio, Tiziano Arlotti und Enzo Lattuca, mit 30 weiteren Mitunterzeichnenden einen Gesetzesentwurf (Nr. 3295) eingebracht, der durch einen Zusatzartikel zum Scelba-Gesetz von 1952 wirkungsvolle Abhilfe verspricht.

So wird darin mit Haft von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bedroht, „wer immer Darstellungen oder Inhalte der faschistischen oder der nationalsozialistischen Partei propagandistisch verbreitet, ebenso deren Ideologien, auch nur durch die Herstellung, Verteilung, Verbreitung oder den Verkauf von Gegenständen, die Personen, Bilder oder Symbole darstellen, die diesen klar zuzuschreiben sind oder deren öffentliche Symbolik und Gesten aufgreift.“

Die Initiative der drei Abgeordneten ist nicht nur aus dem Grund begrüßenswert, da sie das Strafrecht in Übereinstimmung mit der Verfassung zu bringen sucht, sondern auch deshalb, weil sie jener Haltung entgegen tritt, die den Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus zum überflüssigen Relikt der Vergangenheit und des Zeitalters der Ideologien abwertet.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs würde Italien einer europäischen Grundhaltung nahe rücken, die Faschismus und Nationalsozialismus auf der Basis historischer Erfahrung und Forschung grundsätzlich verurteilt, auch mit dem Kommunismus abrechnet.

Zugleich wäre die Verabschiedung ein wichtiges Signal gegen die Banalisierung und Verharmlosung, die im Hinblick auf Neofaschismus und -nazismus vielfach um sich gegriffen hat. Insbesondere in Südtirol sind historische Sensibilität und Rechtsempfinden in besonderem Maße gefordert, um der doppelten Herausforderung zu begegnen, die Faschismus und Nationalsozialismus für unser Land bedeutet haben.

Daher

ersucht  
der Südtiroler Landtag

die Abgeordneten und Senatoren Südtirols in Rom

die Gesetzesvorlage Di Maio, Arlotti und Lattuca nach Kräften zu unterstützen und für eine möglichst rasche Behandlung und Verabschiedung in Abgeordnetenversammlung und Senat einzutreten.

Es geht in diesem Zusammenhang also darum, darauf hinzuweisen, dass in Italien, aber auch in Südtirol ein anhaltender Missstand vorherrscht. Zwar gibt es ein grundsätzliches Verbot von faschistischen Parteien und ihren Nachfolgeorganisationen, wobei aber die Formen der Verehrung, Anerkennung, Lobpreisung, Propagierung des Faschismus weiterhin fröhliche Urständ feiern. Auch in Südtirol kann man dies feststellen. Jedes Jahr im November werden die Mussolini-Kalender aufgelegt. Es gibt jede Menge Gedenk- und Kultartikel. Zudem gibt es die Äußerungsformen in verdeckter oder öffentlicher Symbolik, die trotz des Verbots darauf hinweisen, dass das doch eine schöne Zeit gewesen wäre. Diese Haltung verwässert systematisch die Verantwortung des Faschismus und verharmlost auch das Aufsteigen eines Neofaschismus, der auch in Südtirol in der Formation von Casapound an Oberfläche und Repräsentation gewonnen hat. Deshalb erscheint es uns zielführend, den Gesetzesentwurf von 3 PD-Abgeordneten zu unterstützen. Es erscheint zielführend, unsere Parlamentarier in Rom damit zu betrauen, diese Initiative ins Parlament zu tragen und zu einer Behandlung zu schreiten. Es soll an die Formen des Verbots der Wiederbetätigung angeschlossen werden, die in Deutschland und Österreich seit langem gesetzlich grundgelegt sind. Dort wäre es undenkbar, dass faschistische Symbole und Erinnerungen an das NS-Regime in dieser Offenheit charakterisiert werden. Obwohl es in Deutschland eine auflebende neonazistische Szene gibt, versucht der dortige Verfassungsschutz wie auch in Österreich mit aller Härte dagegen vorzugehen, was nicht vergleichbar mit jenen permissiven Haltungen ist, die in Italien in dieser Hinsicht sehr oft bestehen. Das ist zutiefst bedauerlich. Die Relativierung des Faschismus und die Abwertung zu einer Rosenwasser-Diktatur sind seit Berlusconi sehr weit vorangeschritten. Es hat natürlich auch eine Lossagung von der faschistischen Vergangenheit gegeben, was anerkennenswert ist. Der Kollege Urzì hat in dieser Hinsicht anerkennenswerte Schritte unternommen, soweit, dass er im Regionalrat dazu übergegangen ist, uns teilweise als Faschisten zu charakterisieren. Er hat wirklich ein Ausmaß an Legitimation erreicht, das es ihm nahelegen wird, diesen Antrag nach Kräften zu unterstützen.

Wir können den Änderungsantrag des Kollegen Urzì, der vorsieht, dass dieser Vorschlag auf sämtliche Diktaturen und gewaltsame Herrschaftsformen ausgeweitet wird, nicht mittragen. Wir glauben nämlich, dass die besondere Verantwortung von Faschismus und Nationalsozialismus für die europäische, italienische und unsere Geschichte eindeutig herausgestellt werden soll. Faschismus und Nationalsozialismus sind in Europa auf dem Boden bestehender liberaler demokratischer Ordnungen entstanden und sind nicht mit dem Kommunismus vergleichbar, der in Westeuropa nicht jene Breitenwirkung erzielt hat, die Nationalsozialismus und Faschismus erreicht haben.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** *(unterbricht)*

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Kollege Pöder, ich muss Dir sagen, dass Europa als politisches Projekt aus der Erkenntnis heraus entstanden ist, dass es vor allem Faschismus und Nationalsozialismus waren, die den Zweiten Weltkrieg bewirkt haben, ohne deshalb aber von dem wegzuschauen, was der Kommunismus angerichtet hat. Die primäre Verantwortung für Faschismus und Nationalsozialismus trägt nachfolgend Westeuropa, ohne zu leugnen, dass der Kommunismus mit Sicherheit im Stalin-Regime weit über zehn Millionen Menschen ermordet hat. Niemand leugnet auch, dass das China Maos gleichfalls zwanzig Millionen Menschen durch Hungertod und anderes in den Orkus geschickt hat. Dazu gibt es eindeutige Dokumentationen! Hier geht es darum, jene spezifische Verantwortungshaltung, die wir in Westeuropa und auch in Italien haben, in den Vordergrund zu rücken. Deshalb zielt dieser Begehrensantrag ganz spezifisch auf Faschismus und Nationalsozialismus und auf das Verbot deren neu auftretender Symbolbildung. Deshalb möchten wir diese relativ klare Entscheidung in diese Richtung haben, ohne – Kollege Pöder – die roten Ideologien zu verharmlosen, die Du uns ja unterstellst, ein wenig mitzutragen.

Wir ersuchen also um Unterstützung dieses Begehrensantrages. Das wäre ein wichtiges Signal auch im Lichte jener Gewalttaten, die in den letzten Wochen in Bozen sehr betroffen aufhorchen lassen haben.

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Pöder das Wort gebe, möchte ich die Klasse 3C der Mittelschule Lana mit Professor Königsrainer herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kolle Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank! Man soll ja nicht die eine gegen die andere Diktatur ausspielen und sagen "Aber die anderen waren ja auch", aber dass man sich dagegen wehrt, den linken Faschismus mitanzuprangern, erstaunt mich schon sehr. Wenn man schon richtigerweise mehr Maßnahmen einfordert, dann soll das beim rechten und beim linken Faschismus geschehen, den es auch gegeben hat. Ich glaube, dass der Änderungsantrag des Kollegen Urzi nicht ganz von der Hand zu weisen ist, nur eines erstaunt mich in dieser ganzen Angelegenheit. Kollege Heiss, Du hast ja diese permissive Haltung angesprochen. Diese kommt von der Staatsanwaltschaft bzw. vom Justizministerium. Mich wundert, dass der Partito Democratico bei der Versammlung der ganzen linken Staatsanwälte – derer gibt es ja offensichtlich sehr viele – nicht gesagt hat: "Geht gegen die "apologia al fascismo" vor!" Es sind die Staatsanwälte, die hier nichts machen! Wenn wir daran denken, dass vor zwei Jahren eine Organisation in Italien fürchterliche Plakate aufgehängt hat, auf denen mehr oder weniger Hakenkreuze abgebildet waren, wurde das in Bozen angezeigt und die Staatsanwaltschaft hat gesagt: "Ja, was soll man machen?" Wie was soll man machen? Es gibt Gesetze! Du zitierst richtigerweise die "Legge Scelba", die gegen die "apologia al fascismo" vorgeht. Die zwölfte Übergangsbestimmung in der italienischen Verfassung verbietet die Wiedergründung oder Wiederbetätigung der faschistischen Partei in jeglicher Form. Wie wird dieses Verfassungsprinzip in Italien angewandt? Überhaupt nicht! Die "Legge Scelba" gibt es und die wäre anzuwenden, aber das wird nicht gemacht, und zwar von den überwiegend linken Staatsanwälten in Italien. Das ist das Problem und da müsste man ansetzen! Ich unterstütze diesen Antrag, aber die PD-Abgeordneten, die hier so schneidig und mutig einen Gesetzentwurf eingebracht haben, bräuchten ja nur an ihre Staatsanwälte schreiben. Ich finde das schon etwas scheinheilig, wenn diese Abgeordneten dann einen Gesetzentwurf einbringen. Der kann schon beschlossen werden, aber wenn die Staatsanwälte sagen "Was soll man machen?", dann werden hundert Gesetze nichts helfen. Ich stimme für Euren Begehrensantrag, hätte ihm aber auch zugestimmt, wenn Ihr den Änderungsantrag des Abgeordneten Urzi mitaufgenommen hättet.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Es ist in der Tat so, dass es in Italien zu allem und jedem genügend Gesetze gibt, die aber nicht eingehalten werden. Besonders problematisch ist der lockere Umgang Italiens mit seiner Vergangenheit. Man sieht ja, wie die Gewichtung bei der Berichterstattung ist. Man spricht immer vom Nazifaschismus, also vom Faschismus, der versucht, sich unter dem Nazi-Deckmantel zu verstecken. Wir sehen ja auch medial die Feiern in Predappio. Also, was da abläuft, meine Damen und Herren ... Das sind nicht einige wenige Fehlgeleitete, sondern hier tritt eine ganze Gemeinschaft geschlossen auf, singt Kampflieder und salutiert mit dem gestreckten Arm. Kratzt das die Staatsmacht? Nein! Ich erinnere daran, mit welcher Vehemenz die Staatsmacht in Südtirol beim Aufkeimen einer kleinen Neonazi-Zelle diese Wurzel zu Recht gleich ausgerissen hat. Auf der anderen Seite sieht man aber, dass die Staatsmacht, wenn es faschistische Kreise trifft, doch etwas zögerlich oder nicht so entschieden auftritt. Wir denken aber nicht nur an den Mussolini-Wein, sondern auch an die Militär-Musik-



kapellen. Wenn die aufspielen, dann geht die Post ab. Da kommen die glorreichen 20-er und 30-er Jahre auf. Hier besteht wirklich von der Tradition und militärischen Elite Italiens her noch ein gewisser Nachholbedarf. Hier schwingt sogar ein gewisser Stolz aus der Kolonialzeit mit. Wie gesagt, wir hätten genügend Gesetze. Die wären nur einzuhalten und umzusetzen, und zwar mit derselben Vehemenz, wie wenn es darum geht, die faschistischen oder nazistischen Auswüchse zu bekämpfen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ein Punkt wurde schon angesprochen, und das muss ganz offen angeprangert werden. Die italienische Staatsanwaltschaft ist auf dem rechten Auge völlig blind. Ich habe das selbst bei einem Prozess erlebt, und zwar bei jenem wegen dem "Besen-Plakat". Als wir darauf hingewiesen haben, dass in Bozen Zuckersäcken in Bars verteilt werden, auf denen die italienische Fahne abgebildet ist, mit dem Konterfei Mussolinis und dem Liktorenbündel, und gefragt haben, was denn die größere Schmähung der Fahne wäre – dass wir ein Plakat mit einem Besen veröffentlichen oder die Zurschaustellung des Faschismus -, so wurde uns gesagt, dass das mit dem Faschismus nicht schlimm gewesen wäre. Am 14. Mai hat der bekennende Neofaschist Andrea Bonazza ein Radio-Interview gegeben, in dem er sich offen für Mussolini und Hitler ausgesprochen hat. Ich zitiere: " *Wenn es Mussolini heute noch geben würde, würde es um Italien besser stehen. Der Führer hat für das deutsche Volk viel Gutes getan. Er hat unter anderem den Volkswagen bauen lassen.*" Daraufhin hat der Heimatbund Anzeige bei der italienischen Staatsanwaltschaft wegen Wiederbetätigung erstattet. Was glauben Sie, was passiert ist? Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren eingestellt, und die Begründung dafür muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. "Die Erklärungen Bonazzas seien rein persönliche Meinungen und in der extremistischen Ideologie eben allgemein so üblich!" Das ist der Umgang der italienischen Justiz mit der Aufarbeitung des Faschismus! Das muss einfach einmal ganz offen angeprangert werden. Grundsätzlich stimmen wir Eurem Begehrensantrag zu, aber liebe Kollegen von den Grünen: Es ist natürlich leicht zu sagen, dass der Staat etwas machen und ändern soll. Ich vermisse bei Euch Taten in Südtirol. Wir hätten in Südtirol noch und nöcher Möglichkeiten, den Faschismus zu verurteilen. Fangen wir mit den faschistischen Ortsnamen an. Wer von Euch verurteilt diese? Oder die faschistischen Relikte? Dort erfolgt ja bereits eine Reinterpretation und es wird behauptet, dass die nicht mehr faschistisch seien. Wir haben in Bruneck ein Völkermord-Denkmal, das den Äthiopien-Krieg und das grausame Abschlachten der Zivilbevölkerung glorifiziert. Was wird getan? Italienischen Parteien in Südtirol behaupten, dass dieses Denkmal ein Denkmal für den Frieden sei. Da wird die Ideologie des Faschismus völlig uminterpretiert! Wenn es um die faschistischen Ortsnamen in Südtirol geht, dann wird behauptet, dass die nicht mehr faschistisch seien, sondern dass sie inzwischen in das Kulturgut übergegangen und Teil der Identität seien. Das ist faschistische Relativierung und faschistische Wiederbetätigung par excellence! Wenn sich in Bozen die Wahrheit im Keller des Siegesdenkmals verstecken muss und dort nicht einmal zur Schau gestellt werden darf, dass die Bozner Bevölkerung damals Unterschriften gegen den Bau des Siegesdenkmales gesammelt hat, weil das eventuell Ressentiments wiedererwecken könnte, dann ist das genauso eine Verharmlosung des Faschismus. Als ich heute Morgen durch den Virgl-Tunnel gefahren bin, habe ich gesehen, dass am Portal noch der faschistische Adler mit dem Liktorenbündel hängt. In einer Schule in Bozen ist ein Relief angebracht, das den Faschismus verherrlicht. Zudem gibt es in Bozen ein Mussolini-Relief, das den Aufstieg des Faschismus verherrlicht, wo man einen Afrikaner sieht, der mit den Armen hinter dem Kopf an einem Balken festgebunden ist. Am 4. November stellt das Militär jährlich genau vor dem Duce-Relief seine Schau an. Wo sind da die Entrüstungen von Seiten Südtirols? Natürlich kann man sagen, dass der italienische Staat etwas tun soll, aber warum tun wir nicht etwas dagegen. Warum marschieren nicht dagegen auf und machen einen Protestmarsch gegen die faschistischen Relikte und faschistischen Ortsnamen? Wenn schon, dann muss man auf ganzer Linie antifaschistisch sein. Man kann nicht ein bisschen schwanger sein. Das ist einfach nicht konsequent.

Wie gesagt, wir stimmen diesem Begehrensantrag zu, wobei auch ich kein Problem hätte, den Änderungsantrag des Abgeordneten Urzi zu unterstützen. Wenn man schon gegen Extremismus ist, dann muss man gegen jede Art von Extremismus sein, genauso gegen IS-Extremismus und gegen die Verherrlichung des Kommunismus. Nur dort gegen Extremismus zu sein, wo es einem passt, ist nicht konsequent und letzten Endes auch nicht glaubwürdig.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Der Begriff "Relativierung" ist schon gefallen. Das erleben wir in Südtirol ja seit Jahrzehnten. Wenn man in Deutschland über Nationalsozialismus und in Italien über Faschismus spricht, dann wird das ganz unterschiedlich gewertet, nicht nur von der Justiz, sondern auch von der Gesellschaft. Von der Justiz erwartet man sich eigentlich, dass die Gesetze eingehalten werden, wobei es bei der Gesetzesauslegung offensichtlich Spielraum gibt, um es so oder so zu verstehen. Es fahren ja viele Deutsche an den Gardasee, wo es

an ganz normalen Kiosks Schürzen mit dem Konterfei Mussolinis gibt. In Bozen gibt es alle Diktatoren der Welt auf Weinflaschen. Dort geht das! In letzter Zeit wird immer von europäischen Werten gesprochen. Der Antifaschismus ist in der europäischen Gesetzgebung überall verankert, aber er wird nicht überall gleich gesehen. Die Italiener haben ein anderes Empfinden und den Italienern nimmt man es auch nicht übel. Wehe, wenn ein Südtiroler nur an den Rand eines nationalen Gedankengutes kommt. Dann ist er im besten Fall ein Extremist und im schlimmsten Fall ein Nazi! Hier ist der Schritt sehr eng. Es gab Beispiele. Damals hat man sofort alle ausfindig gemacht und einen Aufstand an den Tag gelegt, als ob die demokratischen Grundfesten in Gefahr wären. Wehret den Anfängen und die Härte des Gesetzes soll angewandt werden, aber dann bitte überall. Ich erlebe auch, dass das Etikett "Rassist, Faschist, Nazi" nicht nur dann angewandt wird, wenn sich jemand wirklich dieses Gedankengutes bedient, sondern auch dann, wenn er nicht dem linken Gedankengut entspricht. Auf der Seite der linken ist jemand sofort rechts. Ich lege Wert auf die Begriffsbestimmung, denn das ist einfach entscheidend. Ich kann in einer Forderung natürlich radikal sind, aber deshalb bin ich noch lange kein Extremist. Radix ist die Wurzel. Wenn ich ein Übel bekämpfen will, dann muss ich es an der Wurzel fassen.

Was mir hier auffällt, ist, dass man im Jahr 1952, als der Faschismus ja noch kaum untergegangen war, ein scharfes Gesetz gemacht hat. 60 Jahre später muss man es verschärfen. Heißt das, dass das Gedankengut wieder aufblüht oder dass die bestehenden Gesetze nicht angewandt werden? Wenn die bestehenden Gesetze angewandt werden, dann braucht es kein zusätzliches Gesetz. Es ist schon gesagt worden: Wenn sich die Justiz nicht an die Gesetze hält oder sie anders interpretiert, dann können wir neue Gesetze machen, so viele wir wollen. Dann wird sich diesbezüglich nicht viel ändern. Ich anerkenne alles, was dazu führt, Faschismus und Nationalsozialismus in die Schranken zu weisen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Cari colleghi, io ci andrei un po' piano con le etichette. Ho conosciuto tantissimi nostalgici del fascismo che fanno gli anti nazisti e tantissimi nostalgici del nazismo che fanno gli anti fascisti. Allora sarebbe meglio che ognuno facesse i conti in casa propria.

Io sono in Sudtirolo dal 1988, e vorrei che i colleghi sapessero che oltre a italiani con cui hanno litigato in Sudtirolo, esiste un'altra Italia, l'Italia di mia mamma che faceva la staffetta partigiana e rischiava la vita tutti i giorni per portare i messaggi tra il mio paese occupato dai nazisti e dai fascisti e il bosco dove era nascosta la brigata Garibaldi, 500 persone che liberarono il mio paese dai nazisti e dai fascisti, e poi c'è l'Italia di mio zio che era alpino, che viveva a Venezia in quella fase, che fu tenuto prigioniero in un campo di concentramento nazista perché si rifiutò di passare con Mussolini l'8 settembre. E poi c'è l'Italia di moltissime persone con cui io sono nato. Io sono nato sentendo i racconti dei partigiani, in una regione dove c'era la sinistra forte, ma perché questa forza se l'era fatta combattendo con le armi in mano contro i fascisti e contro i nazisti che occupavano direttamente l'Italia e i fascisti della Repubblica di Salò, voi sapete tra la Toscana e la Liguria qual è la linea gotica ecc. Esiste questa Italia, prendetene atto, ed è la maggioranza!

Poi esiste un'altra Italia, altre persone che invece hanno fatto i furbi per 60, 70 anni e questa legge vuol cercare di evitare che continuino a fare i furbi, perché queste pene sono già previste, come ha scritto il collega Heiss sulla mozione, però il trucco dove è stato? È che sono previste per la ricostituzione del partito fascista, quindi forme di lode, di inneggiamento all'ideologia fascista hanno trovato uno spazio grigio, si dice che si fa l'etichetta sulla bottiglia con il Duce, si fa il saluto romano ad una partita o ad una manifestazione, purtroppo anche a Bolzano è un fenomeno molto preoccupante che sta crescendo, e queste sono ricostituzioni del partito fascista? No, qualcuno dice, e qualche tribunale ha dato loro ragione. Questa legge è qui per dire che qualsiasi lode o anche propaganda in forma di gadget o altro, qualsiasi tipo di citazione in lode dell'ideologia fascista e nazista, perché questa è la storia dell'Europa e anche nostra, anche in Italia c'erano degli italiani che si aggregarono al nazismo. Io conosco un vecchio collega che adesso è morto che aveva militato nella Wehrmacht in Istria, il collega Benussi, quindi chi in qualsiasi modo propaganda anche sotto forma di forme che possono essere vendute come folcloristiche ecc. rientra nelle pene della legge Scelba.

Per quanto riguarda la questione che poneva il collega Knoll, dico che ci sono altri italiani anche in Sudtirolo, per esempio c'è un'assessora che si chiama Patrizia Trincanato del Comune di Bolzano che ha finalmente trasformato il monumento fascista alla Vittoria in un museo dove quel monumento non ha più alcun significato politico ma che è un museo sulle dittature e sull'oppressione in cui quel monumento è il pezzo più grosso in mostra. Questa a me pare la strada anche per le altre cose, poi ne parleremo più avanti.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich kann das untestreichen, was die Kollegen Blaas, Leitner und Knoll gesagt haben. Es gibt genügend Gesetze, die anwendbar wären, aber nicht angewandt werden. Ich selbst habe diesbe-



zöglich in Vergangenheit Erfahrungen gemacht. Ich habe mich mit dem damaligen Oberstaatsanwalt Tarfusser mehrmals darüber unterhalten, warum man den Eindruck gewinnt, dass in Südtirol mit zweierlei Maß gemessen wird. Auf deutscher Seite wird nichts geduldet bzw. da wurden Verhaftungen, Hausdurchsuchungen usw. gemacht, wobei immer ein politischer Zusammenhang hergestellt worden ist. Wenn in irgendeinem Nachtkästchen eines Rotzbuben ein Pickerle gefunden wurde, dann wurden immer die Parteien mit ins Spiel gebracht. Auf italienischer Seite hat man hingegen immer ein Auge zugedrückt bzw. da ist alles unter Meinungsfreiheit hineingefallen. Italien ist das Land, wo sehr viele ehemalige Staatsanwälte in die Politik gehen. In Südtirol wird alles anders gespürt und gefühlt, aber im restlichen Staatsgebiet hat man mit diesen Dingen kein Problem. Ich habe manchmal das Gefühl, dass hier versucht wird, künstlich etwas zu konstruieren, was es schlichtweg nicht gibt. Italien hat, wenn schon, ein massives Sicherheits- und Zuwanderungsproblem, wie es ganz Europa hat, aber bestimmt ein Problem das Faschismus oder Nationalsozialismus. Das sehe ich nicht! Italien hat es verabsäumt, die Geschichte aufzuarbeiten. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass das auch künftig nicht passieren wird, denn da werden auch solche Initiativen nichts bringen. Gesetze sind vorhanden; hier geht es um etwas ganz anderes. Die Linke erhebt für sich einen Alleinvertretungsanspruch. Als ich mich vor einigen Jahren in Bozen an einem Marsch gegen den Faschismus beteiligt habe, hat Guido Margheri ein Langes und ein Breites gemacht und gesagt, dass Marsch ad absurdum geführt werde, wenn die Mair und der Leitner mitgehen. Um was geht es da? Dürfen die Mair und der Leitner nicht gegen den Faschismus demonstrieren? Hier geht es um einen Alleinvertretungsanspruch! Es ist alles so leicht durchschaubar. Europa hat mit dem Kommunismus nichts zu tun bzw. diesen darf man nicht ins Feld führen. Alles, was von der anderen Seite kommt, wird an den Pranger gestellt. Das sieht man auch beim Autonomiekonvent. Die linke Reichshälfte regt sich darüber auf, dass das falsche Volk anwesend sei und eine falsche Partizipation stattfinden würde. Das ist in meinen Augen das Problem, bei dem wir etwas tun müssen, aber mit Sicherheit nicht mit einer Gesetzesinitiative in diese Richtung.

Ich stimme bewusst gegen diesen Antrag, denn es gibt genügend Gesetze, die anwendbar wären, von der italienischen Justiz aber nicht angewandt werden.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich möchte hier etwas zurückweisen, und zwar die Vorwürfe gegenüber uns Grünen. Kollege Leitner, Du hast gesagt, dass wir immer schnell mit der Rechts-Etikette da wären. Ich bitte Dich, Dir die Wortprotokolle der Landtagssitzungen der letzten zwei Jahre durchzulesen. Dann wirst Du sehen, wie oft wir hier drinnen von Rechten gesprochen haben und wie oft Ihr, der Kollege Pöder usw. von Linken gesprochen habt. Wir sind nicht einmal aus einer Landtagssession hinausgegangen, ohne nicht mindestens fünf Mal als linke Gutmenschen bezeichnet worden zu sein. Ihr stellt immer wieder fest, wer wir sind, und normalerweise lassen wir das immer an uns abprallen, aber heute wird es langsam zu viel. Ihr seid ständig dabei, uns zu definieren, während wir versuchen, sachpolitisch zu argumentieren und Euch in Eurem Eck in Ruh zu lassen. Hört doch endlich einmal damit auf, uns immer wieder diese Etiketten anzuheften! Das ist kein korrekter und politisch fairer Diskurs! Kollege Knoll, die Untätigkeit, die Du uns im Hinblick auf faschistische Denkmäler vorgeworfen hast, weise ich zurück! Wir sind jedes Mal in erster Reihe, wenn es darum geht, gegen faschistische Denkmäler aufzutreten. Ich habe erst kürzlich gesagt, dass das Grab von Tolomei in Montan weg gehört. Liebe Ulli Mair, bezüglich des Autonomiekonvents haben auch wir immer wieder gesagt, dass es in der Verantwortung jeder einzelnen Person liegt, zu den Diskussionen hinzugehen oder daheim zu bleiben und dass niemand den Schützen etwas vorwerfen kann, wenn sie mobilisieren wollen. Das ist Teil eines ganz normalen demokratischen Prozesses, den wir anerkennen wollen. Da habt Ihr kein Wort von uns gehört!

**PRÄSIDENT:** Kollege Heiss, nehmen Sie den Änderungsantrag des Abgeordneten Urzi an?

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich habe bereits in meiner Stellungnahme ausdrücklich gesagt, dass ich den Änderungsantrag des Abgeordneten Urzi nicht annehme, trotz voller Ablehnung natürlich auch des Kommunismus.

**PRÄSIDENT:** Kollege Leitner, Sie haben das Wort in persönlicher Angelegenheit.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich kann mich nicht daran erinnern, in meiner Stellungnahme das Wort "Grüne" in den Mund genommen zu haben. Wenn sich die Kollegin Foppa mit den Linken angesprochen fühlt, dann muss ich das natürlich hinnehmen. Ein bisschen eine dickere Haut, Kollegin Foppa, traue ich Dir schon zu !

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Mi rivolgo ai nuovi colleghi di Süd-Tiroler Freiheit alle mie spalle. Io avrei votato con grande piacere una presa di posizione netta, forte, chiara contro le violenze che anche in questo ultimo periodo hanno contrassegnato il dibattito a Bolzano. È stato qualcosa di inaccettabile, perché la nostra società deve respingere coloro che tentano di riportare il nostro vivere civile quotidiano agli anni 60 o 70. C'è bisogno di una repulsione totale verso ogni forma di violenza. Quella esercitata nei giorni scorsi, pare, - aspetteremo lo svolgimento delle indagini - da parte di un militante di Casa Pound merita la totale censura da parte di tutti noi.

Mi sarei aspettato che ci fosse anche una presa di posizione chiara di distanza da parte dei colleghi neo acquisiti di Süd-Tiroler Freiheit alle mie spalle, nei confronti delle aggressioni da parte di quel corteo di comunisti autodichiaratisi nei confronti di giornalisti, due giornalisti cacciati dal corteo a spintoni e insulti. Non c'è stata una sola presa di posizione chiara, nitida nei confronti di questo esercizio plateale di violenza da parte di gruppi comunisti organizzati. Io ho presentato questo emendamento per riportare nei binari della correttezza e dell'integrità del pensiero morale il ragionamento, invece ho visto purtroppo come il non aver accettato questo tipo di indirizzo che ho indicato col mio emendamento presta il documento a strumentalizzazioni, così il collega Knoll ci ha potuto, supportato però dagli interventi che ho potuto seguire, dire e dare l'interpretazione autentica di questo documento. Ciò vale come censura nei confronti della storia di una comunità intera in Alto Adige, perché non si parla di simboli quando si parla di toponomastica, cioè questa denuncia, si dice, deve essere estesa alla storia stessa di una intera comunità, come l'identità, come la lingua. Io respingo ovviamente questa interpretazione, come quando si afferma che debba essere accolto nella platea dei beni mobili, perché di fatto lo è pur essendo molto immobile, il monumento all'alpino come simbolo di una violenza, come simbolo di un regime, quando invece oggi è un simbolo di pace.

Io non accetto l'ostracismo dimostrato dai colleghi alle mie spalle sul comunismo. Quando il collega Dello Sbarba dice che c'è un'altra Italia, sì, c'è anche l'Italia di Norma Cossetto, stuprata e gettata nelle foibe insieme a quegli altri 30 mila italiani, persone, civili innocenti gettati nelle foibe dalle bande comuniste.

Ecco che mi attendo un chiaro pronunciamento nei confronti di tutte le dittature, di tutte le violenze. Qui c'è un'interrogazione presentata al Consiglio regionale in cui denuncio la vendita sull'autostrada del Brennero, risale a dicembre quindi non molto tempo fa, di bottiglie raffiguranti l'immagine di dittatori del XX secolo. L'ho denunciato prima di voi! Però credo sia un atto dovuto da parte nostra anche avere la medesima fermezza nei confronti delle vergogne che in casa nostra, collega Heiss, in Italia e anche in Alto Adige si sono esercitate da parte del comunismo nei confronti di persone innocenti.

Concludo dicendo che c'è un problema interpretativo da parte dei proponenti, perché la legge non dice quello che è scritto ed è stato detto, la legge parla di riproduzione, vendita di beni mobili raffiguranti immagini e simboli, quindi tutto quello che è qualcosa di mobile, significa anche riproduzione di testi scritti. Da parte di uno storico questo non me l'aspettavo. Da parte di qualche deputato in deficienza di democrazia sì, ma da parte di uno storico no. In Germania è stato ripubblicato da parte dall'Istituto storico di Monaco il "Mein Kampf" commentato, ed è stata salutata come un'iniziativa giusta e lodevole da parte di Gad Lerner in Italia, è un'iniziativa tesa a riconoscere il valore della lotta contro le dittature esercitata anche attraverso il mercato, perché questo è un vero mercato. Facciamo argine contro le dittature, facciamo argine contro tutte le violenze, collega Heiss e colleghi che qui siedono in questo Consiglio, ma intendendole tutte, e a me spiace che invece si sia voluta applicare una visione strabica e soprattutto discorsiva del testo della legge che pure viene richiamato nel voto. Forse il collega Heiss avrà più tempo per rileggere l'articolo unico del disegno di legge presentato alla Camera dei Deputati e forse si renderà conto di non avere raccontato tutta la verità.

Per questa ragione, perché sono contro tutte le dittature, tutte le violenze, quelle che ho citato e quelle che non ho citato, non parteciperò al voto, perché questa è una banale e volgare speculazione sul dolore delle vittime del nazismo, del fascismo ma soprattutto, in questo caso, del comunismo!

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in Anwesenheit von Schülerinnen und Schülern möchte ich anmerken, dass man bei Landtagsdebatten riskiert, das Thema manches Mal ein bisschen zu verfehlen. Der Begehrensantrag betrifft eigentlich die Unterstützung eines formulierten Gesetzesvorschlages, der im Parlament aufliegt. Darüber sollten wir uns unterhalten. Natürlich können wir uns auch darüber unterhalten und sagen, dass wir auch alle anderen totalitären Formen verdammen. Ich glaube, dass niemand hier im Landtag tatsächlich den Kommunismus unterstützen würde. Im vorliegenden Begehrensantrag geht es aber darum, eine vorhandene Lücke zu schließen, weil die in Italien geltenden Bestimmungen so interpretiert werden, dass gewisse Dinge nicht sanktioniert werden. Man hätte das auch anders interpretieren und sagen können, dass das in den Verboten inbegriffen ist, aber dem ist nicht so. die Gerichte in Italien sprechen eigentlich

ständig in einem anderen Sinne Recht, und aus den Urteilen geht hervor, dass das von den Gesetzen nicht sanktioniert ist. Aus unserer Sicht ist es höchst an der Zeit klarzustellen, dass die Verherrlichung von Faschismus und Nationalsozialismus verboten sein sollte. Der Gesetzesartikel, der hier vorgeschlagen wird, ist relativ klar. Es geht um die Propaganda für diese Ideologien in den verschiedensten Formen. Kollege Urzì, es steht nämlich drinnen "... anchè solo attraverso ...". Das ist nicht ausschließlich, sondern eine besondere Form dieser Propaganda. Man kann aus unserer Sicht den entsprechenden Gesetzentwurf durchaus teilen, weil er hoffentlich diese Lücke schließen wird, damit die Gerichte eine Handhabe haben, die Verherrlichung totalitärer Regimes in Zukunft unter Strafe zu stellen. Ich glaube, dass das in einem demokratischen Land notwendig ist, wobei es in anderen Ländern längst schon geschieht. Wir werden also für diesen Begehrensantrag stimmen.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Landeshauptmann, für die eindeutige Stellungnahme, die wir natürlich begrüßen. Wir begrüßen allerdings weniger, dass Sie als einziger Vertreter der Mehrheitspartei in einer Debatte, die zwischen den Vertretern der Opposition sehr engagiert, natürlich polemisch, aber doch mit Herzblut geführt wurde, Stellung genommen haben und sich der Rest Ihrer Partei und der Partito Democratico aus solchen Debatten ausklinken. Das bedauere ich. Niemand ist dazu angehalten, das Wort zu ergreifen, aber ich möchte trotzdem daran erinnern, dass die Südtiroler Volkspartei am 8. Mai 1945 auch deshalb gegründet wurde, um dem Faschismus und Nationalsozialismus abzusagen. Wir merken deutlich, dass sich der Rest Ihrer Fraktion bei solchen Debatten ein wenig tot stellt. Ich würde also um mehr Partizipation ersuchen. Es soll ja nicht so ausschauen, als wäre es ein kleiner Kochtopf, in dem sich die Opposition selber weichkocht. Hier geht es wirklich um grundsätzliche Fragen. Ich erkenne an, Herr Landeshauptmann, dass Sie in diesen Fragen immer präsent sind und eine klare Haltung beweisen, aber es wäre schön, wenn bei solchen Debatten andere Abgeordnete Ihrer Partei und des Partito Democratico dann und wann das Wort ergreifen würden. Dies ist nicht das Kinderzimmer der Opposition, in dem sich diese Debatten abspielen.

Die weiteren Argumente, die aufgetaucht sind, waren recht bemerkenswert. Natürlich gibt es eine gewisse permissive Haltung seitens der Justiz, aber ich möchte auch sagen, dass es durchaus auch klare und entschiedene Urteile gibt. Ich erinnere daran, dass Andrea Bonazza, der 2009 anlässlich der "memoria delle foibe" mit dem "saluto romano" begrüßt hat und vom Kassationsgerichtshof verurteilt worden, zwar zu einer überschaubaren Strafe, aber immerhin aus Gründen der strikten Ablehnung. Es gibt neben den vielen Formen der Permissivität also auch andere Formen der Justiz. Das gilt insgesamt für die italienische Situation. Ich möchte auch der Kollegin Mair widersprechen, denn Italien hat in vielerlei Hinsicht einen Schlusstrich gezogen. Bis 1947 hat eine harte und blutige Abrechnung mit dem Faschismus stattgefunden, den keine andere westeuropäische Nation vollzogen hat. Daran muss man auch denken. In Regionen wie der Toskana findet nach wie vor eine entschiedene Ablehnung des Faschismus statt, die wir uns in Südtirol nur wünschen können.

Kollege Knoll, wir sind nicht auf einem Auge blind, sondern haben in Sachen Denkmäler eine andere Haltung. Wir lehnen den faschistischen Geist, der dahinter steht, entschieden ab und wünschen uns einen anderen Umgang mit den Monumenten. Wir wünschen uns, dass sie nach Möglichkeit historisiert werden, in einem Modus, der in Deutschland gleichfalls angestrebt wird. Hier unterscheidet sich unsere Sicht der Dinge. Wir haben eine Position, die sich auf diesem Terrain anders bewegt, aber die Haltung, die dahinter steht, ist ganz entschieden von der Ablehnung des faschistischen Geistes bewegt.

Kollege Urzì, wir haben deinen Änderungsantrag abgelehnt, weil wir speziell auf unsere Verantwortung verweisen. Wir möchten nicht Faschismus und Nationalsozialismus in den großen totalitären Kochtopf stellen. Es geht hier wirklich um die Unterstützung eines kleinen Gesetzespassus', der weit entfernt von einer umfassenden gesetzlichen Aufarbeitung oder Neubewertung der bisherigen Tatbestände ist.

Wir bedanken wir uns für ein zustimmendes Votum.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Abstimmung: mit 22 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen genehmigt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschussantrag Nr. 547/16 vom 7.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend Ökologischer Fußabdruck für Unternehmen, Organisationen, Verwaltung."**

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 547/16 del 7/1/2016, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante l'impronta ecologica per le aziende, le organizzazioni e l'amministrazione."**

Bereits 2010 wurde in Südtirol in einer Projektpartnerschaft zwischen TIS Innovation Park, dem Resort für Raumordnung Umwelt und Energie, der Klimahausagentur, der Stiftung Südtiroler Sparkasse, der Handelskammer Bozen, Aspiag Service sowie HST Consulting der Südtiroler Footprintrechner online gestellt. Damit konnte man die Klimaverträglichkeit des eigenen Alltagsverhaltens errechnen und somit das Wissen für Klimaschutz und nachhaltigen Konsum schärfen.

Der ökologische Fußabdruck zeigt nämlich anschaulich auf, „wie viele Erden es brauchen würde“, wenn die gesamte Menschheit so einkaufen, wohnen, reisen, essen etc. würde wie man selbst. Für alle verständlich und ansatzweise Vergleichbarkeiten schaffend, hat sich die Footprint-Idee insbesondere in Mitteleuropa gut durchsetzen können.

In Deutschland gibt es inzwischen bereits Landesverwaltungen, Kommunen und eine Vielzahl von Unternehmen, die sich der CO<sub>2</sub>-Bilanzierung bzw. dem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck (auch Corporate Carbon Footprint (CCF) genannt) unterzogen haben.

Dabei geht es einerseits um Umwelt- und Klimaschutzaspekte, es ergeben sich aber auch betriebswirtschaftliche Vorteile: Der betriebliche „Fußabdruck“ stellt unter anderem „die Grundlage für Optimierungsstrategien im Hinblick auf Energie- und Klimateffizienz dar. Er hilft dabei, Handlungsoptionen zu priorisieren und mittel- wie langfristige Aktionspläne zu erstellen. Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bildet die Basis einer Nachhaltigkeitsstrategie, sowohl unternehmensintern wie auch in der Kommunikation mit Kunden und Stakeholdern“ ([www.klimaktiv.de](http://www.klimaktiv.de)).

Der Südtiroler Landtag

beauftragt

folglich die Landesregierung:

1. eine Software zur Berechnung des ökologischen Fußabdrucks für Südtiroler Unternehmen ausarbeiten zu lassen und diese allen Unternehmen im Lande online zugänglich zu machen;
2. Anpassungsmöglichkeiten für Gemeinden und andere nichtbetriebliche Organisationen vorzusehen;
3. als Landesverwaltung zumindest in Teilen sich selbst entsprechender Bilanzierung zu unterziehen und die Ergebnisse bekannt zu machen;
4. eine Kampagne zur Einbindung möglichst vieler Unternehmen und Organisationen zu starten;
5. ein Zertifizierungslabel zu entwickeln, mit dem Unternehmen und Organisationen ihren Fußabdruck sichtbar machen können.

-----

In Alto Adige, già nel 2010, è stato messo in rete un programma per il calcolo dell'impronta ecologica nell'ambito di un progetto comune a cui hanno partecipato il TIS Innovation Park, il dipartimento Sviluppo del territorio, Ambiente ed Energia, l'Agenzia CasaClima, la Fondazione Cassa di Risparmio di Bolzano, la Camera di commercio di Bolzano, L'Aspiag Service e l'HST Consulting. Il programma permetteva di calcolare la sostenibilità del proprio stile di vita in termini climatici e allo stesso tempo di affinare le conoscenze in materia di tutela del clima e consumo sostenibile.

L'impronta ecologica infatti illustra in modo comprensibile quanti "pianeti Terra servirebbero" se tutti si comportassero come noi per quanto riguarda acquisti, casa, viaggi, alimentazione ecc. L'idea dell'impronta ecologica, che è comprensibile per tutti e rende possibili le comparazioni, ha trovato grande consenso in particolare nell'Europa centrale.

Nel frattempo in Germania le amministrazioni di alcuni Länder e Comuni nonché numerose aziende si sono sottoposte al calcolo delle emissioni di CO<sub>2</sub> ovvero alla cosiddetta Corporate Carbon Footprint (CCF) (impronta di carbonio a livello aziendale).

Questo calcolo riguarda non solo aspetti ambientali e climatici ma comporta anche dei vantaggi economici per l'azienda: "L'impronta aziendale" pone anche le basi per l'introduzione di strategie di ottimizzazione al fine di aumentare l'efficienza energetica e climatica. Si tratta di uno strumento utile per fissare le priorità ed elaborare piani di azione a medio e lungo termine. Il carbon footprint è la base su cui costruire le strategie di sostenibilità sia a livello aziendale sia nella comunicazione con i clienti e i portatori di interesse.

Pertanto il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
incarica la Giunta provinciale

1. di far elaborare un software per il calcolo dell'impronta ecologica da mettere in rete e rendere accessibile a tutte le aziende della Provincia;
2. di prevedere la possibilità di adattare il programma per i Comuni e altre organizzazioni non aziendali;
3. di sottoporsi, in quanto amministrazione provinciale, almeno in parte al calcolo dell'impronta ecologica e di rendere noti i risultati;
4. di avviare una campagna per coinvolgere il maggior numero possibile di aziende e organizzazioni;
5. di creare un'etichetta attraverso la quale le imprese e le organizzazioni possano dare visibilità a questa certificazione ecologica.

Änderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Theiner, Dello Sbarba und Heiss: "Der beschließende Teil erhält folgende Fassung: „Die Landesagentur für Umwelt wird damit beauftragt, auf dem Markt bereits befindliche Rechentools für den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auf ihre Adaptierbarkeit für Südtirol und die Einbindung in die Labels „Klimafactory und Klimagemeinde“ zu prüfen und gegebenenfalls den Unternehmen, nichtbetrieblichen Organisationen, Gemeinden und der Landesverwaltung im Lande online zugänglich zu machen.“

"La parte dispositive è così sostituita: "L'Agenzia per l'ambiente è incaricata di verificare se gli strumenti per il calcolo della Corporate Carbon Footprint (CCF) già reperibili sul mercato possano essere adattati alla realtà altoatesina e se tale certificazione ecologica possa essere inclusa nelle etichette "Clima Factory e ComuneClima", rendendo eventualmente questi strumenti accessibili online alle aziende, alle organizzazioni non aziendali, ai comuni e all'amministrazione provinciale."

Frau Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! *Bereits 2010 wurde in Südtirol in einer Projektpartnerschaft zwischen TIS Innovation Park, dem Ressort für Raumordnung Umwelt und Energie, der Klimahausagentur, der Stiftung Südtiroler Sparkasse, der Handelskammer Bozen, Aspiag Service sowie HST Consulting der Südtiroler Footprintrechner online gestellt. Damit konnte man die Klimaverträglichkeit des eigenen Alltagsverhaltens errechnen und somit das Wissen für Klimaschutz und nachhaltigen Konsum schärfen.*

*Der ökologische Fußabdruck zeigt nämlich anschaulich auf, „wie viele Erden es brauchen würde“, wenn die gesamte Menschheit so einkaufen, wohnen, reisen, essen etc. würde wie man selbst. Für alle verständlich und ansatzweise Vergleichbarkeiten schaffend, hat sich die Footprint-Idee insbesondere in Mitteleuropa gut durchsetzen können.*

*In Deutschland gibt es inzwischen bereits Landesverwaltungen, Kommunen und eine Vielzahl von Unternehmen, die sich der CO<sub>2</sub>-Bilanzierung bzw. dem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck (auch Corporate Carbon Footprint (CCF) genannt) unterzogen haben.*

*Dabei geht es einerseits um Umwelt- und Klimaschutzaspekte, es ergeben sich aber auch betriebswirtschaftliche Vorteile: Der betriebliche „Fußabdruck“ stellt unter anderem „die Grundlage für Optimierungsstrategien im Hinblick auf Energie- und Klimaeffizienz dar. Er hilft dabei, Handlungsoptionen zu priorisieren und mittel- wie langfristige Aktionspläne zu erstellen. Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bildet die Basis einer Nachhaltigkeitsstrategie, sowohl unternehmensintern wie auch in der Kommunikation mit Kunden und Stakeholdern“ ([www.klimaktiv.de](http://www.klimaktiv.de)).*

Dieser Beschlussantrag schließt an jenen an, der die offenen bzw. zu schließenden Türen der Geschäfte betraf, also beim Klimaschutz. Es ist so, dass die ganze Klimaschutzdebatte meiste eher eine technische und rechnerische Debatte ist. es geht um CO<sub>2</sub>, um Stäube und verschiedene Schadstoffe, die das Klima erwärmen. Dem kann man sich zwar nicht verschließen, aber trotzdem ist es so, dass die ganze Debatte ziemlich losgelöst vom eigenen Verhalten betrieben wird. Es geht auch um die sogenannte kognitive Dissonanz. Zwar wissen wir, was richtig wäre, aber es ist immer wieder schwierig, das eigene Verhalten am auszurichten ist, was wir für richtig empfinden würden. Deshalb braucht es Hilfsmittel, um dieses Thema verständlich zu machen. Der Fußabdruckrechner ist eben so ein Hilfsmittel. Ich weiß nicht, wie viele von Euch schon einmal den eigenen Fußabdruck berechnet haben. Für uns Grüne gehört es natürlich zum Geschäft, zu wissen, wie groß der eigene Fußabdruck ist und zu versuchen, ihn natürlich so klein wie möglich zu halten. An dem werden wir gemessen, und das ist auch richtig so. Es wäre aber auch für alle anderen interessant, und vielleicht könnt Ihr uns in Euren Wortmeldungen sagen, wie groß Euer Fußabdruck ist. Wir sollten uns immer wieder aktualisieren, in dem, was wir der Welt nehmen und was wir der Welt hinterlassen. Der Fußabdruck befragt einen mit einem Online-Fragebogen, wie man



lebt. Es geht um Wohnen, wobei jemand, der eine Ölheizung hat, wahrscheinlich einen größeren ökologischen Fußabdruck hat als jemand, der seine Wohnung mit Erdwärme oder mit Pellets heizt. Es geht um den eigenen Energiekonsum. Ein sehr wesentlicher Teil ist das Reisen. Wer eine einzige Flugreise pro Jahr macht, der wird sehen, dass sich das in einem ökologischen Fußabdruck sofort niederschlägt. Es geht um das Essen, wobei der Fleischkonsum jener ist, der den ökologischen Fußabdruck in die Höhe treibt. Alle diese Verhaltensweisen werden eingerechnet, und am Ende kommt heraus, wie viele Erden es brauchen würde, wenn alle so leben würden wie wir. Das ist eine sehr anschauliche Methode, um zu verstehen, welche Auswirkungen unser Verhalten auf die Welt hat. Mein Fußabdruck sagt mir, dass es, wenn alle so leben würden wie ich, mindestens 1,8 Erden brauchen würde. Das ist schon einmal doppelt so viel, wie richtig wäre, aber für eine Mitteleuropäerin ist das eher unterer Durchschnitt.

Kollege Schiefer, Sie glauben das nicht? Versuchen Sie mal, es auszurechnen, dann werden Sie sehen, was wir als VertreterInnen von Konsumnationen und Industrieländern tatsächlich verbrauchen. Deshalb sollte es eine Ausweitung der Footprintidee auf die Gemeinden und Unternehmen geben. Auch da gibt es schon gute Vorgaben aus anderen Ländern. In Deutschland gibt es einige Fußabdruckrechner für Unternehmen. Für Unternehmen, die im Umweltbereich tätig sind, bringt das etwas fürs Image und für die eigene Gewissensberuhigung. Allerdings hat ein Fußabdruck immer auch Auswirkungen auf das Wirtschaftliche. Es heißt weniger Energie konsumieren und die eigenen internen Abläufe verbessern. Es gibt viele verschiedene Punkte, an denen man ansetzen kann, um ökologische Stützmauern für das eigene Unternehmen zu schaffen. Ich habe erst kürzlich einen Betrieb besichtigt, in dem sehr viel getan wurde, um Einsparungen gerade in der Auslieferung vorzunehmen. Das hat sich ganz deutlich im Unternehmenserfolg niedergeschlagen, weil man dadurch auch sehr viel Treibstoff sparen konnte. Vernetzung ist ein weiterer Faktor, beispielsweise wenn sich Betriebe in eine Kooperation begeben und Synergien schaffen. Es kann sich also auch lohnen und rechnen.

Darüber hinaus ist der Fußabdruck aber auch für Gemeinden interessant. Ich würde vorschlagen, dass sich auch die Landesverwaltung diesem Fußabdruck unterziehen sollte. Dann würden wir wissen, wie viel der größte Betrieb des Landes an der Erde hinterlässt und an CO<sub>2</sub> verbraucht.

Der beschließende Teil wurde in Absprache mit Landesrat Theiner abgeändert. Ich möchte hinzufügen, dass ich bereits eine Aussprache mit der Klimahausagentur zu diesem Thema hatte. Dort hat man mir von verschiedenen Labels, die bereits auf dem Weg sind, und von verschiedenen Zertifizierungen im Bereich Energieeinsparung erzählt. Allerdings leuchtet es ein, dass die eigene Entwicklung einer solchen Software sehr aufwendig ist. Deshalb hat der Landesrat den Vorschlag gemacht, bereits bestehende Tools zu adaptieren bzw. zu prüfen, ob das möglich sei.

*"Die Landesagentur für Umwelt wird damit beauftragt, auf dem Markt bereits befindliche Rechentools für den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auf ihre Adaptierbarkeit für Südtirol und die Einbindung in die Labels „Klimafactory und Klimagemeinde“ zu prüfen und gegebenenfalls den Unternehmen, nichtbetrieblichen Organisationen, Gemeinden und der Landesverwaltung im Lande online zugänglich zu machen."* Es ist natürlich eine etwas abgespeckte Version, aber wenn die Zielrichtung die gleiche ist, kann ich mit dieser auch gut leben. Wir wissen ja, wie es geht, und das, was möglich ist, nehmen wir an, als Schritt dahin, wo wir hinkommen wollen. Vielen Dank!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das Anliegen ist sicher verständlich. Mir fällt dazu ein Satz ein, den der Dalai Lama einmal gesagt hat: "Der Erde ginge es gut, wenn es die Menschen nicht gäbe." Nachdem wir aber so viele Menschen auf dieser Welt haben und noch viel mehr Menschen bekommen werden, wird Afrika in wenigen Jahrzehnten auf mehr als vier Milliarden Einwohner anwachsen. Wenn wir diese ganzen Fußabdrücke berechnen, dann wird diese Erde möglicherweise nicht ausreichen. Da kommt sicher einiges auf uns zu. Im Rahmen einer Messe in Bozen konnte man einmal diesen Fußabdruck berechnen. Kollegin Foppa, hier kann ich mit Dir natürlich nicht mithalten, denn da habe ich noch großen Nachholbedarf. Es ist aber sicher ein Anreiz, darüber nachzudenken, wo man die eigenen Lebensgewohnheiten ändern kann. Insofern ist das sicher ein Thema, über das man sich Gedanken machen soll. Die Menschen können sich etwas vorstellen, wenn man etwas messen kann. Dieser Fußabdruck ist eine Möglichkeit, und wenn man einen Beitrag leisten kann, dann ist das eine Initiative, die man durchaus unterstützen kann.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Beschlussantrag ist sicher berechtigt. Wichtig ist auch, dass der beschließende Teil abgeändert wird, damit das nicht mit mehr Bürokratie zusammenhängt. Wir haben einen Beschlussantrag eingereicht mit dem Thema "Tirol 2050 energieautonom", der aber leider abgelehnt worden

ist. Da wären solche Projekte sehr hilfreich und interessant. Ich persönlich habe schon mehrmals gesagt, dass ich zu Hause energieneutral lebe. Fehlen tut es lediglich noch beim Auto.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Ich habe meiner Kollegin Brigitte Foppa sehr genau zugehört. Eines ist der Umweltschutz, den ich natürlich voll und ganz teile, das andere ist dieser Fußabdruck. Die Kollegin Foppa hat gesagt, dass der ökologische Fußabdruck größer ist, wenn man Fleisch isst. Geht es dahin, dass die Menschen dazu erzogen werden sollen, vegetarische Produkte zu essen? Du hast das so gesagt! Der, der am meisten Punkte bekommt, muss Vegetarier sein und darf kein Fleisch essen. Dann werden wir den Bauern sagen: "Baut etwas anderes auf!" Ich frage mich, ob ein Unternehmen wie eine Metzgerei überhaupt einen solchen Fußabdruck bekommen kann. Ich möchte geklärt wissen, was der Umweltschutz ist und was die Erziehung zu einem Menschen, der nur das tut, was der linken Reichshälfte oder den Gutmenschen recht ist. "Wenn Du das und das isst, wirst Du einen perfekten Fußabdruck haben, aber wenn Du das nicht tust, dann eben nicht!" Für mich sind das, wie gesagt, zwei paar Schuhe. Ich ersuche, wie gesagt, um eine Klärung. Ich möchte nicht so wie Brigitte Foppa leben und möchte auch nicht behaupten, dass ich ein totaler Umweltverschmutzer bin.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich empfinde diesen Beschlussantrag eher als visionär und nachhaltig. Ich möchte fragen, ob es eventuell möglich wäre, auch die Schulen mitaufzunehmen. Ich glaube, dass gerade über Unterrichtsfächer oder Lehrpläne sehr viel zum Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz erreichen werden könnte. Vielleicht könnte sich die Einbringerin vorstellen, diesen Zusatz in den beschließenden Teil aufzunehmen.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Dieser Beschlussantrag ist zu befürworten, wobei ich sagen muss, dass der ökologische Fußabdruck bereits in der Gemeinwohlökonomie enthalten ist. Das ist noch einmal ein kleiner Sachbereich davon, den ich aber absolut befürworten möchte. Es ist für jeden einzelnen eine Sensibilisierung. Abläufe werden hinterfragt. Es ist ja so, dass man gewisse Gewohnheiten an den Tag legt, ohne darüber nachzudenken, ob es vielleicht auch andere Möglichkeiten geben würde, die ökologischer und auch ökonomischer sind.

In Bezug auf die Betriebe schlagen Sie vor, dass es freiwillig sein soll. Meiner Meinung nach ist es aber mit sehr viel Bürokratieaufwand verbunden. Außerdem möchte ich fragen, wer das kontrolliert? Nur mit einer Software, mit der ich selber meine Sachen eingeben kann, ist es nicht getan. Bei der Gemeinwohlökonomie überprüft eine Fachkommission, ob man berechtigt ist, das Label zu tragen. Bei solchen Sachen ist die Qualität wichtig und außerdem darf kein Schund betrieben werden, denn das wirkt sich auf alle aus, auch auf jene, die positiv bei der Sache dabei sind.

Auch die Kinder sind zu sensibilisieren. Wir selbst haben es ja erlebt, denn bei uns hat es in der Schule mit der Mülltrennung, mit dem Recycling und Kompostieren angefangen. Für uns sind diese Vorgänge selbstverständlich.

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Köllensperger das Wort gebe, möchte ich die 2. Klasse der Landesberufsschule Schlanders begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Bitte, Kollege Köllensperger.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Natürlich unterstütze auch ich diesen Beschlussantrag. Ich habe mir meinen persönlichen Foodprint berechnet und war überrascht, wie schlecht ich dastehe, vor allem wegen meinem Mobilitätsprofil. Ich habe aber daran gearbeitet und setze seitdem viel stärker auf den Zug, als auf das Auto. Veränderung beginnt schlussendlich bei sich selbst. Südtirol wird nicht die großen Klimakonferenzen beeinflussen können, die am laufenden Band eigentlich relativ enttäuschende Ergebnisse bringen, aber es ist wichtig, dass jedem einzelnen bewusst wird, dass er selbst einen Beitrag leisten kann. Freiwillig oder nicht freiwillig, das wird auf uns zukommen. Wenn wir dreißig Jahre lang zwei Welten konsumieren, dann werden unsere Kinder sechzig Jahre lang nur mehr eine halbe Welt zur Verfügung haben, damit im langjährigen Mittel wieder eine Welt herauskommt. Es ist eine Verantwortung unseren Kindern und den Kindern unserer Kinder gegenüber, dass wir ihnen eine lebenswerte und intakte Welt hinterlassen. Dieser kleine Beitrag zur Sensibilisierung ist wichtig.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Im ersten Moment klingt das relativ eigenartig, aber es hat schon einen gewissen Sinn, dass man im Prinzip eine Sensibilisierung vornimmt. Das Problem bei solchen Dingen



ist aber, dass damit oft eine Stigmatisierung einhergeht, was man natürlich vermeiden muss. Was bedeutet das? Wenn ich einfach so leben will, dann muss ich auch das Recht dazu haben. Es kann nicht angehen, dass wir alle Vegetarier oder was weiß ich was sein müssen. Trotzdem verstehe ich, dass man eine Sensibilisierung vornehmen will, und deshalb bin ich auch nicht dagegen. Bei solchen Dingen muss man aber sehr vorsichtig sein. Vor allem soll jemand die Möglichkeit haben, sich zu informieren und dann vielleicht draufkommen, dass das, was er tut, nicht so toll ist. Eine Stigmatisierung soll damit aber nicht verbunden sein. Es soll nicht so sein, dass dann plötzlich jeder seinen Fußabdruck irgendwo abgebildet sieht und der eine dann sagt: "Aber Du hast wieder einmal Erdbeeren aus Spanien gegessen, was wir gar nicht sehen wollen." Da muss man vorsichtig sein. Ich habe noch nicht ganz verstanden, wie das funktionieren soll. Ich weiß auch nicht, ob es eine Software gibt, aber wenn das bei uns relativ angeboten werden kann, warum nicht. Ich würde wahrscheinlich keine Fußabdrücke haben, wenn ich gleichzeitig verlange, dass der Benzinpreis gesenkt werden soll. Dann würde mir die Software wahrscheinlich eher einen Fußtritt verpassen.

Wie gesagt, die Idee ist nicht schlecht.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Auf den ersten Blick scheint dieser Vorschlag nicht unvernünftig zu sein. Es kann durchaus ein Instrument sein, um etwas festzustellen. Allerdings ist es mir schon ein bisschen zu wenig. Wenn wir in Südtirol Ausschreibungen für Altersheime, Kindergärten und Schulmensen machen, dann gewinnt plötzlich der Anbieter mit dem niedrigsten Preis und die regionalen und kleinen Kreisläufe spielen eine untergeordnete Rolle. Hier haben wir dann Milch aus allen Herren Länder, Butter aus dem südlichen Raum, Fleisch aus Massentierhaltungen in der Poebene usw. Deshalb ist dieses Label lediglich eine Augenauswischerei. Die Kollegin Atz Tammerle hat bereits gesagt, dass es in Bezug auf die Müll- und Abfallbewirtschaftung kein einheitliches System gibt. Wie will man etwas bewerten, was man nicht einheitlich erfassen kann? Ich bin da irgendwo auch überfordert, was man will. Ich glaube, dass wir die Konsumenten nicht überfordern sollten. Wir wissen ja, wer die lokalen Anbieter sind und sollten zu unseren einheimischen Milchhöfen stehen. Wir wissen ja, was schädlich ist und was gut ist. Wir sollten uns nicht nur auf ein Label verlassen. Man hat gesehen, was diese Labels gesehen, beispielsweise die Einhaltung der Abgasnormen bei VW. So etwas müsste sofort aufkommen, ist es aber nicht. Deshalb habe ich ein Problem damit, hier wieder etwas Neues einzuführen, mit dem sich einige Firmen rühmen können, während andere in Hinterhand geraten, weil damit auch Bürokratie verbunden ist.

Ich finde diesen Beschlussantrag nicht unbedingt optimal, weil er eine Insellösung und nicht ein Gesamtkonzept darstellt. Man kann das durchaus einmal probieren, aber ich sehe es mit großer Skepsis.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Nur einige kurze ergänzende Bemerkungen meinerseits aufgrund der skeptischen Einwände einiger Kollegen. Es klingt wieder an, dass die Grünen mit ihrer bewährten Verbots- und Nein-Sager-Kultur und ihrem normativen Anspruch dabei wären, den Südtiroler Unternehmen eine über zu braten, mit Hilfe von Landesrat Theiner, der gewissermaßen in Geiselhaft genommen worden ist, trotz seiner roten Krawatte, hinter der sein grünes Herz getarnt ist. Das ist wirklich nicht der Fall. Das, was die Kollegin Foppa vorschlägt, ist ein notwendiges Angebot für Unternehmen und für Lokalverwaltungen in Südtirol. Es liegt auf der Linie der Landesregierung, die ja das Ziel ausgegeben hat, dem Klimaland Südtirol bis 2020 ein Minimum an CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verpassen. Daran ist zu arbeiten. Mit Hilfe des ökologischen Fußabdrucks stünde den Unternehmen und Lokalverwaltungen ein Qualitätsmerkmal zur Verfügung, mit dem sie stolz nach außen gehen könnten, ein Qualitätsmerkmal, das auch von den Kunden gewünscht wird. Es gibt zunehmend Kundinnen und Kunden, die sich eine ökologisch gerechte Lebensweise und Produktion wünschen. Genau darauf zielt diese Möglichkeit ab. Hier gibt es mehr Nachholbedarf, als man glauben möchte. Es ist kein Zwangsinstrument, sondern ein zusätzliches Angebot.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn man aus eine Maßnahme aus dem Kontext herausgreift, denn es gibt viele Maßnahmen, die dazu führen können, dass wir umwelt- und verbrauchsbewusster leben. Um das geht es aus meiner Sicht. Ich finde den Vorschlag der Kollegin Mair, die Schulen in die Sensibilisierung miteinzubeziehen, sehr vorteilhaft bzw. auch effizient. Ganz vieles beginnt bei den Erwachsenen durch die Kinder, denn durch die Kinder lernen die Erwachsenen automatisch mit. Ich erinnere an die Aktionen, als Kinder zu Fuß in die Schule gegangen sind und nicht von den Eltern mit dem Auto hingebacht worden sind. Ich finde, dass das Vergabegesetz, das wir kürzlich verabschiedet haben, einen konkreten Ansatz, um dieser Sensibilisierung gerecht zu werden. Es geht darum, dass wir mehr verbrauchen, als uns eigentlich zu-

stehen würde. Wenn jemand 1.500 Euro im Monat verdient, kann man nicht 2.000 Euro verbrauchen, denn das wird sich auf längere Zeit rächen.

Der Änderungsantrag ist sehr positiv. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir bestehende Ressourcen von Seiten der Landesumweltagentur nutzen müssen. Für mich persönlich sind die einzelnen Personen ausschlaggebend.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Volevo aggiungere qualche considerazione a questa discussione interessante e probabilmente necessaria per capire di cosa si tratta, poi la collega Foppa spiegherà meglio i contenuti della mozione. Io faccio una sola considerazione. Ci sono stati diversi tentativi fatti per esempio dal Comune di Bolzano 5 o 6 anni fa che fece un calcolo sull'impronta ecologica insieme agli istituti scientifici di Lega Ambiente. Quello fu un episodio, poi in altri comuni sono stati fatti altri calcoli, ma a me pare che l'importanza dell'approvazione di questa mozione, anche con l'emendamento sostitutivo, sia di dotare la Provincia di Bolzano di uno strumento omogeneo quindi di calcolo dell'impatto ambientale delle varie attività e del funzionamento sia dell'economia che della società in modo che questo sia paragonabile nelle diverse situazioni, sia un unico strumento di riferimento. Questa è una cosa molto scientifica, molto tecnica e anche molto economica, non ha niente a che vedere con la morale. Quando si parla di queste cose, innanzitutto si parla di economia, sia parla di come la nostra economia e i nostri assetti sociali possono convertirsi verso quell'economia sostenibile che è l'unica possibilità per andare avanti per il nostro pianeta ma anche per un territorio come il nostro che consuma 5 volte le risorse che ha a disposizione. Su questo si sta costruendo la svolta dell'economia in Europa e in tante altre parti del mondo. Non si tratta di fare una predica e di andare a confessare in una specie di chiesa "verde" i propri peccati di gola o di trasporto, ma si tratta di attrezzare il nostro tessuto economico e sociale alle sfide della sostenibilità e a poter durare oltre qualche generazione, perché questo è il tempo contato che ha il vecchio sistema economico.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt eine interessante Debatte erlebt. Vielleicht sind wir uns dessen nicht bewusst, was auf internationaler Ebene passiert. Vor wenigen Wochen, als sich die UN-Klimakonferenz in Paris auf verbindliche Standards geeinigt hat, gab es ein großes Aufatmen. Es sind alle Länder bereit, sich der Thematik zu stellen. Zur Zeit erleben wir in den Vereinigten Staaten aber auch einen Wahlkampf, bei dem es Äußerungen von aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten gibt, die den Klimawandel in Frage stellen. Das ist also der Kontext, in dem wir uns befinden.

Den ökologischen Fußabdruck gibt es mittlerweile seit einigen Jahrzehnten, wobei er laufend ajourniert wird. Dies führt ganz bestimmt zu keiner Bürokratie, denn niemand wird verpflichtet, einen ökologischen Fußabdruck zu machen. Er ist interessant. Die Kollegin Foppa hat ihren persönlichen ökologischen Fußabdruck bekannt gegeben. Ich muss gestehen, dass mein Fußabdruck nicht so gut ist wie jener der Kollegin Foppa. Da habe ich noch einiges aufzuholen, was aber auch mit bestimmten Reisen zusammenhängt, die in der Funktion eines Landesrates nun einmal erforderlich sind.

Ich möchte kurz auf die Stellungnahme des Kollegen Stocker eingehen. Ich kann Sie beruhigen, Kollege Stocker, Du kannst weiterhin Deinen Speck und Deine Kaminwurzeln essen, denn das ist nicht der ausschlaggebend Moment für den ökologischen Fußabdruck. Da gibt es ganz andere Momente, die wesentlich entscheidender sind. Es umfasst die verschiedensten Lebensbereiche, und natürlich kann man das kritisch hinterfragen. Das ist kein Diktat, das einem sagt, dass man gezwungen ist, so oder so zu leben. Das ist eine Orientierung, um das eigene Verhalten kritisch zu hinterfragen.

Es wurde die Frage gestellt, was das Ganze mit den Unternehmen zu tun habe. Es gibt in unserem Land Tat eine Reihe von Unternehmen, die sich darum bemühen, sich im Wettbewerb zu unterscheiden. Die einen möchten mit dem niedrigsten Preis punkten, die anderen mit Nachhaltigkeit. Diesbezüglich gibt es in Südtirol eine Reihe von Unternehmen, die an die Landesverwaltung herangetreten sind und gefragt haben, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, dass sie sich gemeinsam bewegen können und dafür vielleicht auch ein Siegel bekommen, das allgemein akzeptiert wird. Es ist unser Anliegen, jetzt nicht wieder etwas völlig Neues zu schaffen, sondern dass wir versuchen, diese Bemühungen zu integrieren. Das ist der Sinn des Änderungsantrags. Deshalb sprechen wir uns ganz klar für die Annahme des so geänderten Beschlussantrags aus.

**Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo**

**PRESIDENTE:** La parola alla consigliera Foppa, prego.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Das war wirklich eine sehr interessante Debatte, dass wir nach dem ideologischen Fußabdruck, den die Diktatoren hinterlassen haben, über den ökologischen Fußabdruck sprechen konnten, der uns wirklich alle betrifft. Ich habe gemerkt, dass ich wahrscheinlich nicht ausführlich genug erklärt habe, was der ökologische Fußabdruck überhaupt ist. Sven Knoll hat ihn übrigens live ausgerechnet, nämlich über footprint.at. Es gibt einmal den individuellen Fußabdruck, das ein Online-Rechner ist, bei dem man ausrechnen kann, wie viel Hektar das eigene Leben verbraucht und wie viele Erden es brauchen würde, wenn alle so leben würden wie man selbst. Kollege Stocker, dabei geht es um vier Bereiche. Ein Bereich ist das Wohnen. Ich habe eine uralte Erdölheizung, die meinen Fußabdruck natürlich hochtreibt. Ein weiterer Bereich ist die Ernährung, wobei es zweifelsohne so ist, dass es bestimmte Ernährungsformen gibt, die mehr Auswirkungen auf die Umwelt haben. Zwei weitere Bereiche betreffen das Mobilitätsverhalten, das uns wahrscheinlich alle schwer belastet und den Konsum, also wie wir einkaufen. Das ist der individuelle Fußabdruck. Wie ist dieser auf Betriebe umzurechnen? Es geht darum, wie die Kälte- und Klimaanlage gespeist sind, welchen Strom man verwendet, wie die Kühlregale aufgestellt sind. ein zweiter Punkt betrifft den Transport, beispielsweise die Anfahrtswege der Mitarbeiter, den Fuhrpark, die Geschäftsfahrten- und -flüge, die Logistik, die verschiedenen Prozessemissionen und das eigene Investitionsverhalten. Das alles wird abgefragt und dann kann man sich das als UnternehmerIn für den Betrieb ausrechnen. Wenn man beispielsweise den Fuhrpark erneuert, dann hat man das nächste Jahr einen geringeren Fußabdruck. Das bringt keine Bürokratie mit sich, sondern ist ein Tool, das natürlich auf Südtirol adaptiert werden müsste. Je nachdem, wo ein Unternehmen steht oder wo man wohnt, gibt es schon einen grundsätzlichen Fußabdruck. Eine Person aus Afrika hat rein schon aufgrund der geographischen Gegebenheiten einen geringeren Fußabdruck als jemand in Nordeuropa. Deshalb besteht die Notwendigkeit, das für Südtirol anzupassen.

Es ist, wie gesagt, kein Moralisierungsvorschlag und kein Zwang. Es bringt auch nicht mehr Bürokratie, sondern ist ein anschauliches Instrument, mit dem man ausrechnen kann, welche Auswirkungen das eigene Unternehmen bzw. das eigene Handeln hat. Die Kollegin Atz Tammerle hat von der Gemeinwohlökonomie gesprochen, die natürlich ein weiteres Feld ist. Wenn dann irgendwann einmal drei Unternehmer bei einem Unternehmerempfang mit dem Sekt in der Hand stehen und sich über den ökologischen Fußabdruck unterhalten, den sie jeweils haben, dann ist etwas an Bewusstseinsbildung erreicht. Ob das dann auch dazu führt, dass sich jemand schlechter führt, liegt wirklich im Moralempfinden des Einzelnen.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione la mozione: approvata con 26 voti favorevoli e 6 astensioni.

Punto 8) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 549/16 del 11/1/2016, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante l'accorpamento delle assemblee legislative della Provincia di Bolzano e del Land Tirolo."**

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 549/16 vom am 11.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Atz Tammerle und Knoll, betreffend die Fusion der Tiroler Landtage."**

*La Regione europea del Tirolo ovvero il Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT) offrono numerose possibilità di collaborazione transfrontaliera a tutti i livelli. In particolar modo la politica a nord e a sud del Brennero è chiamata a dare il buon esempio e a creare e promuovere strutture politiche comuni.*

*Non dovrebbe essere la sola storia del Tirolo a incentivare la collaborazione al suo interno ma anche il passato e il presente dell'Europa: i confini di molti Stati europei moderni, che oggi si autodefiniscono Stati nazionali, sono stati tracciati arbitrariamente a seguito di guerre. Numerosi popoli si sono ritrovati improvvisamente inglobati in uno Stato a loro estraneo nel quale, da quel momento in poi, sarebbero stati semplicemente delle minoranze etniche. Rischiavano di essere cacciati o assimilati, e in parte la situazione non è cambiata. La strategia nazionalistica di oggi è radicalmente diversa rispetto a quella dell'800: mentre all'epoca delle prime manifestazioni del nazionalismo la volontà era quella di trasformare i confini etnici in confini nazionali, oggi si cerca di sostituire i confini nazionali che spesso sono stati tracciati contravvenendo al diritto internazionale, in confini etnici. Al giorno d'oggi è praticamente svanita la visione dell'Europa delle regioni, sostenuta con convinzione dall'Europa stessa ancora negli anni '90. In particolare negli ultimi anni sempre più spesso l'idea*

dell'Europa delle regioni ha ceduto il passo alle rivendicazioni di tipo nazionalistico. La crisi delle banche, la crisi economica e la crisi dell'immigrazione hanno fatto il resto. Le tendenze centraliste trovano riscontro in un numero sempre maggiore di Stati dell'Unione europea. E non sono solo i Paesi dell'ex blocco orientale come l'Ungheria e la Polonia a fare da sfondo a questi inquietanti sviluppi, ma anche Stati pionieri dell'UE come la Francia e l'Italia.

Che cosa si può fare allora per ritrasformare questa Europa degli Stati nazionali centralisti e ostili alle minoranze in un'Europa dei popoli e delle regioni? Basta uno sguardo alla Svizzera, che già da tempo rappresenta un piccolo modello di come dovrebbe e potrebbe funzionare l'Europa. È un'unione democratica di liberi comuni che vanno a formare dei cantoni, raggruppati in una confederazione in cui quattro gruppi linguistici convivono senza grossi conflitti conservando le proprie specificità. Gli elementi chiave sono in primo luogo il principio di sussidiarietà, la democrazia di base, una maggiore vicinanza tra politica e popolazione nonché una certa flessibilità economica e fiscale a livello locale. A differenza di molti Stati europei i cui territori sono stati conquistati attraverso guerre e trattati di pace imposti con la forza e quindi contro la volontà della popolazione, in Svizzera il principio dell'autodeterminazione vale già anche a livello comunale. Questo diritto fondamentale, che dovrebbe essere sancito in tutta Europa, comporterebbe una drastica riduzione dei conflitti.

La salvaguardia e la tutela della pluralità linguistica e delle minoranze a livello regionale è di fondamentale importanza per la coesistenza pacifica dei popoli.

È comprovato inoltre che gli Stati federali dal punto di vista economico sono più efficienti degli stati centralizzati. Ottimi esempi al riguardo sono la Svizzera, gli Stati Uniti, il Canada, l'Australia, la Germania e l'Austria.

In Europa c'è quindi bisogno di una riforma federalistica, e il passaggio a un'Europa delle regioni secondo l'esempio della Svizzera dovrebbe avvenire gradualmente. Bruxelles, per sopravvivere sul mercato mondiale, dovrebbe concentrarsi su alcune competenze chiave quali la politica estera, la difesa e la politica monetaria. Al posto degli Stati nazionalistici ovvero centralizzati abbiamo bisogno di un'Europa delle regioni fondata su una democrazia di base e sul federalismo, e quindi competitiva. Nell'ottica di un'Europa unita, istituire un'assemblea legislativa e un esecutivo comuni sarebbe un passo importante verso un Tirolo unito. Va da sé che per raggiungere questo obiettivo andranno risolti alcuni problemi tra cui i sistemi politici e fiscali diversi e tanto altro ancora. Queste sfide andranno affrontate da un gruppo di esperti, il cui compito dovrebbe essere quello di individuare le differenze tra le diverse parti del Tirolo e di ridurle a un minimo comune denominatore per creare la prima rappresentanza politica congiunta di tutti i tirolesi nel quadro di un'Europa unita. L'idea di fondo resta quella che ciò che è nato per essere una cosa sola prima o poi torna ad unirsi. Insieme ci riusciremo!

Durante il processo di accorpamento, per quanto riguarda i capi degli esecutivi e le sedi delle assemblee legislative del Land Tirolo e della Provincia di Bolzano sarebbe opportuno applicare il principio di rotazione. Si tratterebbe in questo caso di un provvedimento transitorio il cui scopo sarebbe quello di creare fiducia evitando l'insorgere di divergenze.

Per quanto riguarda i Trentini, saranno essi stessi in un secondo momento a decidere se e in quale forma vorranno aderire a questo nuovo (vecchio) assetto politico.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

1. a istituire insieme al Land Tirolo un gruppo di esperti che entro due anni analizzerà tutti i requisiti e le possibilità politiche, giuridiche e finanziarie di un accorpamento politico delle assemblee legislative del Land Tirolo e della Provincia di Bolzano ed elaborerà delle proposte concrete in merito;
2. ad attuare insieme al Land Tirolo tutte le misure necessarie affinché nell'anno 2018, quindi 100 anni dopo la divisione forzata del Tirolo, possa essere nuovamente eletta un'assemblea legislativa comune del Tirolo, che a quel punto potrà iniziare la sua attività.

-----

Im Rahmen der Europaregion Tirol bzw. des EVTZ bietet sich eine Reihe von Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen an. Besonders die Politik nördlich und

südlich des Brenners ist angehalten und gefordert, beispielgebend voranzugehen und gemeinsame politische Strukturen einzurichten und zu fördern.

Als Ansporn für die innertirolesche Zusammenarbeit sollte nicht nur die eigene Tiroler Geschichte, sondern insgesamt die Vergangenheit, aber auch die Gegenwart Europas dienen: Vielen Grenzziehungen zwischen den modernen europäischen Staaten, die sich heute als Nationalstaaten begreifen, gingen Kriege voraus und haben willkürlich stattgefunden. Eine Reihe von Völkern sah sich plötzlich in einem fremden Staat wieder und stellte in diesem fortan nur noch eine ethnische Minderheit. Sie waren Vertreibung und Assimilierung ausgesetzt, und sie sind es zum Teil bis heute. Die nationalistische Strategie hat sich heute im Vergleich zum 19. Jh. grundlegend geändert: Bestand sie mit dem Aufkommen des Nationalismus darin, aus Völkergrenzen Staatsgrenzen zu machen, geht es heute darum, aus den meist völkerrechtswidrig gezogenen Staatsgrenzen Völkergrenzen zu machen. Von der Vision eines Europa der Regionen, für das sich Europa selbst noch Anfang der 1990er Jahre hoch motiviert zeigte, ist heute kaum noch etwas übrig geblieben. Besonders in den letzten Jahren wurde die regionalistische Idee in Europa mehr und mehr den nationalstaatlichen Ansprüchen untergeordnet. Bankenkrise, Wirtschaftskrise und Flüchtlingskrise taten ihr Übriges. Diverse Zentralisierungstendenzen finden in immer mehr EU-Staaten ihren Niederschlag. Nicht nur ehemalige Ostblockstaaten wie Ungarn und Polen, auch die Pionierstaaten der EU wie Frankreich und Italien sind gute Kandidaten für diese Besorgnis erregende Entwicklung.

Was kann also getan werden, damit aus diesem Europa der zentralistischen und minderheitenfeindlichen Nationalstaaten wieder ein Europa der Völker und der Regionen wird? Ein Blick in die Schweiz möge genügen: Ein Europa, wie es funktionieren sollte und könnte, besteht dort schon sehr lange im Kleinformat. Dieser Staat ist ein demokratischer Zusammenschluss freier Gemeinden zu Kantonen und zuletzt zu einer Konföderation, in der vier Sprachgruppen ohne größere Konflikte zusammenleben und in der die Vielfalt bewahrt wird. Schlüssel dafür ist hauptsächlich das Prinzip der Subsidiarität, die Basisdemokratie, eine größere Nähe zwischen Politik und Bevölkerung sowie eine wirtschafts- und steuerpolitische Flexibilität auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu einer Vielzahl von europäischen Staaten, in denen Gebiete durch Kriege und aufgezwungene Friedensverträge und somit gegen den Willen der Bevölkerung erobert wurden, gilt in der Schweiz das Prinzip der Selbstbestimmung bereits auf Gemeindeebene. Dieses demokratische Grundrecht sollte in ganz Europa gelten, dann gäbe es viel weniger Konflikte!

Der Erhalt und der Schutz der sprachlichen Vielfalt bzw. der Minderheiten auf regionaler Ebene ist von grundlegender Bedeutung für eine friedliche Koexistenz zwischen den Völkern.

Außerdem sind föderalistische Staaten wirtschaftlich nachweislich leistungsfähiger als zentralistische Staaten. Gute Beispiele dafür sind, neben der Schweiz, die USA, Kanada, Australien, Deutschland und Österreich.

Europa braucht also eine Föderalismusreform. Der Übergang zu einem Europa der Regionen nach Schweizer Vorbild sollte schrittweise erfolgen. Um auf dem Weltmarkt bestehen zu können, sollte sich Brüssel auf einige wenige Kernkompetenzen wie Außenpolitik, Verteidigung und Währungspolitik konzentrieren, und anstatt nationalistischer bzw. zentralistischer Nationalstaaten brauchen wir ein basisdemokratisches, föderalistisches und damit wettbewerbsfähiges Europa der Regionen.

In Sinne eines gemeinsamen Europa wären ein gemeinsamer Landtag und eine gemeinsame Landesregierung ein wichtiger Schritt für ein gemeinsames Tirol. Dass auf dem Weg dorthin eine Reihe von Problemen zu überwinden sind, ist selbstredend: Unterschiedliches politisches System, unterschiedliches Steuersystem u.v.m. Mit den diesbezüglichen Herausforderungen sollte sich eine Expertengruppe beschäftigen. Deren Aufgabe sollte darin bestehen, Unterschiede zwischen den Tiroler Landesteilen herauszufiltern und einen kleinsten gemeinsamen Nenner für die Gründung einer ersten gemeinsamen politischen Vertretung aller Tiroler in einem gemeinsamen Europa zu ermöglichen. Im Vordergrund steht stets der Grundgedanke, dass Schritt für Schritt wieder zusammenwächst, was zusammengehört. Gemeinsam schaffen wir das!

So lange der Fusionsprozess im Gange ist, gälte es, auf die Landeshauptleute und die Landtagssitze von Nord-/Ost-Tirol, Süd-Tirol das Rotationsprinzip anzuwenden. Hierbei würde es sich um eine Übergangmaßnahme handeln, deren Sinn darin besteht, Vertrauen aufzubauen und Unstimmigkeiten zu vermeiden.



Was die Welschtiroler (Trentiner) betrifft, so sollen diese in einem zweiten Schritt selbst entscheiden, ob und in welcher Form sie diesem neuen (alten) politischen Gebilde beitreten wollen oder nicht. Dies alles vorausgeschickt,

fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,

1. gemeinsam mit dem Bundesland Tirol eine Expertengruppe einzusetzen, die innerhalb von zwei Jahren alle politischen, juristischen, finanziellen Anforderungen und Möglichkeiten für eine politische Fusion der Landtage von Nord-/Ost-Tirol und Südtirol erforschen und konkrete Vorschläge hierzu ausarbeiten soll;
2. gemeinsam mit dem Bundesland Tirol alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit im Jahre 2018, also 100 Jahre nach der Zerreißung Tirols, wieder ein gemeinsamer Tiroler Landtag gewählt werden und seine Arbeit aufnehmen kann.

La parola al consigliere Zimmerhofer per l'illustrazione.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Vizepräsident! Vom ökologischen Fußabdruck zum Tiroler Fußabdruck. Im Rahmen der Europaregion Tirol bzw. des EVTZ bietet sich eine Reihe von Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen an. Besonders die Politik nördlich und südlich des Brenners ist angehalten und gefordert, beispielgebend voranzugehen und gemeinsame politische Strukturen einzurichten und zu fördern.

Als Ansporn für die innertirolesche Zusammenarbeit sollte nicht nur die eigene Tiroler Geschichte, sondern insgesamt die Vergangenheit, aber auch die Gegenwart Europas dienen: Vielen Grenzziehungen zwischen den modernen europäischen Staaten, die sich heute als Nationalstaaten begreifen, gingen Kriege voraus und haben willkürlich stattgefunden. Eine Reihe von Völkern sah sich plötzlich in einem fremden Staat wieder und stellte in diesem fortan nur noch eine ethnische Minderheit. Sie waren Vertreibung und Assimilierung ausgesetzt, und sie sind es zum Teil bis heute. Die nationalistische Strategie hat sich heute im Vergleich zum 19. Jh. grundlegend geändert: Bestand sie mit dem Aufkommen des Nationalismus darin, aus Völkergrenzen Staatsgrenzen zu machen, geht es heute darum, aus den meist völkerrechtswidrig gezogenen Staatsgrenzen Völkergrenzen zu machen. Von der Vision eines Europa der Regionen, für das sich Europa selbst noch Anfang der 1990er Jahre hoch motiviert zeigte, ist heute kaum noch etwas übrig geblieben. Besonders in den letzten Jahren wurde die regionalistische Idee in Europa mehr und mehr den nationalstaatlichen Ansprüchen untergeordnet. Bankenkrise, Wirtschaftskrise und Flüchtlingskrise taten ihr Übriges. Diverse Zentralisierungstendenzen finden in immer mehr EU-Staaten ihren Niederschlag. Nicht nur ehemalige Ostblockstaaten wie Ungarn und Polen, auch die Pionierstaaten der EU wie Frankreich und Italien sind gute Kandidaten für diese Besorgnis erregende Entwicklung.

Was kann also getan werden, damit aus diesem Europa der zentralistischen und minderheitenfeindlichen Nationalstaaten wieder ein Europa der Völker und der Regionen wird? Ein Blick in die Schweiz möge genügen: Ein Europa, wie es funktionieren sollte und könnte, besteht dort schon sehr lange im Kleinformat. Dieser Staat ist ein demokratischer Zusammenschluss freier Gemeinden zu Kantonen und zuletzt zu einer Konföderation, in der vier Sprachgruppen ohne größere Konflikte zusammenleben und in der die Vielfalt bewahrt wird. Schlüssel dafür ist hauptsächlich das Prinzip der Subsidiarität, die Basisdemokratie, eine größere Nähe zwischen Politik und Bevölkerung sowie eine wirtschafts- und steuerpolitische Flexibilität auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu einer Vielzahl von europäischen Staaten, in denen Gebiete durch Kriege und aufgezwungene Friedensverträge und somit gegen den Willen der Bevölkerung erobert wurden, gilt in der Schweiz das Prinzip der Selbstbestimmung bereits auf Gemeindeebene. Dieses demokratische Grundrecht sollte in ganz Europa gelten, dann gäbe es viel weniger Konflikte!

Der Erhalt und der Schutz der sprachlichen Vielfalt bzw. der Minderheiten auf regionaler Ebene ist von grundlegender Bedeutung für eine friedliche Koexistenz zwischen den Völkern.

Außerdem sind föderalistische Staaten wirtschaftlich nachweislich leistungsfähiger als zentralistische Staaten. Gute Beispiele dafür sind, neben der Schweiz, die USA, Kanada, Australien, Deutschland und Österreich.

Europa braucht also eine Föderalismusreform. Der Übergang zu einem Europa der Regionen nach Schweizer Vorbild sollte schrittweise erfolgen. Um auf dem Weltmarkt bestehen zu können, sollte sich Brüssel auf einige wenige Kernkompetenzen wie Außenpolitik, Verteidigung und Währungspolitik konzentrieren, und anstatt nationa-

*listischer bzw. zentralistischer Nationalstaaten brauchen wir ein basisdemokratisches, föderalistisches und damit wettbewerbsfähiges Europa der Regionen.*

*In Sinne eines gemeinsamen Europa wären ein gemeinsamer Landtag und eine gemeinsame Landesregierung ein wichtiger Schritt für ein gemeinsames Tirol. Dass auf dem Weg dorthin eine Reihe von Problemen zu überwinden sind, ist selbstredend: Unterschiedliches politisches System, unterschiedliches Steuersystem u.v.m. Mit den diesbezüglichen Herausforderungen sollte sich eine Expertengruppe beschäftigen. Deren Aufgabe sollte darin bestehen, Unterschiede zwischen den Tiroler Landesteilen herauszufiltern und einen kleinsten gemeinsamen Nenner für die Gründung einer ersten gemeinsamen politischen Vertretung aller Tiroler in einem gemeinsamen Europa zu ermöglichen. Im Vordergrund steht stets der Grundgedanke, dass Schritt für Schritt wieder zusammenwächst, was zusammengehört. Gemeinsam schaffen wir das!*

*So lange der Fusionsprozess im Gange ist, gälte es, auf die Landeshauptleute und die Landtagssitze von Nord-/Ost-Tirol, Süd-Tirol das Rotationsprinzip anzuwenden. Hierbei würde es sich um eine Übergangmaßnahme handeln, deren Sinn darin besteht, Vertrauen aufzubauen und Unstimmigkeiten zu vermeiden.*

*Was die Welschtiroler (Trentiner) betrifft, so sollen diese in einem zweiten Schritt selbst entscheiden, ob und in welcher Form sie diesem neuen (alten) politischen Gebilde beitreten wollen oder nicht.*

*Dies alles vorausgeschickt,*

*fordert  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung auf,*

*gemeinsam mit dem Bundesland Tirol eine Expertengruppe einzusetzen, die innerhalb von zwei Jahren alle politischen, juristischen, finanziellen Anforderungen und Möglichkeiten für eine politische Fusion der Landtage von Nord-/Ost-Tirol und Südtirol erforschen und konkrete Vorschläge hierzu ausarbeiten soll;*

*gemeinsam mit dem Bundesland Tirol alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit im Jahre 2018, also 100 Jahre nach der Zerreißung Tirols, wieder ein gemeinsamer Tiroler Landtag gewählt werden und seine Arbeit aufnehmen kann.*

Es wird ja überall von Fusionstendenzen gesprochen. Wir sprechen von Bankfusionen, von Gemeindefusionen, von Fusionen im Energiebereich – Stichwort Alperia -, vom neuen Sonderbetrieb IDM usw. Sogar die Diözesen sollen fusioniert werden, weshalb es nur recht und billig ist, dass man auch im politischen Bereich über solche Fusionen nachdenkt. Ich bin davon überzeugt, dass Tirol eine gemeinsame Landesregierung und einen gemeinsamen Landtag braucht, denn sonst wird es immer Konkurrenz geben und die Länder können nicht richtig zusammenwachsen. Das Timing für die Umsetzung dieses Beschlussantrages ist gut gewählt. Wir haben drei Jahre Zeit, die Möglichkeiten auszuloten. Für uns ist das ein sehr ernstes Thema, während es für den Landeshauptmann scheinbar nicht so ernst ist, wie wir uns das vorstellen würden. Ich erinnere an den sogenannten Live-Ticker, unter dem ich mir etwas ganz anderes vorstelle, denn da sollte täglich oder zumindest wöchentlich etwas Neues kommen. Das wäre meines Erachtens wichtiger, als sich mit anderen Dingen in Rom zu beschäftigen. Jetzt gibt es ja wieder einen neuen Regionen-Minister, den Sie treffen wollen, Herr Landeshauptmann. Ich würde diesen einmal zu uns nach Südtirol einladen und ihn fragen, wieso er die Sonderautonomien abschaffen wollte.

Keine Sprachgruppe im Land muss vor so einem Projekt Angst haben. Es wäre die Möglichkeit, die Probleme ähnlich wie in der Schweiz auf kantonaler Ebene zu lösen. Ich denke an das Tessin, wo Italiener leben oder an Graubünden mit den Ladinern. Es gäbe ein engeres Zusammenrücken der Tiroler Landesteile, und deshalb ersuche ich um Zustimmung zum Beschlussantrag.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Ich bin schon beeindruckt, denn dieser Geist ist wirklich revolutionär. Der Optimismus des Kollegen Zimmerhofer scheint grenzenlos zu sein, im wahrsten Sinne des Wortes. Ich hätte mir nicht gedacht, dass eine Fusion zwischen Nord- und Südtirol mittels eines Beschlussantrages im Südtiroler Landtag durchgeführt werden kann. Ich weiß nicht, wie das von sich gehen soll, denn wenn es so einfach wäre, dann haben Sie, meine Damen und Herren, diesbezüglich bisher geschlafen. Eine Fusion bedeutet ja eine Verschmelzung. Als ich diesen Titel gelesen habe, dachte ich mir, dass es vielleicht um die Wiedereinführung bzw. Bestärkung des Zweier-Landtages gehen könnte, und dagegen wäre nichts auszusetzen. Wir könnten den Zweier-Landtag wieder verstärkt nutzen, und dieser würde uns eventuell in der Sache weiterbringen, aber das, was der Kollege Zimmerhofer fordert, würde ich nicht einmal in einem Science-Fiction-Film projizieren wollen. Das ist derart optimistisch, dass ich spüre, wie das Blut in meinen Adern flüssig wird.



Was die Welschtiroler betrifft, wird vorgeschlagen, dass diese in einem zweiten Schritt selbst entscheiden sollen. Ich glaube nicht, dass man sich es so einfach machen kann. Entweder wir nehmen sie mit oder wir lassen sie draußen. Wie gesagt, eine Reaktivierung des Zweier-Landtages wäre durchaus sinnvoll.

Man kann ja träumen und Ideen einbringen. Ob Mehrheiten zu finden sind, ist eine andere Frage.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Eine Fusion der Landtage würde, wenschon, mit einer Fusion der Länder einhergehen, was absolut positiv wäre. Die Einbringer des Beschlussantrages haben eine klare Vorstellung, wobei ich glaube, dass diese unterstützenswert ist. Meine Frage wäre aber, ob die Nordtiroler das schon wissen. Wir haben festgestellt, dass gerade die Nordtiroler immer wieder Vorhaben torpedieren, bei denen es darum geht, etwas ohne die Trentiner zu machen. Die Nordtiroler wollen immer die Trentiner dabei haben, weshalb wir sicher Sensibilisierungsarbeit leisten müssen. Wir haben einmal einen Beschluss gefasst, mit dem wir den Zweier-Landtag wieder beleben wollten. Da waren die Nordtiroler sehr indigniert, da sie gemeint haben, dass man sie zunächst einmal fragen sollte, ob sie überhaupt damit einverstanden sind. Wie gesagt, das ist nicht Sache der Einbringer dieses Antrages, sondern Sache von uns allen. Wir haben das Brötchen dann eine Nummer kleiner gebacken und eine unverdächtige Zusammenkunft der Fraktionssprecher vereinbart, die es dann auch gegeben hat, aber auch zu dieser wurden die Trentiner eingeladen. Ich habe mich darüber schon gewundert und habe das auch zum Ausdruck gebracht. Und dann waren die Nordtiroler wieder indigniert, da sie gemeint haben: "Wir laden ein, wen wir wollen. Wenn schon, dann müssen auch die Trentiner dabei sein." Ich werde diesem Beschlussantrag zustimmen, aber wenn wir ihn beschließen, dann wird uns der liebe Herwig wieder rügen und uns sagen: "Ihr hättet uns vorher fragen sollen." Wenn wir es schaffen würden, den Zweier-Landtag wieder zusammenzubringen, dann wäre das ja schon etwas, aber dazu besteht ja von Nordtiroler Seite kein Willen mehr. Wenn wir schon um ein Treffen der Fraktionssprecher bitten müssen, einmal unter vier Augen mit den Nordtirolern zu reden und dann als sechstes Augenpaar die Trentiner hinzugeholt werden, dann können wir Südtiroler schon wollen, aber wenn die Nordtiroler nicht wollen, dann ist das leider Gottes ein Problem, was nicht allein unsere Schuld, aber auch unsere Schuld ist.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte fragen, wer zu diesem Beschlussantrag Stellung nimmt.

**PRESIDENTE:** Il presidente della Giunta provinciale.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Dann wollen wir ihn bitte auch herein holen.

Ein paar Kollegen haben es von der lustigen Seite betrachtet, was ja ganz nett ist, aber man sollte sich schon fragen, um was es hier eigentlich geht. Es geht hier nicht nur um die Frage der Zielsetzung Wiedervereinigung oder nicht, sondern es geht um juristische Aspekte auch in Zusammenhang mit der Europaregion Tirol. Wir wollen hier auch die Möglichkeit der Kondominiumslösung aufzeigen, die einen juristischen Aspekt hat. Es geht beispielsweise darum, alle politischen und juristischen Anforderungen zu prüfen. Wenn sich die Europaregion Tirol zukünftig innerhalb Europas als eigenständige Region positionieren soll, dann soll das auch mit einem gemeinsamen Landtag möglich sein und nicht nur über die Zusammenarbeit von verschiedenen Landtagen. Ich meine mit Kondominium die geteilte Souveränität über ein Gebiet. Es gibt das Beispiel Andorra, Gibraltar und diverse andere Gebiete, wo sich zwei Staaten eine Souveränität teilen. Auch Bosnien-Herzegowina war eine geteilte Souveränität zwischen Österreich und Ungarn. Ob das rechtmäßig war, ist eine andere Frage, aber ich möchte damit nur sagen, dass es so etwas in der Geschichte immer wieder gegeben hat. Wir sollten uns schon vielleicht einmal überlegen, ob das nicht eine Möglichkeit für die Zukunft unseres Landes wäre, unabhängig davon, dass wir das Ziel der Landeseinheit und der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes sicher nie außer acht lassen werden. Warum soll es nicht möglich sein, innerhalb Europas eine wirkliche Europaregion Tirol zu installieren, die auch einen gemeinsamen Landtag und eine gemeinsame Landesregierung hat? Mit solchen Fragen sollte man sich durchaus einmal auseinandersetzen, ohne es von der lustigen Seite zu sehen. Wir stellen fest, dass die Entwicklung derzeit in eine völlig andere Richtung geht. Die Tiroler Landesteile brechen eher auseinander, als dass sie zusammenwachsen würden. Wenn ich die Aussagen von Platter & Co höre, dass man sich wieder Grenzkontrollen am Brenner vorstellen könne, dann frage ich mich wirklich, was das noch mit der Europaregion Tirol zu tun hat. Deshalb ist es unser Anliegen, die Dinge, die man gemeinsam hat, zu verstärken und Visionen auszuarbeiten, wie man Gemeinsamkeiten verstärken kann. Ein gemeinsamer Landtag innerhalb der Europaregion Tirol wäre eine solche Möglichkeit. Heuer findet ja wieder der Dreier-Landtag statt, und wir werden sicher wieder gut essen und gut trinken, aber die Frage ist, was substanzuell davon übrig bleibt. Wir sind der Meinung, dass der Dreier-Landtag lang-

fristig nicht die Zusammenarbeit bringt, die wir uns vorstellen. Auf alle Fälle sollte diese Frage einmal eingehend geprüft werden.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich würde um eine getrennte Abstimmung ersuchen, und zwar eine Abstimmung bis zum Passus "Europa der Regionen" auf Seite 3 und eine weitere Abstimmung über den Rest. Ich kann den ersten Teil bis zu dem Punkt, den ich erwähnt habe, absolut mittragen. Diese Themen kann ich zur Gänze unterschreiben. Der zweite Teil, vor allem der abschließende Teil, nimmt meiner Meinung nach zu viel vorweg. Selbstbestimmung heißt meiner Auffassung nicht Sezession oder Rückkehr zu Österreich, sondern Selbstbestimmung ist das Recht, sich über die Zukunft des Landes zu unterhalten. Das wird im Autonomiekonvent in einer gewissen Art und Weise ausgeübt. Selbstbestimmung hat viele mögliche Resultate. Das kann heißen, dass alles bleibt, wie es ist; es kann aber auch ein Freistaat oder die Forderung zurück zu Österreich sein. Wie gesagt, hier nimmt man ein Resultat vorweg, und zwar auch zu einem Zeitpunkt, der nicht ganz opportun ist, weil im Autonomiekonvent gerade über Szenarien über die Zukunft Südtirols diskutiert wird.

Ich werde den ersten Teil der Prämissen ohne weiteres mittragen, den Rest hingegen nicht.

**PRESIDENTE:** Ricordo che alle ore 13 ci sarà la presentazione dell'assessora Deeg. La seduta riprenderà alle ore 14.30.

ORE 12.57 UHR

-----

ORE 14.36 UHR

*Namensaufruf - Appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 549/16 fort.

Herr Abgeordneter Heiss, bitte.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte zunächst einen Punkt hervorheben, den der Antrag der Kollegen der Süd-Tiroler Freiheit deutlich bemängelt. Wir können durchaus eines Sinnes sein, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern deutlich zu verbessern ist. Es ist keine Frage, dass hier ein mehr an Zusammenarbeit notwendig ist. Das wäre umso notwendiger, als uns zunehmend eine Reihe von Problemen und Chancen verbindet. Der Landeshauptmann und die Landesregierung bemühen sich in vielen Punkten, wobei auch die Euregio eine wichtige Rolle spielt. Dennoch ist ein Zusammengehen stets schwierig, vor allem dann, wenn international bestimmte Krisensituationen eintreten. Dann merkt man deutlich, dass der Sonntagsgeist auch auf den Werktag übergehen kann.

Zum Antrag selber ist zu sagen, dass er natürlich klar auf eine Fusion nicht nur der beiden Landtage, sondern der beiden Landesteile abzielt. Ich gehe nicht auf die verfassungsmäßige Problematik ein, die seitens des italienischen Staates aufgeworfen würde. Das ist ein anderes Kapitel. Ich halte dieses Vorgehen auch nicht als erstrebenswert, denn bei einer solchen Fusion wäre die italienische Sprachgruppen, von der ladinischen Sprachgruppe ganz zu schweigen, minorisiert. Die Autonomie, der wir verpflichtet sind, sieht eine ausgleichende Position zwischen den Sprachgruppen vor. Eine solche Konkordanz würde durch eine solche Fusion automatisch in Frage gestellt. Das können wir in dieser Hinsicht nicht befürworten. Dieser Antrag zielt darauf ab, nach 100 Jahren das historische Unrecht wieder gut zu machen.

Ich möchte nur noch ein kurzes Wort zur Schelte der Nationalstaaten sagen, wie vom Kollegen Zimmerhofer in seinem Beschlussantrag erwähnt. Ich bin auch der Überzeugung, dass ein zentralistischer Nationalstaat, wie wir ihn Europa vielfach erleben, von Übel ist und Disfunktionen aufweist. Allerdings möchte ich auch darauf hinweisen, dass der heterogene demokratische Nationalstaat, der vielfältigen Stimmen und Bewegungen Raum bietet und föderalistisch organisiert, nach wie vor ein gutes Organisationsprinzip darstellt. Wir sehen, dass in der europäischen Krise weder die Regionen, noch Europa eine gewisse Handlungsfähigkeit ausstrahlen, sondern dass ein großer heterogener demokratischer Nationalstaat wie Deutschland in seinem außenpolitischen Handeln und in seiner Fähigkeit, anstelle Europas gewisse Positionen gegenüber Russland zu vertreten, sehr wohl handlungsfähig ist. Ich möchte vor einer Überschätzung des Regionalen warnen.

Wir stimmen dem Beschlussantrag nicht zu.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wir unterstützen grundsätzlich alles, was eine engere Zusammenarbeit der Tiroler Landesteile möglich macht. Hier, Kollege Zimmerhofer, vergallopierst Du Dich aber ein bisschen, denn die Schrittfolge kann aus meiner Sicht nicht die richtige sein. Man sollte zunächst wieder den Zweier-Landtag einführen. In Bezug auf den Brenner haben die beiden Tiroler Landesteile derzeit unterschiedliche Interessen, wobei es bei solchen Dingen wichtig wäre, sich abzusprechen. Ich bin allgemein der Meinung, dass man bei politischen Lösungsansätzen manchmal auch ein bisschen strategisch denken sollte. Wir haben es bei der doppelten Staatsbürgerschaft erlebt. Der Antrag war gut gemeint, aber in der Vorgangsweise waren wir wahrscheinlich nicht geschickt. Wenn wir künftig von Österreich eine Unterstützung haben wollen, dann werden wir nicht umhin kommen, mit den Betroffenen direkt zu reden, bevor wir Anträge in die Welt hinaus tragen. Ich habe keine Lust, mich dauernd öffentlich von den Österreichern abklatschen zu lassen, um es ganz brutal auszudrücken. Für uns ist es ein Herzensanliegen, aber dann bekommen wir links und rechts eine runter. Wir müssen lernen, mit den Leuten im Vaterland Klartext zu reden. Da lügen wir uns manchmal selber in den Sack. Bei Sonntagesreden gibt es eigentlich nur mehr ein Tirol, aber in der Praxis schaut es anders aus.

Ich unterstütze den Ansatz, auch den europäischen. In den Prämissen wird richtigerweise darauf hingewiesen, wie dieses Europa konstruiert ist. Es besteht nur aus Nationalstaaten. Wir haben im Dreier-Landtag vor mittlerweile fast 20 Jahren den Antrag gestellt, die Europaregionen zu institutionalisieren. Es gibt viele grenzüberschreitende Europaregionen und den EVTZ, der allerdings regierungslastig ist und wo die Landtage wenig zu sagen haben. Machen wir die Schritte in der richtigen Reihenfolge und aktivieren wir wieder den Zweier-Landtag. Auch die Sprachgruppenproblematik, die der Kollege Heiss aufgeworfen hat, ist natürlich zu berücksichtigen. Wir sehen die Lösung gerade deshalb in einem freien und unabhängigen Staat, der laut europäischer Verfassung möglich ist. Zugrunde liegt immer auch das Selbstbestimmungsrecht.

Wir haben einmal den Antrag gestellt, ein Harmonisierungsamt einzurichten, damit die Bestimmungen im Bundesland Tirol und unsere aufeinander abgestimmt werden können, womit eine bessere Zusammenarbeit möglich ist.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Adesso mi aspetto che si dica che questo non è un tema da affrontare qua ma che può essere affrontato nell'ambito della Convenzione, perché ormai la Convenzione è diventata un po' la pattumiera di ogni proposta che viene presentata in Consiglio che va oltre le righe. Poi si organizzano un po' di Schützen, un po' di Freiheit e magari viene fuori anche un bel tavolo di lavoro che può essere portato all'interno dei lavori dei 33. È una battuta, ma un po' amara perché funziona così da un po' di tempo. Ne sento di tutti i colori. Ha presente, presidente, la goccia che arriva sulla testa di una persona che è tenuta alle corde? Una goccia al mese, poi questo Consiglio non se la sente di decidere e mandate tutto alla Convenzione. Poi si sarà costretti a prendere atto del fatto che tutti questi gruppi organizzati hanno richiesto questa serie di cose, quindi il punto di mediazione fra la posizione più radicale e quella più moderata sarà sempre spostata sulla posizione più radicale. Invece di cercare un punto di mediazione fra una posizione più moderata e una posizione meno moderata, che sarà sempre un punto molto equilibrato di moderazione, non è possibile, perché purtroppo fra i temi della Convenzione e della riforma dell'autonomia si è voluto includere anche le posizioni radicali ed estreme, mentre invece questo non doveva avvenire.

Fatta questa premessa, rispetto alla proposta, non trovandoci nulla di praticabile, mi trovo un po' in difficoltà a spendere qualche parola, quindi ritengo di dover semplicemente annunciare che esprimerò voto contrario.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Bei der Veranstaltung zum Thema "100 Jahre Erster Weltkrieg" in Innsbruck wurde ganz groß davon gesprochen, dass Brücken bauen das Ziel ist. Mit dem vorliegenden Beschlussantrag könnten wirklich Brücken gebaut werden. Die Ungleichheit am Brenner würde damit sichtlich in den Hintergrund rücken und nicht mehr so deutlich zu sehen sein. Die Bevölkerung würde wieder zusammengeführt, da gemeinsame Themen behandelt werden könnten. Wenn wir hier im Südtiroler Landtag Themen behandeln, dann merken wir, dass es in den angrenzenden Ländern Entwicklungen in diese Richtung gibt, beispielsweise in Richtung Klimapolitik, Tourismus, Flughafen usw. Dadurch könnte die Europaregion Tirol mit Inhalt gefüllt werden. Es wurde ja auch eine Umfrage gemacht, bei der herausgekommen ist, dass sehr viele Jugendliche nicht wissen, was die Europaregion Tirol überhaupt ist und was sie beinhaltet. Damit könnte hier wirklich Leben hineingebracht werden und die Landesteile könnten sich wieder füreinander interessieren. Deshalb ist es wichtig, dass man diesen Schritt macht und diesem Beschlussantrag zustimmt, um der Europaregion Tirol endlich Leben einzuhauchen. In Bezug auf den Autonomiekonvent ist zu sagen, dass er ein europaweiter bzw. ein Ge-

samtiroler Konvent sein sollte. Südtirol geht aber wieder einmal einen alleinigen Weg, wobei es um Konvent hauptsächlich um Selbstbestimmung geht und darum, dass Südtirol mehr Kompetenzen erhält und sich nicht immer alles von Italien vorschreiben lassen muss. Da wird er gleich schon als rechter Konvent abgestempelt, obwohl die Themen von der Bevölkerung kommen. Das war ja das Ziel des Konvents. Wie man sieht, geht es hier nicht sehr demokratisch her, sondern es wird wieder in die rechte Ecke gedrängt.

Es braucht mehr Zusammenarbeit, damit die Landsleute, die seit jeher zusammengehören, die Zukunft gemeinsam gestalten können.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube nicht, dass es hier um links oder um rechts geht. Wenn man den ersten Teil der Prämissen liest, dann ist das ein Bild, das ich durchaus gerne mittrage, weil es dem entspricht, das ich selbst gerne propagiere und mittrage, nämlich ein Europa der Regionen und nicht der Grenzen, ein Europa der Zusammenarbeit zwischen den Regionen. Man darf Europa der Regionen nicht mit Europa der Europaregionen verwechseln, denn das sind zwei verschiedene Konzepte.

Ich habe den Eindruck, dass man hier den fünften Schritt vor dem ersten machen möchte. Es wird ja nicht beantragt, den Zweier-Landtag wieder einzuführen. Hier spricht man von einer politischen Fusion der Landtage. Ich erlaube mir schon zu sagen, dass es keine Expertenkommission braucht zu eruieren, ob so etwas möglich ist. Es müsste aber nicht nur die italienische, sondern wahrscheinlich auch die österreichische Verfassung abgeändert werden. Ich denke schon, dass dieser Beschlussantrag nicht angenommen werden kann, unabhängig von der Zielsetzung. Es ist klar, dass die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Ich sage nicht, dass es nicht möglich ist, denn Verfassungen können natürlich geändert werden. Der Landtag ist vom Autonomiestatut geregelt. Das ist eine Ebene. Dann gibt es auch noch die staatliche Ebene, also die Verfassung im engeren Sinne.

Wie gesagt, es ist aus unserer Sicht nicht möglich, einem solchen Antrag zuzustimmen. Es würde keinen Sinn machen, das noch einmal zu überprüfen. Wir werden aber weiterhin das Ziel der Wiederherstellung der Tiroler Landeseinheit auf europäischem Weg verfolgen. Wir lassen uns auch nicht entmutigen, wenn es aufgrund von aktuellen politischen Situationen Dinge gibt, die nicht sehr ermutigend sind. Ich denke an die Grenzkontrollen am Brenner. Seit ich Landeshauptmann bin, höre ich mehr oder weniger wöchentlich meinen Kollegen Platter, aber in den letzten Wochen war das täglich der Fall. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich vorgestern wieder getroffen hat, um zwischen dem Bundesland Tirol, Südtirol und dem Trentino die Situation in Bezug auf die Migrationsbewegungen zu besprechen. Wir haben nun einmal die aktuelle Situation, in der in ganz Europa wieder über Grenzkontrollen diskutiert wird. Uns trifft das natürlich besonders, aufgrund unserer besonderen historischen Situation.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich bedanke mich bei den Kollegen für die regen Wortmeldungen. Kollege Blaas, ich würde mir schon ein bisschen mehr Optimismus wünschen. Es wird sicher nicht so schwierig werden wie im Regionalrat. Das sollte man unbedingt verfolgen. Man sieht ja, wie sich in Europa in letzter Zeit Änderungen ergeben und sich die Meinungen nach Wendehals-Manier von heute auf morgen ändern. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, die man nützen sollte.

Kollege Pöder, natürlich ist das mit dem Trentino ein Problem. Sie haben die Autonomie ungerechtfertigterweise bekommen, weshalb sie in einem zweiten Schritt selber entscheiden sollten, wohin sie wollen.

Kollege Köllensperger, es wundert mich, dass Sie den Prämissen nicht zustimmen können, denn das Ganze bezieht sich ja auf das Schweizer System. Es ist ein System von einem Europa, wie es funktioniert und nicht nur, wie es funktionieren sollte. Es ist ein kantonales System mit Basisdemokratie, das wirtschafts- und steuerpolitische Angelegenheit flexibel behandeln kann. Das sollte eigentlich jedem einleuchten und das sollte auch jeder mittragen.

Kollege Heiss, keine Sprachgruppe braucht Angst vor einem neuen Konstrukt zu haben. Hier wäre eine kantonale Lösung wie in der Schweiz möglich.

Landeshauptmann Kompatscher, im beschließenden Teil steht ja, dass das geprüft werden sollte.

Der Kollege Knoll hat gesagt, dass eine Kondominiumslösung möglich ist. Ich bin einfach der Meinung, dass ein Zusammenwachsen nur dann funktionieren kann, wenn gemeinsame politische Struktur vorhanden ist. Dann würde sich eine Landesregierung um das ganze Land kümmern. So ist immer eine Trennung vorhanden und es wird immer ein Konkurrenzdenken geben. Ich bitte also wirklich alle Kolleginnen und Kollegen, einen deutlichen Tiroler Fußabdruck zu setzen.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich würde um eine getrennte Abstimmung der ersten sechs Absätze der Prämissen ersuchen.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte auch eine getrennte Abstimmung über den beschließenden Teil beantragen.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Wir stimmen über die ersten sechs Absätze der Prämissen ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 11 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Wir stimmen über den restlichen Teil der Prämissen ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 1 des beschließenden Teiles ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 2 des beschließenden Teiles ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 55/16 vom 12.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Tinkhauser, Mair, Blaas, Stocker S. und Oberhofer, betreffend Anpassung der Energiepreise in Südtirol an Österreich und Deutschland."**

Punto 9) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 55/16 del 12/1/2016, presentato dai consiglieri Leitner, Tinkhauser, Mair, Blaas, Stocker S. e Oberhofer, riguardante adeguare i prezzi dell'energia in provincia di Bolzano a quelli di Austria e Germania."**

*Das Land Südtirol spürt aufgrund seiner geografischen und kulturellen Nähe zu Österreich und Deutschland einen besonderen Wettbewerbsdruck. Die beiden Länder bieten Unternehmen günstigere wirtschaftliche Bedingungen als Südtirol. Dazu zählen neben einer weitaus geringeren Steuerbelastung und weniger Bürokratie auch niederere Energiepreise. Dies führt verständlicherweise zur Abwanderung von Südtiroler Betrieben in die nördlichen Nachbarländer.*

*Der Südtiroler Unternehmerverband forderte jüngst, dass das Land alles unternehmen müsse, um die Weiterentwicklung der Südtiroler Betriebe zu fördern und neue Unternehmen anzuziehen. Dazu müsse eine sichere Energieversorgung zu Preisen wie in Österreich und Deutschland garantiert werden.*

*Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Südtirols also künftig zu sichern, der Abwanderung von Betrieben entgegenzuwirken und dem Druck aus den nördlichen Nachbarländern Stand zu halten, ist es notwendig, die Energiepreise in Südtirol spürbar zu senken.*

*Dies vorausgeschickt,*

*fordert*

*der Südtiroler Landtag das italienische Parlament und die italienische Regierung auf, die Energiepreise in Südtirol zu senken und somit jenen in Österreich und Deutschland anzupassen.*

-----

*La provincia di Bolzano è sottoposta a una particolare pressione concorrenziale, dovuta alla vicinanza geografica e culturale con l'Austria e la Germania. Rispetto all'Alto Adige questi due Paesi offrono alle imprese condizioni economiche più vantaggiose, tra cui oneri fiscali molto più bassi, meno burocrazia e prezzi ridotti per l'energia. Ne consegue comprensibilmente la delocalizzazione di aziende locali in questi Paesi limitrofi.*

*Assoimprenditori Alto Adige ha di recente sollecitato la Provincia a fare tutto il possibile per promuovere lo sviluppo delle aziende altoatesine e attirare nuove imprese. Per fare questo va garantito un approvvigionamento energetico a prezzi equivalenti a quelli praticati in Austria e in Germania.*

*Al fine di continuare a garantire la competitività economica dell'Alto Adige, di contrastare la delocalizzazione e di fronteggiare la pressione dei Paesi confinanti a nord, è necessario ridurre sensibilmente le tariffe energetiche applicate in Alto Adige.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano*



*invita*

*il Governo e il Parlamento*

*a ridurre i prezzi dell'energia in Alto Adige, allineandoli a quelli praticati in Austria e Germania.*

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! *Das Land Südtirol spürt aufgrund seiner geographischen und kulturellen Nähe zu Österreich und Deutschland einen besonderen Wettbewerbsdruck. Die beiden Länder bieten Unternehmen günstigere wirtschaftliche Bedingungen als Südtirol. Dazu zählen neben einer weitaus geringeren Steuerbelastung und weniger Bürokratie auch niedrigere Energiepreise. Dies führt verständlicherweise zur Abwanderung von Südtiroler Betrieben in die nördlichen Nachbarländer.*

*Der Südtiroler Unternehmerverband forderte jüngst, dass das Land alles unternehmen müsse, um die Weiterentwicklung der Südtiroler Betriebe zu fördern und neue Unternehmen anzuziehen. Dazu müsse eine sichere Energieversorgung zu Preisen wie in Österreich und Deutschland garantiert werden.*

*Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Südtirols also künftig zu sichern, der Abwanderung von Betrieben entgegenzuwirken und dem Druck aus den nördlichen Nachbarländern Stand zu halten, ist es notwendig, die Energiepreise in Südtirol spürbar zu senken.*

*Dies vorausgeschickt,*

*fordert der Südtiroler Landtag das italienische Parlament und die italienische Regierung auf, die Energiepreise in Südtirol zu senken und somit jenen in Österreich und Deutschland anzupassen.*

Jetzt wird es natürlich heißen, dass der Staat nicht nur für Südtirol die Energiepreise senken würde. Natürlich braucht es hier Verhandlungen mit der Landesregierung bzw. einen Ausgleich. Da muss man eben ein bisschen Phantasie entwickeln. Ich war neulich in München und habe auf dem Irschenberg um 95 Cent getankt. Ich bin dann nach Wien weitergefahren, wo man um sage und schreibe 89 Cent tanken konnte. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Energiepreise. Hier besteht ein sehr großer Unterschied, der für Südtirol einen großen Wettbewerbsnachteil bedeutet. Wir sind hier in einem sehr starken Gefälle, wobei wir unter gleichen Voraussetzungen nicht imstande sind, gleich zu produzieren bzw. den Lebensstandard zu halten. Wir haben in Vergangenheit unterschiedliche Anträge eingereicht, um die Bürger grundsätzlich zu entlasten. In diesem Fall geht es vor allem um die Betriebe. Es gab eine Gesellschaft, nämlich die BLS, die sich mittlerweile in einem größeren Ganzen befindet. Was dann herauskommen wird, wird man sehen. Ich wünsche der neuen Gesellschaft wirklich alles Gute, damit sie dieses Land gut vermarkten kann und es schafft, Betriebe anzusiedeln. Mir ist nicht bekannt, dass ein großer Druck auf Südtiroler Gründe entstanden wäre, auch weil die Zuweisungszeiten viel zu lang sind. Wir haben ja schon diesbezügliche Anträge gestellt, damit man sich ein bisschen den Gegebenheiten im Bundesland Tirol anpasst. In Osttirol kann man einen Grund kaufen und zwei Monate später den Betrieb eröffnen. In Nordtirol ist das sogar innerhalb von sechs Wochen möglich. Man muss sich also einmal vorstellen, welche Unterschiede es hier in den verschiedenen Bereichen gibt. Dies wäre eine Möglichkeit, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dann kann man wirklich sagen: "Wir stehen in Konkurrenz, unter halbwegs gleichen Voraussetzungen." Mir sagen Betriebe, gerade im Bereich des Tourismus, dass man die Kosten aufgrund der Treibstoffpreise um ein Drittel erhöhen müsste, um wettbewerbsfähig zu sein. Man kann sich ausmalen, wo der die Gast dann hingeht. Für viele ist nun einmal der Preis entscheidend. Man sollte alle Wege studieren, die in diesem Bereich möglich sind. Ich weiß schon, dass das nur eine Maßnahme ist, aber diese wirkt bedeutend auf die Haushalte der Unternehmen ein. Um die Wettbewerbsfähigkeit wieder einigermaßen herzustellen, sollte man die römische Regierung und das Parlament zu diesem Schritt auffordern.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Erlauben Sie mir zunächst an das bekannte Tiroler Lied von Florian Pedarnig "Du bist das Land, dem ich die Treue halte" zu erinnern. Für die Südtiroler gilt in diesen Wochen und Monaten die andere Variante, nämlich "Du bist das Land, dem ich den Tankschlauch halte". Es ist vor allem das Bundesland das Ziel aller Wünsche. Deshalb ist dieses Gefälle vor aller Augen. Ich beneide natürlich den Kollegen Leitner um seine besonders billig erfahrenen Preise. Ich bin noch nicht unter 1,1 Euro heruntergekommen, aber da kann der Kollege Knoll sicher noch eigene Erfahrungen beisteuern.

Unabhängig davon erlauben Sie mir, zwei bis drei Feststellungen zu machen. Mir ist nicht bekannt, dass in Südtirol die Wirtschaftskrise ausgebrochen wäre und es eine mangelnde Konkurrenzfähigkeit geben würde. Man hat eher den Eindruck, dass es umgekehrt ist. Wir haben zur Zeit wiederum eine deutliche Konjunkturbewegung, was sogar der von uns allseits geschätzte Präsident der Handelskammer bestätigt. Das hat dazu geführt, dass wir

ein Wirtschaftswachstum und eine Arbeitslosigkeit haben, die bei 4,3 Prozent liegt, während das Bundesland Tirol 7,9 Prozent Arbeitslosigkeit aufweist. Trotz der hohen Treibstoffpreise war der Transit noch nie so hoch wie heuer. Vor wenigen Tagen hat die Tiroler Tageszeitung berichtet, dass im vergangenen Jahr 42,3 Millionen Tonnen auf der Straße befördert wurden und die Aufteilung des Verkehrs zwischen Straße und Schiene in nur drei Jahren von 35 Prozent auf 27 Prozent gesunken ist. Deshalb ist der Treibstoffpreis kein Hindernis für unsere Erreichbarkeit. Es ist eher so, dass wir uns Sorgen über den niedrigen Treibstoffpreis machen sollten. Die Energiepreise im Land sind zwar auf den ersten Blick dämpfend, aber sie bilden nach wie vor eine gewisse Schwelle, die es uns ermöglicht, im Bereich Energie einzusparen und im Bereich der Energietechnik Anstrengungen zu unternehmen. Das süße Gift des niedrigen Benzinpreises wird sich relativ rasch verflüchtigen und in zwei, bis drei Jahren werden wir vielleicht froh sein, dass wir mit diesem Stand gewisse Probleme gehabt haben. Ich glaube nicht, dass es zielführend ist, die Preise zu senken. Sie sind bereits zurückgegangen, wenn auch nicht auf Tiroler Niveau. Alle Wirtschaftsindikatoren verweisen darauf, dass das kein Problem darstellt, zu guter Letzt auch nicht für den Tourismus, der im abgelaufenen Jahr einen absoluten Rekord haben dürfte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Es ist richtig, dass wir einen Standortnachteil haben, nicht nur gegenüber Nordtirol, sondern auch gegenüber dem Trentino, wo die Treibstoffpreise auch niedriger sind. Da greift wieder einmal das Argument, dass die Spritpreise in Italien dermaßen hoch sein müssen, weil hohe Steuern und Akzisen da sind. Interessanterweise haben aber die Trentiner die Möglichkeit, die Benzinpreise niedriger anzusetzen. Im Prinzip wird der Autofahrer ganz einfach abgezockt. Die Treibstoffkonzerne bilden in Italien ein Kartell und haben natürlich die Möglichkeit, alles auf die Steuern und Akzisen abzuwälzen. Das alleine erklärt aber nicht die hohen Treibstoffpreise, denn es gibt auch in anderen europäischen Ländern Treibstoffsteuern. Wir hätten die gesetzliche Möglichkeit, in ganz Südtirol die Treibstoffpreise zu senken. Hier geht es um die Energiepreise, wobei eine Anpassung dringend notwendig wäre. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Natürlich hat hier immer auch der Staat seine Haxen dazwischen, der mit seiner Wettbewerbsbehörde die Preise diktiert, auch im Energiesektor. Konjunkturrell spricht sogar die Handelskammer von einem Aufschwung, aber ich höre da andere Töne. Letzthin hat man immer gesagt, dass Südtirols Wirtschaft vor dem Aus stehe, wenn der Flughafen nicht erweitert wird. Man biegt es sich so zurecht, wie man es gerade braucht. Bei der Flugplatzlobby hat man den Eindruck, dass ganz Südtirol vom Erdboden verschluckt werden würde, wenn der Flughafen nicht erweitert wird. Wenn man es dann braucht, dann sagt man, dass die Konjunktur leicht anziehen würde. Wenn die Konjunktur auch ohne Flughafen leicht anzieht, dann würde mich das nach den jüngsten Schreckensmeldungen wundern.

Wie gesagt, hier geht es um die Energiepreise. Wenn wir die MEMC in Sinich anschauen, so hat die ja gemammert. Irgendwann einmal hat man ihr Sonderkonditionen eingeräumt, und was ist passiert? Sie hat trotzdem geschlossen. Mich wundert, warum diese Sonderkonditionen nicht auch auf andere Betriebe ausgedehnt werden können.

Dieser Beschlussantrag ist auf alle Fälle gerechtfertigt.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nochmals daran erinnern, dass sich der Stromtarif aus vier Komponenten zusammensetzt. Die Energiekosten machen rund 45 Prozent des Strompreises aus. Hinzu kommen noch die Netzkosten, Systemkosten und Steuern und Akzisen. Wir können als Land Südtirol in unserer Rolle als Eigentümerversorger auf die 45 Prozent einwirken und nicht auf die 55 Prozent. Die rechtlichen Komponenten werden zentral von der Autorità per l'energia elettrica, il gas e il sistema idrico vorgegeben. Es gibt zum einen den sogenannten geschützten Markt, dessen Preise von der staatlichen Agentur fix vorgegeben sind, sowie den sogenannten freien Markt, wo der Kunde den Anbieter frei wählen kann. Wie schaut die Situation in Südtirol aus? Die Konsumentenschutzvereinigung erhebt regelmäßig die Strompreise, und zwar sowohl italienweit, als auch im internationalen Vergleich. Was die Haushalte anbelangt, so entsprechen die von der SELTRADE praktizierten Preise in etwa den Preisen in Österreich und sind günstiger als die Preise für Haushalte in Deutschland. Anders verhält es sich bei den Unternehmen. Interessant ist aber auch, dass wir immer noch sehr viele Kunden – gerade in der untersten Einkommensschicht - haben, zu denen noch nicht die Information vorgedrungen ist, dass sie wählen können. Der Preis von SELTRADE und den Etschwerken ist um einiges niedriger als der geschützte Preis. Die Südtiroler Landesregierung hat immer gesagt, dass sie sich dafür einsetzen werde, dass die durch die Fusion erzielten Synergieeffekte auch weitergegeben werden. Wir möchten uns auf die Haushalte konzentrieren, denn die Unternehmen verhandeln die Preise ohnehin schon international. Jedes Unternehmen kann europaweit Preise über Lieferverträge aushandeln, ein privater Haushalt hingegen nicht. Deshalb möchten wir ganz gezielt auf diese Komponente



einwirken. Sie wissen, dass der Fusionsprozess zur Zeit im Gange sind. Zunächst geht es um die Holding; die Tochterunternehmen müssen in den nächsten Wochen und Monaten fusioniert werden. Wir werden als Eigentümervertreter uns für günstige Strompreise für die Haushalte einsetzen. Es hätte zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn zu sagen, dass wir die Energiepreise senken. Wir werden das im Rahmen des Möglichen machen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat! Das, was Sie ausgeführt haben, ist sicher richtig. Ich denke, dass sich die Südtiroler Bevölkerung angesichts der erfolgten Heimholung der Energie billigere Strompreise erwartet. Das ist nach wie vor die Hauptforderung der Bürger. Wir möchten ganz einfach, dass der maximale Spielraum ausgenutzt wird. Ich erinnere daran, dass wir in dieser Legislaturperiode bereits einen Begehrensantrag an das Parlament geschickt haben, um die Möglichkeit zu schaffen, den Anschlusswert von 3 Kilowatt auf 4,5 Kilowatt zu erhöhen, zu den gleichen Konditionen. Das wäre eine Maßnahme, die den Menschen entgegenkommen würde und bei der man mit relativ wenig Aufwand ein sehr gutes Ergebnis erzielen könnte. Die modernen Haushalte haben nun einmal viele Elektrogeräte, und bei einem Anschluss von 3 Kilowatt ist es für viele Haushalte nicht möglich, zwei Geräte gleichzeitig laufen zu lassen, beispielsweise die Waschmaschine und den Föhn. Dann muss man schon zum Automaten rennen, weil er fliegt. Mit den neuen Zählern, die hoch sensibel sind, ist der Spielraum nicht mehr gegeben. Mit den alten Zählern gab es doch eine bestimmte Toleranzgrenze.

Kollege Heiss, Du hast einige Sachen gesagt, die sicher richtig sind. Ob es den großen wirtschaftlichen Aufschwung geben wird, werden wir sehen. In Südtirol werden die Zahlen immer dann schön geredet, wenn man sie braucht oder umgekehrt. Mit Deiner Aussage betreffend das Tanken der Lkw's hast Du hingegen nicht Recht. Die tanken nicht bei uns und auch nicht Italien, sondern in Österreich. Man sagt mir, dass in die Lkw's, die aus dem Osten kommen und für westliche Firmen fahren, ein zusätzlicher Tank mit tausend Litern eingebaut wird und damit den gesamten Stiefel durchfahren. Also, die tanken nicht bei uns. Wenn es so gemacht wird, ist das wahrscheinlich nicht ganz legal, aber ich sage das nur nach. Eines sind die Spritpreise, etwas anderes ist die Elektroenergie. Nachdem wir das Doppelte an Strom produzieren, als wir verbrauchen, müsste doch der Spielraum gegeben sein, die Strompreise zu senken. Man sollte alle Anstrengungen in diese Richtung unternehmen und alles, was die Landesregierung zusätzlich macht, soll uns natürlich Recht sein. Es geht schon darum, ein Signal an alle Bürger zu versenden, dass sie zu denselben Konditionen arbeiten und leben können wie die Bürger in unseren Nachbarländern. Wenn man den Preisvergleich macht, dann stellt man fest, dass wir hier stark benachteiligt sind. Ich möchte nicht eine Bremse einbauen, Kollege Heiss. Spare in der Zeit, so hast Du in der Not. Nütze das aus, was Du jetzt machen kannst und verbessere Dich. Je besser die Konditionen, desto mehr und sichere Arbeitsplätze gibt es. Das hängt ja alles zusammen. Wir appellieren also wirklich daran, das Beste für unser Land, seine Menschen und Betriebe herauszuholen.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Begehrensantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 10 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 553/16 vom 18.1.2016, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend Nein zur Brennergrenze".**

Punto 10) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 553/16 del 18/1/2016, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante no al confine del Brennero".**

*Die anhaltende Flüchtlings- und Migrationskrise führt in ganz Europa zu starken politischen Verwerfungen. Die Unfähigkeit der EU-Führung, nachhaltige Lösungen zu finden, lässt den Ruf nach einem Durchgreifen der Nationalstaaten immer lauter werden. Eine der wichtigsten Grundsäulen der europäischen Integrationspolitik, nämlich der Abbau der innereuropäischen Grenzen und der damit verbundene freie und unkontrollierte Personenverkehr, wird inzwischen bereits ganz offen in Frage gestellt.*

*Für Süd-Tirol hätte ein Scheitern des Schengen-Abkommens katastrophale Folgen und würde die Teilung Tirols durch die Brennergrenze deutlicher denn je spürbar machen. Die Brennergrenze ist nicht irgend eine Staatsgrenze, sondern Sinnbild einer Unrechtsgrenze, die es auf europäischer Ebene zu überwinden gilt.*

Die jüngsten Aussagen von Landeshauptmann Platter und Außenminister Kurz, wonach ein Wiederhochfahren der Grenze am Brenner, am Reschen und in Winnebach kein Tabu mehr sei, müssen daher entschieden zurückgewiesen werden.

Nicht in der Renaissance der Nationalstaaten und im Wiederaufbau innereuropäischer Grenzen liegt die Lösung der aktuellen Krise, sondern im Schutz der EU-Außengrenzen und der nachhaltigen Hilfeleistungen in den Krisenregionen.

Die aktuelle Diskussion um ein Aussetzen des Schengen-Abkommens veranschaulicht leider sehr deutlich, dass die schönen Worte von der Brennergrenze, die angeblich nicht mehr existiert, nur Schall und Rauch waren.

Es liegt daher nun in der Verantwortung der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass die Teilung Tirols durch die Unrechtsgrenze am Brenner nicht wieder verstärkt wird.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag

wolle beschließen:

Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die Brennergrenze aus und lehnt daher ein Aussetzen des Schengen-Abkommens und die damit verbundene Wiedereinführung der Grenzkontrollen zwischen Nord-, Ost- und Süd-Tirol ab.

Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, zusammen mit dem Bundesland Tirol ein Konzept zur gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise in ganz Tirol auszuarbeiten, welches insbesondere die Registrierung, Unterbringung, Versorgung und Integrationsmaßnahmen berücksichtigt.

-----

La perdurante crisi legata all'immigrazione e ai flussi di profughi provoca in tutta Europa discussioni politiche molto accese. Di fronte all'incapacità dei vertici dell'Unione Europea di trovare soluzioni sostenibili, sempre più spesso viene richiesto l'intervento degli Stati nazionali. Molto apertamente si mette ormai in discussione uno dei pilastri fondamentali della politica d'integrazione europea, ovvero l'abolizione dei confini interni e la libera circolazione, senza controlli, delle persone.

Per la provincia di Bolzano, l'eventuale fallimento del trattato di Schengen avrebbe conseguenze catastrofiche e renderebbe ancora più evidente la divisione del Tirolo lungo il confine del Brennero. Il confine del Brennero non è un confine di Stato qualsiasi ma il simbolo di un'ingiustizia che va eliminata a livello europeo.

Vanno pertanto decisamente respinte le recenti affermazioni del presidente del Tirolo Platter e del ministro degli esteri austriaco Kurz secondo le quali non si esclude più un ripristino delle sbarre di confine al Brennero, al passo Resia e a Prato alla Drava.

Per risolvere l'attuale crisi non bisogna rafforzare gli Stati nazionali e ripristinare i confini interni dell'Unione europea, ma tutelare i confini esterni e fornire aiuti duraturi alle aree di crisi.

L'attuale discussione sulla sospensione del trattato di Schengen purtroppo dimostra molto bene che le belle parole in merito al confine del Brennero, che in teoria non esiste più, erano solo retorica.

La politica ha pertanto la responsabilità di evitare un ulteriore consolidamento della divisione del Tirolo sancita dall'ingiusto confine del Brennero.

Per questo motivo i sottoscritti consiglieri

invitano il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

a deliberare quanto segue:

Il Consiglio provinciale si dichiara contrario al confine del Brennero e alla sospensione del trattato di Schengen con la conseguente reintroduzione dei controlli di frontiera tra il Tirolo del Nord, il Tirolo orientale e la provincia di Bolzano.

Si incarica la Giunta provinciale di elaborare, in collaborazione con il Land Tirolo, un piano per la gestione congiunta della crisi legata all'immigrazione e ai flussi di profughi in tutto il Tirolo, in particolare per quanto riguarda registrazione, sistemazione, servizi essenziali e misure per l'integrazione.

Ersetzungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer: "Nein zur Brennergrenze: Kein Migranten-Hotspot und keine Grenzschließung am Brenner"

Die anhaltende Flüchtlings- und Migrationskrise führt in ganz Europa zu starken politischen Verwerfungen. Die Unfähigkeit der EU-Führung, nachhaltige Lösungen zu finden, lässt den Ruf nach einem Durchgreifen der

Nationalstaaten immer lauter werden. Eine der wichtigsten Grundsäulen der europäischen Integrationspolitik, nämlich der Abbau der innereuropäischen Grenzen und der damit verbundene freie und unkontrollierte Personenverkehr, wird inzwischen bereits ganz offen in Frage gestellt.

Für Süd-Tirol hätte ein Scheitern des Schengen-Abkommens katastrophale Folgen und würde die Teilung Tirols durch die Brennergrenze deutlicher denn je spürbar machen. Die Brennergrenze ist nicht irgend eine Staatsgrenze, sondern Sinnbild einer Unrechtsgrenze, die es auf europäischer Ebene zu überwinden gilt.

Die jüngsten Aussagen österreichischer Politiker, wonach ein Wiederhochfahren der Grenze am Brenner, am Reschen und in Winnebach kein Tabu mehr sei, müssen daher entschieden zurückgewiesen werden.

Auch der Vorschlag der italienischen Regierung, am Brenner einen sogenannten „Hotspot“ für Migranten einzurichten, muss entschieden abgelehnt werden.

Die Einrichtung eines Hotspots am Brenner hätte für Süd-Tirol verheerende Auswirkungen und würde wohl auch zu einer humanitären Katastrophe führen. Die ankommenden Migranten wollen nämlich nicht auf italienischem Staatsgebiet bleiben und würden sich – nur wenige Meter von der Grenze entfernt – nicht aufhalten lassen und selbst den Weg über die Grenze wagen. Die Folge davon wäre, dass Österreich die Brennergrenze – notfalls sogar mit Hilfe des Bundesheeres – schließen müsste.

Nicht in der Renaissance der Nationalstaaten und im Wiederaufbau innereuropäischen Grenzen liegt die Lösung der aktuellen Krise, sondern im Schutz der EU-Außengrenzen und nachhaltigen Hilfeleistungen in den Krisenregionen.

Die aktuelle Diskussion um ein Aussetzen des Schengen-Abkommens veranschaulicht leider sehr deutlich, dass die schönen Worte von der Brennergrenze, die angeblich nicht mehr existiert, nur Schall und Rauch waren. Es liegt daher nun in der Verantwortung der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass die Teilung Tirols durch die Unrechtsgrenze am Brenner nicht wieder verstärkt wird.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag  
wolle beschließen:

Der Südtiroler Landtag lehnt die Brennergrenze ab und spricht sich daher gegen ein Aussetzen des Schengen-Abkommens und die damit verbundene Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen Nord-, Ost- und Südtirol aus.

Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die Errichtung eines „Hotspots“ für Migranten am Brenner aus und beauftragt die Landesregierung, diese Haltung gegenüber der italienischen Regierung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, zusammen mit dem Bundesland Tirol ein Konzept zur gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise in ganz Tirol auszuarbeiten, welches insbesondere die Registrierung, Unterbringung, Versorgung und Integrationsmaßnahmen berücksichtigt."

"No al confine del Brennero: contro un hotspot per migranti e la chiusura del confine al Brennero

La perdurante crisi legata all'immigrazione e ai flussi di profughi provoca in tutta Europa discussioni politiche molto accese. Di fronte all'incapacità dei vertici dell'Unione Europea di trovare soluzioni sostenibili, sempre più spesso viene richiesto l'intervento degli Stati nazionali. Molto apertamente si mette ormai in discussione uno dei pilastri fondamentali della politica d'integrazione europea, ovvero l'abolizione dei confini interni e la libera circolazione, senza controlli, delle persone.

Per la provincia di Bolzano, l'eventuale fallimento del trattato di Schengen avrebbe conseguenze catastrofiche e renderebbe ancora più evidente la divisione del Tirolo lungo il confine del Brennero. Il confine del Brennero non è un confine di Stato qualsiasi ma il simbolo di un'ingiustizia che va eliminata a livello europeo.

Vanno pertanto decisamente respinte le recenti affermazioni di alcuni politici austriaci secondo cui non si esclude più un ripristino delle sbarre di confine al Brennero, al passo Resia e a Prato alla Drava.

Va respinta con fermezza anche la proposta del Governo di istituire al Brennero un cosiddetto "hotspot" per migranti.

La presenza di un hotspot al Brennero avrebbe conseguenze drammatiche per la Provincia di Bolzano e porterebbe probabilmente a una grave crisi umanitaria. Infatti i migranti che raggiungono l'Italia non intendono rimanervi; a pochi metri dal confine farebbero di tutto per oltrepassare il valico e quindi sarebbe impossibile fermarli. Di conseguenza l'Austria dovrebbe chiudere la frontiera del Brennero, se necessario anche con l'aiuto dell'esercito.

Per risolvere l'attuale crisi non bisogna rafforzare gli Stati nazionali e ripristinare i confini interni dell'Unione europea, ma tutelare i confini esterni e fornire aiuti duraturi alle aree di crisi.

L'attuale discussione sulla sospensione del trattato di Schengen purtroppo dimostra molto bene che le belle parole in merito al confine del Brennero, che in teoria non esiste più, erano solo retorica. La politica ha pertanto la responsabilità di evitare un ulteriore consolidamento della divisione del Tirolo sancito dal confine ingiusto del Brennero.

Per questo motivo i sottoscritti consiglieri

invitano

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

a deliberare quanto segue:

Il Consiglio provinciale si oppone al confine del Brennero e, pertanto, si dichiara contrario alla sospensione del trattato di Schengen con la conseguente reintroduzione dei controlli di frontiera tra il Tirolo del Nord, il Tirolo orientale e la Provincia di Bolzano.

Il Consiglio provinciale si dichiara contrario all'istituzione di un "hotspot" per migranti al Brennero e incarica la Giunta provinciale di esprimere in modo inequivocabile tale posizione nei confronti del Governo.

Si incarica la Giunta provinciale di elaborare, in collaborazione con il Land Tirolo, un piano per la gestione congiunta della crisi legata all'immigrazione e ai flussi di profughi in tutto il Tirolo, in particolare per quanto riguarda registrazione, sistemazione, servizi essenziali e misure per l'integrazione."

Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es ist ein Ersetzungsantrag ausgearbeitet worden. Ich verlese diesen zum Verständnis.

*Nein zur Brennergrenze: Kein Migranten-Hotspot und keine Grenzschließung am Brenner. Die anhaltende Flüchtlings- und Migrationskrise führt in ganz Europa zu starken politischen Verwerfungen. Die Unfähigkeit der EU-Führung, nachhaltige Lösungen zu finden, lässt den Ruf nach einem Durchgreifen der Nationalstaaten immer lauter werden. Eine der wichtigsten Grundsäulen der europäischen Integrationspolitik, nämlich der Abbau der innereuropäischen Grenzen und der damit verbundene freie und unkontrollierte Personenverkehr, wird inzwischen bereits ganz offen in Frage gestellt.*

*Für Süd-Tirol hätte ein Scheitern des Schengen-Abkommens katastrophale Folgen und würde die Teilung Tirols durch die Brennergrenze deutlicher denn je spürbar machen. Die Brennergrenze ist nicht irgendeine Staatsgrenze, sondern Sinnbild einer Unrechtsgrenze, die es auf europäischer Ebene zu überwinden gilt.*

*Die jüngsten Aussagen österreichischer Politiker, wonach ein Wiederhochfahren der Grenze am Brenner, am Reschen und in Winnebach kein Tabu mehr sei, müssen daher entschieden zurückgewiesen werden.*

*Auch der Vorschlag der italienischen Regierung, am Brenner einen sogenannten „Hotspot“ für Migranten einzurichten, muss entschieden abgelehnt werden.*

*Die Einrichtung eines Hotspots am Brenner hätte für Süd-Tirol verheerende Auswirkungen und würde wohl auch zu einer humanitären Katastrophe führen. Die ankommenden Migranten wollen nämlich nicht auf italienischem Staatsgebiet bleiben und würden sich – nur wenige Meter von der Grenze entfernt – nicht aufhalten lassen und selbst den Weg über die Grenze wagen. Die Folge davon wäre, dass Österreich die Brennergrenze – notfalls sogar mit Hilfe des Bundesheeres – schließen müsste.*

*Nicht in der Renaissance der Nationalstaaten und im Wiederaufbau innereuropäischen Grenzen liegt die Lösung der aktuellen Krise, sondern im Schutz der EU-Außengrenzen und nachhaltigen Hilfeleistungen in den Krisenregionen.*

*Die aktuelle Diskussion um ein Aussetzen des Schengen-Abkommens veranschaulicht leider sehr deutlich, dass die schönen Worte von der Brennergrenze, die angeblich nicht mehr existiert, nur Schall und Rauch waren. Es liegt daher nun in der Verantwortung der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass die Teilung Tirols durch die Unrechtsgrenze am Brenner nicht wieder verstärkt wird.*

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag

wolle beschließen:

*Der Südtiroler Landtag lehnt die Brennergrenze ab und spricht sich daher gegen ein Aussetzen des Schengen-Abkommens und die damit verbundene Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen Nord-, Ost- und Südtirol aus.*

*Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die Errichtung eines „Hotspots“ für Migranten am Brenner aus und beauftragt die Landesregierung, diese Haltung gegenüber der italienischen Regierung unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen.*

*Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, zusammen mit dem Bundesland Tirol ein Konzept zur gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise in ganz Tirol auszuarbeiten, welches insbesondere die Registrierung, Unterbringung, Versorgung und Integrationsmaßnahmen berücksichtigt.*

Dieser Beschlussantrag beinhaltet zwei wesentliche Punkte. Zunächst geht es um die Frage, wie man im Zuge der Flüchtlings- und Migrationskrise auf die Forderungen einzelner EU-Staaten reagiert, dass in Europa wieder Grenzen aufgebaut werden sollen. Wollen wir das einfach so hinnehmen? Ich habe große Befürchtungen, dass die Entwicklung in diese Richtung weitergehen wird. Wir waren letzte Woche mit einer Delegation des Südtiroler Landtages beim Bayrischen Landtag zu Besuch und haben dabei die ganze Problematik der Grenzkontrollen – wir selbst wurden ja auch Opfer des Staus an der Grenze zwischen Nordtirol und Bayern – zur Sprache gebracht. Was passiert effektiv, wenn die Stimmung in Deutschland soweit kippt und Maßnahmen wie die Schließung der Grenzen gesetzt werden? Welche Folgewirkungen hat das auf andere Staaten in Europa? Es ist abzu-sehen, dass Österreich nachziehen wird. Welche Auswirkungen hätte das auf Südtirol? Wir haben beim Besuch im Bayrischen Landtag dann auch darüber diskutiert, welche Verwerfungen es für die Europäische Union bedeuten würde, wenn die Grundsäule der europäischen Integrationspolitik, nämlich das Schengen-Abkommen, einfach so in Frage gestellt würde. Uns wurde eigentlich ganz lapidar zur Antwort gegeben, dass man das in Kauf nehmen müsse. Das wäre das geringere Übel. Wir müssen uns schon bewusst sein, in welcher Situation sich die EU und deren Staaten befinden. Erinnern wir uns ein bisschen zurück, welchen Aufschrei es gegeben hat, als Ende des letzten Jahres die Regierung Orbán nicht innereuropäische, sondern außereuropäische Grenzen mit einem Zaun geschlossen hat. Genau die Politiker, die damals einen Schrei der Entrüstung durch ganz Europa getragen haben, haben ihre Meinung jetzt geändert und fordern selbiges für Griechenland. Sie fordern, dass die Marine auffährt. Jeder spricht von einer Festung Europa, die aufgebaut werden müsse und dass die Außengrenzen dicht gemacht werden müssen. Man sieht, wie sich die Wahrnehmung in der Politik geändert hat. Eines ist klar: Wenn die Europäische Union nicht in der Lage ist, Lösungen für diese Krise zu finden, dann werden die Nationalstaaten derart unter Druck geraten, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als staatliche Lösungen zu finden. Das bedeutet de facto ein Hochfahren der Grenzen und das Aus des Schengen-Abkommens, mit allen Konsequenzen für Südtirol, im Besonderen deshalb, weil die Brennergrenze nicht irgendeine Staatsgrenze, sondern eine Unrechtsgrenze mitten durch unser Land ist.

Die italienische Regierung hat den Vorschlag angedacht, einen der Flüchtlings-Hotspots – man verzeihe mir den englischen Ausdruck, aber ich habe noch keine passende deutsche Bezeichnung gefunden – am Brenner zu errichten. Im Grunde genommen handelt es sich um Auffanglager, in denen Menschen untergebracht werden und eine Registrierung stattfinden soll. Italien ist ja dafür gerügt worden, dass die Migranten einfach so ohne Registrierung durchgelassen wurden, wissend, dass sie dann nicht nach Italien zurückgeschickt werden können. Wenn diese dann irgendwo in Deutschland aufgegriffen werden und nicht in Italien registriert worden sind, dann greift das Dublin-Abkommen nicht mehr und niemand kann verlangen, dass sie wieder nach Italien zurückgeschickt werden. Dahinter steckt also schon auch ein bisschen ein System, was aber auch damit zusammenhängt, dass Italien in dieser Frage bisher alleine gelassen worden ist. Das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Man hat jahrelang blind zugesehen, wie Flüchtlingsboote in Lampedusa und auf anderen Inseln angekommen sind und sich gedacht: "Italien wird schon eine Lösung finden." Nun rächt sich diese Politik und wir sehen, dass sich Italien überlegt, eventuell einen dieser Hotspots am Brenner zu errichten. Was bedeutet das? Das ist ja nicht zufällig gewählt, sondern bewusst, um Österreich und Deutschland unter Druck zu setzen. Man weiß, dass sich die Flüchtlinge, die die Gefahren einer Meeresüberfahrt und der Überschreitung von Grenzübergängen am Balkan hinter sich gebracht haben, sicher nicht aufhalten lassen werden. Wie soll Österreich dann reagieren? In Spielberg hat man mit einem Hochfahren der Grenzen reagiert. Die Folge wäre, dass Österreich dasselbe am Brenner machen würde. Stellen Sie sich einmal vor, was eine solche Grenzschießung am Brenner für Südtirol mit sich bringen würde, wenn es zu einem Rückstau von Flüchtlingen am Brenner kommen würde, welche humanitären Katastrophen dort oben passieren würden, was es für unser Land bedeutet, wenn wir zigtausende Menschen haben, die nicht mehr weiterkommen. Es geht nicht darum, den Teufel an die Wand zu malen oder Schwarzmalerei zu betreiben. Wir sollten uns früh genug mit dieser Thematik auseinandersetzen und sollten den Plänen zur Errichtung von Hotspots am Brenner eine ganz klare Absage erteilen. Das ist weder den Flüchtlingen zuzumuten – hier wird Politik mit Flüchtlingen gemacht, um damit Druck auf andere Staaten auszuüben -, noch ist es innenpolitisch für Tirol vertretbar. Wir müssen gegenüber der Idee Wiederhochfahrens der Grenzen, die in Österreich angedacht werden, eine entschiedene Ablehnung zum Ausdruck bringen. Der Hotspot am Brenner muss abgelehnt werden. Wir werden als Südtirol dieses Problem sicher nicht lösen können, aber wir sollten uns die Frage stellen, ob wir auf regionaler Ebene Lösungsansätze finden können. In erster Linie geht es für mich um die Frage der Unterbrin-



gung, der Registrierung und der Frage, was die Migranten in der Zeit machen, in der sie bei uns untergebracht sind. Sie können doch nicht einfach nichts tun, sondern sollten ihre Zeit damit verbringen, sich Eigenschaften anzueignen und Berufe zu erlernen, um ihre Länder wieder aufbauen zu können. In welche Richtung wollen wir diese Menschen integrieren? Diese Dinge könnten auf regionaler Ebene angegangen werden. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten und ersuchen die Kolleginnen und Kollegen im Landtag um Zustimmung.

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Leitner das Wort gebe, möchte ich die Klasse 2F der Technischen Fachoberschule Bozen mit Professor Planer begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Es kommt, wie es kommen musste. Diese Entwicklung war vorhersehbar. Die Warnungen, die wir Freiheitlichen seit Jahren aussprechen, sind eingetreten. Wir sind alles überzeugte Europäer, und es war eine große Erleichterung, als die Grenzbalken am Brenner aufgegangen sind, weil in diesem Rahmen auch die inntirolischen Grenzen gefallen sind. Der Brenner ist leider Gottes eine Grenze, und wenn wir aus Südtiroler Sicht diskutieren, dann ist das, was der Kollege Knoll gesagt hat, goldrichtig. Das haben wir im Übrigen immer so gesehen. Wenn ich mich jetzt aber in die Situation eines Nordtirolers versetze, dann schaut die Sache ganz anders aus. Warum kommt der Druck aus Österreich, die Brennergrenze zu aktivieren bzw. Schengen außer Kraft zu setzen? Weil man sieht, dass durch das Schließen der Grenzen am Balkan möglicherweise die Grenzen anderswo aufgehen. Man spricht jetzt schon davon, dass weiß Gott wie viele Menschen in Tarvis ankommen könnten. Nachdem sie alle nach Deutschland wollen, werden sie den Brenner überqueren müssen. Dann ist das die logische Konsequenz. Wir sprechen uns natürlich ebenfalls gegen Erstaufnahmelager am Brenner auf, denn das wäre für Südtirol eine Katastrophe. Es wird wohl Gespräche zwischen den Regierungen und mit dem Bundesland Tirol gegeben haben. Wenn man jetzt beginnt zu reden, dann wäre das sehr spät. Man muss die Gespräche intensivieren. Trotz der Gespräche gibt es dies- und jenseits des Brenners unterschiedliche Aussagen. Das ist einmal so. Der Kollege Knoll hat gesagt, dass sich mehr oder weniger alle österreichischen Parteien dafür aussprechen, Schengen zeitweilig außer Kraft zu setzen. Diese Möglichkeit besteht. Schengen war eine gute Sache, weil die Grenzen durchlässiger geworden sind. Wir mussten nicht mehr den Ausweis herzeigen, sondern konnten praktisch unkontrolliert durch ganz Europa fahren. Es gab Leute, die ebenfalls unkontrolliert fahren konnten, nämlich die ganzen Gauner und Kriminellen. Die wurden auch nicht kontrolliert. Dass Staaten Sicherheitsprobleme haben, kann man nicht mehr leugnen! Es ist alles viel zu spät geschehen. Wenn man sich die Politiker in Deutschland anschaut, dann kauen sie das jetzt nach und versuchen, einen Schwenker zu machen. Sogar Bundeskanzlerin Merkel hat sich herabgelassen, Staaten als sichere Drittländer zu erklären. Das ist alles Schattengefecht und Spiegelfechtereie vor Wahlen, weil man Angst hat, die Wahlen zu verlieren! Deutsche Politiker sagen: "Es ist nicht entscheidend, welche Lösungen wir suchen. Wir müssen verhindern, dass die AfD Stimmen bekommt." Man sieht also, um was es eigentlich geht. Die Gefahr ist nicht neu. Horst Seehofer hat gesagt: "Wir wollen wissen, wer in unser Land kommt!" Guten Morgen! Das wollten wir immer schon wissen, aber wir wissen es nicht mehr! Bei aller Güte von Schengen muss man eben auch die Schattenseite sehen. Ich hoffe, dass es nicht dazu kommen wird. Die Gespräche sollen natürlich weitergeführt werden und dieser Beschlussantrag ist selbstverständlich zu unterstützen, aber man muss es von beiden Seiten sehen. Wir haben es uns auch nicht leicht gemacht und mit den Nordtiroler Freiheitlichen eine gemeinsame Pressekonferenz abgehalten, bei der wir klar die Unterschiede herausgestrichen haben. In dieser Sache kann man nicht die gleiche Meinung vertreten, weil jeder aus seiner Sicht argumentiert.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** In Bayern hat man uns schon deutlich gemacht, welche Probleme es dort gibt. Erstaunlicherweise haben alle Parteien, auch die Grünen, unterstrichen, dass die Kapazität irgendwann erreicht sei. Es gibt unterschiedliche Lösungsansätze. Schengen gibt es de facto und auch de jure nicht mehr, denn Schengen setzt voraus, dass die EU-Außengrenzen gesichert werden. Das ist nie geschehen und geschieht auch derzeit nicht. Bislang war das kein großes Problem, und jetzt kommen eben die innereuropäischen Egoismen auf. Ich glaube ganz einfach, dass diese Egoismen überhandnehmen werden. Wenn das Bundesland Tirol der Meinung ist, die Grenzen zu schließen, dann wird es das machen. Ganz einfach! Eines hat uns auch der Verfassungsdienstleiter im Kanzleramt in Wien erklärt. De jure gibt es nur mehr die offiziellen Grenzübergänge. Rechtlich gesehen dürfte man über die grüne Grenze gar nicht mehr nach Österreich, denn das wäre ein illegaler Grenzübertritt. Das wird natürlich nicht so gehandhabt, aber derzeit gibt es nur die offiziellen Grenz-

übergänge. Wenn ein Wanderer österreichisches Staatsgebiet betritt, dann ist das ein illegaler Grenzübertritt. Man hat uns in Bayern erklärt, dass man befürchte, dass über die Adria-Route und Italien eine ganze Reihe von Flüchtlingen kommen könnte. Es kommen ohnehin täglich mehr als 2.000 Flüchtlinge über die Grenze. Der Beschlussantrag ist richtig und ich stimme ihm auch zu, aber irgendwann einmal muss man die Realität sehen und sagen: "Wenn die Italien-Route zu einer beliebten Fluchtroute werden wird, dann werden Bayern und Österreich handeln und wir werden unser Wunder erleben." Dann können wir uns überlegen, wie das umgesetzt werden kann, was die deutsche Kanzlerin versprochen hat, nämlich, dass wir das schaffen. Wir werden es dann auch nicht mehr schaffen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Dico subito che voteremo la parte impegnativa mentre non ci convince l'introduzione, per cui chiedo la votazione separata.

Eravamo insieme in Baviera, ci siamo resi conto di come è pericolosa la situazione. Io ho cercato di far capire agli interlocutori dei partiti del Landtag della Baviera quanto sia importante per l'autonomia del Sudtirolo il confine aperto, cioè il progetto di una Europa senza confini. Non credo che abbia un futuro la nostra autonomia se tornano i confini degli stati nazionali. Noi abbiamo pensato alla nostra autonomia come un'autonomia che si sviluppava dentro un'integrazione europea. A questo i bavaresi non avevano pensato, è questo il problema, e forse neanche i tedeschi di Berlino, forse bisogna farglielo presente. Sarà una piccola cosa l'autonomia del Sudtirolo, però è un esperimento riuscito in Europa di pacificazione dei conflitti, e l'abbandono di Schengen è l'abbandono del progetto di pace e di integrazione europea ma è anche un fortissimo pericolo per le prospettive dell'autonomia, perché senza un'integrazione europea l'autonomia va ripensata dalle radici, e io questo non lo voglio, ma la voglio sviluppare dentro un'Europa in cui i confini abbiano sempre meno significato. Questo secondo me è il punto su cui anche la Giunta provinciale dovrebbe sforzarsi di parlare sia a Roma che a Vienna, ovunque può. Il ritorno dei confini è la fine degli esperimenti avanzati di pacificazione dell'Europa come quello nostro.

Hotspots al Brennero sono sbagliati, gli hotspots vanno fatti in Libano, vanno fatti vicino ai confini delle zone di crisi, abbiamo approvato una mozione poco tempo fa. Io ricordo la crisi dei Balcani, dove la Croce Rossa del Sudtirolo era ai confini della Macedonia e lì prendeva le persone che scappavano dal Kosovo, dall'Albania, dalla Serbia ecc., li assisteva e li metteva sui mezzi, navi, bus, aerei ecc. che arrivavano qua. Ricordo, e forse li ricorda anche Sepp Noggler i profughi provenienti dalla Bosnia che sono arrivati a Malles. Conosco tantissime di quelle persone che hanno fatto l'università sia in Italia che in Austria e adesso lavorano qui, tra questi c'è anche una nostra collega dei Verdi, ma lei aveva due anni e fu caricata su un pullman dell'Onu in mezzo a Sarajevo colpita dai bombardamenti. Lì c'erano gli hotspots, cioè lì tu devi creare dei corridoi umanitari dove tu vai a prendere i profughi, e non aspetti che questi attraversino deserti, il mare e muoiano per una buona percentuale, arrivano e tu fai loro l'esame del sangue e poi dici: forse non sei un profugo.

Finisco dicendo che in Germania ho avuto l'impressione che loro abbiano fatto un salto che noi non abbiamo ancora fatto, cioè che l'Europa è circondata da crisi enormi, sia ambientali, sia economiche sia belliche che in parte abbiamo contribuito a fare e che la nostra vita è cambiata. Quello che ha capito Angela Merkel in Germania è che l'Europa è cambiata, non è più la stessa. Se voi pensate che il problema della crisi dei profughi con qualche confine in più fuori dall'Europa si possa risolvere in breve tempo, sbagliate! Questa è la prospettiva dei prossimi 10, 20 anni. La nostra vita è cambiata. L'Europa è cambiata. Troviamo delle soluzioni che non riducano i diritti e la nostra umanità, che poi è il cuore della cultura europea.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte daran erinnern, dass das Innenministerium bereits das Militär an die Grenzen geschickt hat. In Winnebach habe ich mir das selber angeschaut. Die Quästur sagt, dass das Vorbeugungsmaßnahmen gegen mögliche terroristische Anschläge wäre. Man fragt sich schon, was da ein Anschlagziel sein sollte. Bei den Baracken in Winnebach wäre es nicht schade, wenn die endlich jemand wegräumen würde. Attentäter kommen nachweislich über die Flüchtlingsrouten, und deshalb sind die Außengrenzen zu überwachen und zu sichern und nicht die Grenzen oben am Brenner oder in Winnebach zu schließen. Eine Schließung dieser Grenzen wäre für Südtirol fatal. Ich möchte das nicht noch einmal erleben, denn ich habe das selbst mitgemacht.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Nachdem der Südtirol-Konvent noch nicht abgeschlossen ist und wir die Brennergrenze somit noch nicht abgeschafft haben, möchten wir darum bitten, über die Worte "lehnt die Brennergrenze ab und" im ersten Punkt getrennt abzustimmen.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Con la modifica proposta dalla collega Foppa il primo punto è condivisibile, quindi credo che ci possa essere un voto favorevole sul merito della questione e non sull'ideologia. Il merito della questione è che ci troviamo di fronte alla messa in discussione di uno spazio comune di circolazione dei cittadini e delle merci a livello europeo. Questo incide profondamente, nelle fondamenta dell'Unione Europea. Quella data dagli stati che hanno reintrodotta i controlli ai confini nazionali è un fenomeno, una emergenza di priorità assoluta per tutti quei cittadini che ritengono di esprimere sinceramente la convinzione di appartenere ad un comune spazio, che è appunto quello europeo. La reintroduzione dei controlli ai confini nazionali sono la rappresentazione plastica del rischio a cui l'Europa va incontro in termini di disgregazione sulla base di una messa in discussione di uno dei presupposti fondamentali. Abbiamo il dovere quindi di dare un'indicazione molto chiara. Con la modifica proposta si esprime una contrarietà alla soppressione del trattato di Schengen, su questo sono pronto a votare convintamente. Spoglierei però la mozione del valore ideologico che come sempre si cerca di attribuire. È vero, è stata una grande conquista per noi tutti il fatto della riduzione di quel confine dal punto di vista dei controlli, delle procedure burocratiche che una volta segnavano in maniera pesante il transito da nord a sud, così come in tante altre frontiere. Penso alle frontiere che hanno segnato drammaticamente, altro che Brennero, e profondamente l'Europa come quella per esempio con il confine orientale e la Slovenia. Su questo dobbiamo dire parole chiare, ma non dobbiamo contaminare questo ragionamento con questioni che attengono il piano ideologico che in questo momento devono essere subordinate rispetto ad un interesse più generale e più ampio. Facciamo questo passo di buona volontà, e credo che potremo partecipare tutti a dare indicazioni chiare su quello che è il vero e autentico spirito europeo che vogliamo rappresentare. I problemi legati all'immigrazione vanno risolti sul piano dell'Unione Europea, e posso essere d'accordo soprattutto su un rafforzamento dei controlli alla periferia, ai confini esterni dell'Unione Europea e non all'interno di essa.

**SCHIEFER (SVP):** Ich möchte im Rahmen der SVP-Fraktion um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen, Punkt 1 und Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ersuchen.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Nur noch ein paar Bemerkungen zu dem, was der Kollege Leitner im Hinblick auf die Aufnahmepolitik Deutschlands ausgeführt hat. Ich bin auch der Überzeugung, dass die deutsche Haltung eine vernünftige Haltung war. Die deutsche Regierung weiß genau, dass man sich bereits jetzt auf Herausforderungen einlassen muss. Die deutsche Politik durchläuft ein massives, großes und auch überforderndes Experiment, indem sie aber Lerneffekte herstellt, die wir in einigen Jahren umso schmerzlicher zur Kenntnis nehmen werden müssen. Die Kanzlerin Merkel ist eine Persönlichkeit, die sehr genau abwägt, was auf sie zukommt. Ich glaube nicht nur, dass es ihr Pastorenhetz war, sondern die Überlegung, dass die deutsche Gesellschaft auf einen erhöhten Zustrom an Flüchtlingen hingeführt werden muss. Wenn Deutschland im August, September nicht einen wesentlichen Teil der Flüchtlinge aufgenommen hätte, dann wären die Menschen quer durch Europa zirkuliert. Ich möchte das humanitäre Chaos sehen, das entstanden wäre, wenn die Deutschen nicht einen wesentlichen Teil dieser Fragen abgedeckt hätten. In nächster Zeit wird es darauf ankommen, den Krieg in Syrien zu beenden. Hierzu hat Europa eine wesentliche Mitverantwortung. Dann wird nicht nur die Zahl der Flüchtlinge deutlich abnehmen, sondern es wird auch eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen in den Nahen Osten retournieren. In den nächsten Jahrzehnten wird es trotzdem so sein, dass wir mit einem laufenden Zustrom an Flüchtlingen rechnen müssen. Da können wir die Grenzen noch so dicht machen. Ich darf den Kollegen Zimmerhofer daran erinnern, dass nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Grenze zu Italien dichtgemacht wurde, es die jüdischen Flüchtlinge aus dem Salzburgerischen aber über den Krimmler Tauern geschafft haben. Man muss sich das vor Augen halten. Wir werden in Südtirol in den nächsten ein, zwei Jahren sicher vor der Situation stehen, dass wir mehr Flüchtlinge betreuen werden müssen. Man muss realistisch sein und die Optionen ins Auge fassen.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mit großem Interesse die Stellungnahmen der Kollegen Abgeordneten verfolgt. Man kann sagen, dass sehr viele Überlegungen eingebracht worden sind, die man fast alle als bedenkenswert bezeichnen kann. Sie bieten jenes Bild an Argumenten, Einsichten und Überlegungen, die die Diskussion über die Flüchtlingsproblematik in Europa kennzeichnen.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, was passiert wäre, wenn Deutschland im letzten Herbst nicht jene Anstrengungen unternommen hätte, die es unternommen hat. Ich danke dem Kollegen Heiss dafür, dass er darauf hingewiesen hat, denn man muss auch das als Hintergrund für das "wir schaffen das" von Bundeskanzlerin Merkel hernehmen, wengleich ich der Meinung bin, dass es vielleicht auch eine kleine Auswirkung der Geschehnisse

von Heidenau war. Das, was Kanzlerin Merkel dort gesehen und gehört hat, hat sie daran erinnert, dass man entschieden gegensteuern muss.

Der Kollege Dello Sbarba hat darauf hingewiesen, dass sich Europa verändert hat. Ich glaube, dass sich die Welt verändert hat. Das, was wir in Südtirol in bescheidenem Ausmaß mitbekommen, ist die Auswirkung dessen, was Europa mitangerichtet hat. Wir tragen an dieser Verantwortung mit. Meiner Meinung nach wird oft ein bisschen vereinfacht gesagt, dass es Europa nicht schaffen würde, eine entschiedene Außenpolitik zu betreiben, eine gemeinsame Lösung zu finden und gemeinsame Schritte zu setzen. Es muss uns bewusst sein, dass Europa nur dann gemeinsame Schritte setzen kann, wenn die einzelnen Nationalstaaten diese mittragen. Es fehlt die Kraft einer europäischen Solidargemeinschaft. Damit wird das Freiheitsprojekt, hoffentlich aber nicht das Friedensprojekt Europa in Frage gestellt, wenngleich es zwischendurch danach ausschaut. Das ist auch ein Beweggrund dafür, warum wir uns mit dieser Thematik auseinandersetzen, gerade aus einer Minderheitensituation heraus, in der Grenzziehungen viel mehr verspürt werden und andere Auswirkungen haben. Wenn die Rede von Aussetzung von Schengen oder von verstärkten Grenzkontrollen die Rede ist, dann ist das etwas ganz anderes, als man es im Inneren von Nationalstaaten empfindet. Es ist unsere Aufgabe, immer wieder auf diese besondere Situation hinzuweisen.

Der vorliegende Beschlussantrag setzt sich aus drei unterschiedlichen Themenbereichen zusammen. Ich beginne mit Punkt 3 des beschließenden Teiles. Der Kollege Leitner hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir sehr spät dran wären, wenn wir das erst jetzt tun würden. Dann könnten wir tatsächlich Guten Morgen sagen. Es wäre fahrlässig gewesen, wenn wir nicht nur die regelmäßigen politischen, sondern auch die regelmäßigen fachlichen Absprachen gehabt hätten. Wir haben eine Taskforce, die sich aus Beamten der verschiedenen verantwortlichen Bereiche des Bundeslandes Tirol, Südtirols und des Trentino zusammensetzt, die sich regelmäßig trifft und Absprachen macht. Es ist natürlich legitim, dass jeder das Thema aus seiner momentanen Situation und Lage sieht. Der Versuch, das im Austausch so gut wie möglich zu machen, ist wichtig. Es geht natürlich auch um den Austausch von Informationen, damit man sich rechtzeitig auf neue Herausforderungen einstellen kann. Diese können wir nur gemeinsam bewältigen, weshalb es uns wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass das Schengen-Abkommen nicht ausgesetzt werden darf. Deshalb tragen wir Punkt 1 des beschließenden Teiles mit. Das würde unsere Situation, aber auch die gemeinsame Planung erschweren.

Bezüglich Punkt 2 des beschließenden Teiles kennen alle, was der Ausgangspunkt für dieses Gerücht war. Es war eine Aussage in Zusammenhang mit den angekündigten stärkeren Grenzkontrollen Deutschlands und Österreichs. Innenminister Alfano hat mit "valuteremo" auf Fragen geantwortet, was im Grunde genommen ja noch nichts heißt. Innenminister Alfano hat bestätigt, dass in keiner Weise daran gedacht wird, einen Hotspot am Brenner einzurichten. Deshalb können wir diesem Punkt nicht zustimmen.

Im Sinne der Sicherung des Friedens-, Freiheits- und Solidaritätsprojektes Europa stimmen wir aber für Punkt 1.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich bedanke mich bei all jenen, die sich an dieser doch sachlichen Diskussion beteiligt haben. Damit kann sich der Landtag in einer Diskussion auch einmal auszeichnen.

Die Kollegin Foppa hat beantragt, über das Wort "Brennergrenze" getrennt abzustimmen. Ich halte das für einen der wichtigsten Punkte in diesem Beschlussantrag, nicht aus politischer Überlegung, sondern weil es der Kern der Frage ist. Es ist ein Unterschied, ob Grenzkontrollen zwischen Griechenland und der Türkei stattfinden oder ob das in einer innereuropäischen Grenze stattfindet. Ich glaube, dass innereuropäische Grenzen abzulehnen ist. Bei uns ist das nun einmal die Brennergrenze. Wir lehnen innereuropäische Grenzen ab, und deshalb ist das der Kern des Beschlussantrages. Es kann dann jeder politisch ableiten, wie er will, aber ich glaube doch, dass alle verstanden haben, dass es um die Schengen-Frage geht, womit natürlich auch die Tirol-Frage zusammenhängt.

Was die Beanstandungen der Landesregierung zu Punkt 2 anbelangt, Folgendes. Es mag schon sein, dass Gespräche geführt worden sind, aber ein Kaffeekränzchen löst die Probleme nicht. Wir fordern ein Konzept. Wo ist ein Konzept zur gemeinsamen regionalen Lösung der Flüchtlingsfrage, beispielsweise zur gemeinsamen Unterbringung von Flüchtlingen? So etwas gibt es nicht. Gibt es eine gemeinsame Integration? Nein. Das wären die Konzepte, die wir verlangen. Dass auf politischer Ebene Gespräche geführt werden, ist gut und richtig, aber es braucht ein gemeinsames Konzept. Welche Auswirkungen hat es für Südtirol, wenn sich die Menschen, die hier herkommen und hier bleiben, nur in eine Sprachgruppe integrieren? Darüber müssen wir doch auch reden. Überlassen wir das dem Zufall oder ist es unser Ansinnen, das zu steuern? Wenn es solche Konzepte nicht gibt und derartige Dinge nicht gemeinsam angegangen werden, dann kann man es den Vertretern des Bundeslandes Tirol

nicht verdenken, wenn sie sagen: "Wir müssen die Bürger auf unserer Seite des Brenners schützen und die Grenze schließen." Deshalb fordern wir ein Konzept.

Was die Aussagen von Alfano anbelangt, muss ich Ihnen sagen, dass ich mich schon lange nicht mehr auf das verlasse, was Italien sagt. Ich habe oft den Eindruck, dass Menschen aufhören zu denken, denn hier werden Dinge in die Kamera gesagt, die dann auch ihre Konsequenzen haben. Wenn ein Minister mit einer solchen Idee an die Öffentlichkeit geht, dann gehe ich davon aus, dass auch etwas dahinter steckt. Dann reagiere ich als Politiker drauf und lehne es entweder ab oder reagiere erst dann drauf, wenn es soweit ist. Deshalb erscheint es uns wichtig, dass man von vorneherein reagiert.

Der Kollege Heiss hat gesagt, dass sich Europa verändere. Natürlich: Tempora mutant et nos cum illis. Das haben schon die Lateiner gewusst. Es ist aber ein Unterschied, ob wir einfach zuschauen, wie sich die Europa und die Gesellschaft um uns herum entwickelt oder verändert oder ob wir Akteure werden, wie sich Europa und die Gesellschaft um uns herum verändert. Kollege Heiss, in der Nähe des Marienplatzes in München befindet sich ein großes Einkaufszentrum, in dem ich war. Als ich auf die Toilette gegangen bin, kam ein Mann hinter mir her und hat gesagt, dass ich die Toilette nicht benützen dürfte. Als ich gefragt habe warum, hat er mir ein Schild mit einer arabischen Schrift gezeigt, auf dem stand, dass die Toilette für Muslime reserviert sei. Als ich dann nochmals gefragt habe, warum das so sei, hat er mir geantwortet, weil wir in ihrem Glauben unrein sind. Ich möchte damit sagen, dass wir uns diese Frage stellen müssen. Wollen wir, dass sich Europa in diese Richtung entwickelt oder setzen wir integrationsmäßig Maßnahmen gegen eine solche Entwicklung? Das ist ein Europa, das ich mir nicht wünsche, und das hat auch nichts mehr mit Integration zu tun. Das ist falsch verstandene Toleranz. Welche Art von Integrationsmaßnahmen wollen wir? Das wird alles dem Zufall überlassen. Jeder spricht schön von Integrationsmaßnahmen, aber ohne dabei zu sagen, wie diese ausschauen sollen. Wie soll Integration in Tirol ausschauen? Heißt das, dass sich die Menschen in die deutsche oder italienische Sprachgruppe integrieren sollen, dass sie hier bleiben oder nur einen Beruf erlernen und dann wieder in ihre Heimat zurückkehren sollen? Wie gehen wir mit Glaubensunterschieden um? Über diese Dinge wird einfach nicht geredet. Es reicht nicht, wenn sich politische Vertreter nur ab und an einmal treffen, denn hier braucht es ein Konzept. Genau das fordern wir. Uns ist klar, dass wir das Flüchtlingsproblem auf europäischer Ebene bestimmt nicht von Südtirol aus lösen können.

Wir ersuchen um Zustimmung zum Beschlussantrag.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung, und zwar nach getrennten Teilen, wie von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Schiefer beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 11 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles: mit 32 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teiles: mit 14 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Kollege Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sull'ordine dei lavori, credo che sul punto 1 sia legittimo chiedere di rivotare, perché era stata chiesta la votazione separata. Lei l'ha acconsentita, presidente, e poi c'è stato un errore chiaro nel chiamare la votazione. Può succedere a tutti però, visto che la volontà era chiara, credo che vada ripetuta la votazione sul punto 1.

**PRÄSIDENT:** Kollege Dello Sbarba, ich würde vorschlagen, dass wir über Punkt 1 des beschließenden Teiles abstimmen, ohne den Satz. Kollegin Mair, es geht hier nicht darum, ob sich ein technischer Fehler eingeschlichen hat oder nicht, sondern es geht darum, was die Aula damit gemeint hat. Die Aula hat gemeint, dass man den Text so abstimmt, dass der Satz heraus- oder hineinkommt. Korrekter wäre es sicher, den Teil ohne den Satz abzustimmen und dann über den Satz.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Scusi, si deve votare prima l'inciso e poi tutto il resto! Se io voto tutto escluso quello, e poi dopo si vota a favore dell'inciso, e io sono contrario all'inciso non posso più tornare indietro.



Che discorso è? Il concetto è che io voto a favore se so che non c'è l'inciso, se so che c'è l'inciso non voto a favore, allora prima bisogna votare l'inciso e poi si può votare il resto, altrimenti io non so che cosa votare.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten, und man möge das Protokoll kontrollieren. Wir haben über den gesamten Absatz 1 abgestimmt, weshalb eine Wiederholung der Abstimmung nur dann zulässig ist, wenn das Ergebnis nicht klar ist. Ich gehe davon aus, dass jeder gewusst hat, über was abgestimmt wird. Über Absatz 1 ist vollinhaltlich abgestimmt worden. Man kann dann nicht hergehen und einen Teil streichen.

**PRÄSIDENT:** Kollege Leitner, wenn über einen Absatz vollinhaltlich abgestimmt wird, kann man nachträglich auch noch einen Teil streichen. Das ist auch schon vorgekommen. Die technische sauberste Lösung wäre jene, die der Kollege Dello Sbarba vorgeschlagen hat, nämlich, dass man zuerst über den Absatz ohne den Satz abstimmt und dann über den Satz.

Kollege Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Wir haben gemerkt, dass es in Sachen Geschäftsordnung unterschiedliche Ansichten gibt. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass es eine Abstimmung gegeben hat, und darüber wird nicht mehr diskutiert. Wenn Sie als Präsident sagen, dass die Abstimmung unter falschen Voraussetzungen stattgefunden hat, dann ist sie annulliert. Sie entscheiden, wie neu abgestimmt wird.

**PRÄSIDENT:** Ich nehme das auf meine Kappe, da in der falschen Reihenfolge abgestimmt worden ist. Wir wiederholen also die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles, ohne die Wörter "lehnt die Brennergrenze ab und": mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Wörter "lehnt die Brennergrenze ab und": mit 27 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 555/16 vom 18.1.2016, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Kurse in Bürgerkunde für Ausländer in Südtirol"**.

Punto 11) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 555/16 del 18/1/2016, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante corsi di educazione civica per gli stranieri in Alto Adige"**.

*Ein angemessener Umgang mit dem Phänomen der Migrationsströme setzt eine Auseinandersetzung mit grundlegenden Werten und Haltungen voraus, die für ein gelungenes Miteinander zwischen neuen Mitbürgern und Einheimischen ausschlaggebend sind. Migranten, die nach Europa und Südtirol kommen, fliehen oft vor extremen Notlagen in ihren Herkunftsländern und schätzen an unserer Kultur sicherlich den demokratischen Geist, den sozialen Frieden und ein Klima der Toleranz, die nach Jahrhunderten der kriegerischen Auseinandersetzungen auch dank dem großartigen Friedensprojekt der europäischen Einigung erzielt werden konnten. Unsere Weltanschauung in Europa – und somit auch in Italien und Südtirol – unterscheidet sich jedoch häufig sehr stark von jener in den Herkunftsländern der Migranten, da bei uns andere Gesetze gelten, aber vor allem eine andere Lebensweise mit völlig unterschiedlichen Sitten und Gebräuchen. Um die Integration der neuen Mitbürger und der Asylberechtigten in unserem Land zu unterstützen, aber auch um das Verständnis für unsere Kultur bei jenen zu fördern, die nur auf Durchreise sind oder auf eine Antwort auf ihren Asylantrag warten, wäre es daher nützlich, ein Angebot zur Förderung grundlegender Werte im Sinne des Zusammenlebens, des respektvollen Umgangs miteinander und des gegenseitigen Verständnisses zwischen italienischen Staatsbürgern und Ausländern zu schaffen. In diesem Lernprozess zu Landes- und Bürgerkunde soll ein Grundwissen über unsere Verfassung, die Grundrechte, das Einwanderungsrecht auf nationaler und lokaler Ebene, die Landesgeschichte und die hierzulande üblichen Sitten und Gebräuche vermittelt werden, z. B. zu den Themen Demokratie als Grundwert, der Sozialstaat, die Rolle der Frau und ihre Gleichberechtigung, freie Meinungsäußerung, politische und religiöse Freiheit, der säkulare Staat, Geschichte und Religion in Europa, die hierzulande übliche Art, sich zu kleiden und sich zu unterhalten, erlaubte und verbotene Handlungen usw. Die Kurse könnten auch ehrenamtlich gehalten werden etwa von Lehrpersonen, Kulturmittlern oder auch ausländischen*

Mitbürgern, die schon in unsere Gesellschaft integriert sind und ihre Kenntnisse weitergeben möchten,.

*Es ist wichtig hervorzuheben, dass in einen Integrationsprozess immer sowohl die Lokalbevölkerung als auch die neuen Mitbürger miteinbezogen werden müssen. In der Immigrations- und Integrationspolitik darf man nie auf die Zustimmung der Gesellschaft verzichten. Daher müssen beide Seiten einander Respekt und Verständnis entgegenbringen, vor allem aber müssen die neuen Mitbürger die Möglichkeit haben, zu lernen, wie die Gesellschaft, deren Mitglieder sie bald werden, funktioniert. Sie müssen die Lebensweise, die Gewohnheiten und Traditionen der Menschen, mit denen sie zusammenleben möchten, kennenlernen und die Gebräuche, die sich von jenen in ihren Herkunftsländern unterscheiden, akzeptieren.*

*Integration ist auch Gegenstand des Artikels 4-bis des Testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero (Einheitliche Bestimmungen zur Regelung der Einwanderung und zum Status der Einwanderer, gesetzesvertretendes Dekret Nr. 286/1998). Unter Absatz 2 wird sinngemäß Folgendes festgehalten:*

*Es werden Kriterien und Vorgangsweisen festgelegt, nach denen ausländische Bürger bei Einreichung des Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Sinne des Artikels 5 eine Integrationsvereinbarung mit einem Punktesystem unterzeichnen, womit sie sich dazu verpflichten, innerhalb der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis bestimmte Integrationsziele zu erreichen. Die Unterzeichnung der Integrationsvereinbarung ist Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis. Der Verlust des gesamten Punkteguthabens hat den Widerruf der Aufenthaltserlaubnis und die Ausweisung des betroffenen ausländischen Bürgers aus dem Staatsgebiet zur Folge, die vom Polizeidirektor gemäß Artikel 13 Absatz 4 veranlasst wird. Ausgenommen sind ausländische Bürger, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund einer Asylgewährung, der Beantragung des Asylrechts, im Rahmen des subsidiären Schutzes oder aus humanitären oder familiären Gründen sind oder aber über eine EU-Aufenthaltserlaubnis für langfristig Aufenthaltsberechtigte, eine Aufenthaltskarte für ausländische Familienangehörige eines Unionsbürgers oder bei Inanspruchnahme des Rechtes auf Familienzusammenführung über eine andere Aufenthaltserlaubnis verfügen.*

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

*geeignete Methoden zu ermitteln, um unseren neuen Mitbürgern und Mitbürgerinnen unsere Lebensweise, unsere Kultur und die Regeln, nach denen wir uns richten, näherzubringen und dabei mittels eigener Kurse einen Lernprozess zu Landes- und Bürgerkunde einzuleiten;*

*Organisationen bzw. Institutionen zu ermitteln, die solche Integrationskurse übernehmen können;*

*eine Broschüre mit Informationen über unser Land und unsere Kultur im Sinne der Einleitung zur Verwendung in den Integrations- und Sprachkursen auszuarbeiten;*

*den Teilnehmern bei Kursabschluss eine symbolische „Integrationsurkunde“ auszustellen.*

-----

*Governare adeguatamente il fenomeno migratorio non può prescindere dai fondamentali aspetti culturali che determinano la qualità della convivenza tra nuovi arrivati e autoctoni. Gli immigrati che arrivano in Europa e in Alto Adige spesso fuggono da gravi situazioni nei loro Paesi di origine e della nostra cultura apprezzano sicuramente lo spirito democratico, la pace sociale e un clima di tolleranza raggiunti dopo secoli di conflitti grazie anche a quel grandioso progetto di pace che è stata l'unificazione dell'Europa. Tuttavia questa Europa – e quindi l'Italia e la nostra Provincia – rappresentano una realtà spesso molto diversa da quella dalla quale provengono, con leggi ma soprattutto stili di vita, usi e costumi nuovi e profondamente differenti. Per favorire l'integrazione dei nuovi cittadini e di chi ottiene asilo nella nostra Provincia, ma anche per aiutare la comprensione della nostra cultura da parte di chi è solo di passaggio o in attesa di avere una risposta alla propria richiesta di asilo, sarebbe quindi utile creare un percorso finalizzato a promuovere gli imprescindibili valori di convivenza, rispetto, comprensione reciproca tra cittadini italiani e stranieri. Questo percorso di conoscenza del territorio e di educazione civica dovrebbe comprendere le nozioni basilari della nostra Costituzione e i diritti fondamentali, le leggi sull'immigrazione a livello nazionale e locale, la particolare storia del nostro territorio e anche una presentazione degli usi e costumi della nostra realtà, ad*

*esempio il valore fondamentale della democrazia, lo stato sociale, il ruolo della donna e la sua parità di diritti, la libertà di espressione di pensiero politico e religioso, lo Stato laico, la storia e la religione dell'Europa, il modo di vestirsi e di divertirsi, ciò che è consentito e ciò che invece è vietato, ecc. I corsi potrebbero anche essere condotti su base volontaria da insegnanti, mediatori culturali o anche cittadini stranieri già integrati nel territorio che intendano mettere a disposizione le loro professionalità.*

*È importante sottolineare che un processo di integrazione comprende sempre sia i cittadini locali che quelli nuovi. Una politica di immigrazione e di integrazione non può prescindere dal consenso sociale e per questo motivo è necessario che entrambe le parti si comprendano e si rispettino, ma soprattutto che i nuovi arrivati abbiano la possibilità di imparare come funziona la società di cui entreranno a far parte. Devono poter capire lo stile di vita, le consuetudini, le tradizioni delle persone con cui vogliono convivere ed imparare ad accettarne le diversità rispetto ai loro paesi di origine.*

*Il progetto di integrazione era anche previsto nell'articolo 4-bis del Testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero (Dlgs. n. 286/1998) che al comma 2 recita:*

*"(...) sono stabiliti i criteri e le modalità per la sottoscrizione, da parte dello straniero, contestualmente alla presentazione della domanda di rilascio del permesso di soggiorno ai sensi dell'articolo 5, di un Accordo di integrazione, articolato per crediti, con l'impegno a sottoscrivere specifici obiettivi di integrazione, da conseguire nel periodo di validità del permesso di soggiorno. La stipula dell'Accordo di integrazione rappresenta condizione necessaria per il rilascio del permesso di soggiorno. La perdita integrale dei crediti determina la revoca del permesso di soggiorno e l'espulsione dello straniero dal territorio dello Stato, eseguita dal questore secondo le modalità di cui all'articolo 13, comma 4, ad eccezione dello straniero titolare di permesso di soggiorno per asilo, per richiesta di asilo, per protezione sussidiaria, per motivi umanitari, per motivi familiari, di permesso di soggiorno UE per soggiornanti di lungo periodo, di carta di soggiorno per familiare straniero di cittadino dell'Unione europea, nonché dello straniero titolare di altro permesso di soggiorno che ha esercitato il diritto al ricongiungimento familiare."*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna*

*la Giunta provinciale:*

*a studiare modalità idonee di insegnamento delle regole e degli stili di vita della nostra cultura ai nuovi cittadini, dando inizio ad un percorso di conoscenza del territorio e di educazione civica tramite appositi corsi formativi;*

*ad individuare organizzazioni/istituzioni che si possano occupare di questi corsi d'integrazione;*

*ad elaborare un opuscolo che contenga le informazioni sul nostro territorio e la nostra cultura nel senso delle premesse per permettere agli operatori di usarlo nei corsi di integrazione e di lingua;*

*a consegnare ai cittadini un simbolico "attestato d'integrazione" alla fine del percorso di formazione.*

Herr Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Wir bleiben weiterhin bei eine Thema, bei dem es sich um Ausländer handelt, wenngleich nicht nur um Flüchtlinge. *Ein angemessener Umgang mit dem Phänomen der Migrationsströme setzt eine Auseinandersetzung mit grundlegenden Werten und Haltungen voraus, die für ein gelungenes Miteinander zwischen neuen Mitbürgern und Einheimischen ausschlaggebend sind. Migranten, die nach Europa und Südtirol kommen, fliehen oft vor extremen Notlagen in ihren Herkunftsländern und schätzen an unserer Kultur sicherlich den demokratischen Geist, den sozialen Frieden und ein Klima der Toleranz, die nach Jahrhunderten der kriegerischen Auseinandersetzungen auch dank dem großartigen Friedensprojekt der europäischen Einigung erzielt werden konnten. Unsere Weltanschauung in Europa – und somit auch in Italien und Südtirol – unterscheidet sich jedoch häufig sehr stark von jener in den Herkunftsländern der Migranten, da bei uns andere Gesetze gelten, aber vor allem eine andere Lebensweise mit völlig unterschiedlichen Sitten und Gebräuchen. Um die Integration der neuen Mitbürger und der Asylberechtigten in unserem Land zu unterstützen, aber auch um das Verständnis für unsere Kultur bei jenen zu fördern, die nur auf Durchreise sind oder auf eine Antwort auf ihren Asylantrag warten, wäre es daher nützlich, ein*

*Angebot zur Förderung grundlegender Werte im Sinne des Zusammenlebens, des respektvollen Umgangs miteinander und des gegenseitigen Verständnisses zwischen italienischen Staatsbürgern und Ausländern zu schaffen. In diesem Lernprozess zu Landes- und Bürgerkunde soll ein Grundwissen über unsere Verfassung, die Grundrechte, das Einwanderungsrecht auf nationaler und lokaler Ebene, die Landesgeschichte und die hierzulande üblichen Sitten und Gebräuche vermittelt werden, z. B. zu den Themen Demokratie als Grundwert, der Sozialstaat, die Rolle der Frau und ihre Gleichberechtigung, freie Meinungsäußerung, politische und religiöse Freiheit, der säkulare Staat, Geschichte und Religion in Europa, die hierzulande übliche Art, sich zu kleiden und sich zu unterhalten, erlaubte und verbotene Handlungen usw. Die Kurse könnten auch ehrenamtlich gehalten werden, etwa von Lehrpersonen, Kulturmittlern oder auch ausländischen Mitbürgern, die schon in unsere Gesellschaft integriert sind und ihre Kenntnisse weitergeben möchten.*

*Es ist wichtig hervorzuheben, dass in einen Integrationsprozess immer sowohl die Lokalbevölkerung als auch die neuen Mitbürger miteinbezogen werden müssen. In der Immigrations- und Integrationspolitik darf man nie auf die Zustimmung der Gesellschaft verzichten. Das kann nur im sozialen Konsens funktionieren und geschehen. Dieser Antrag zielt darauf ab, einen positiven Beitrag dazu zu leisten, indem er den Lernprozess, wie Südtirol und Europa funktionieren, so früh wie möglich anstößt. Ein Ausländer, der unsere Kultur verstehen kann, aber auch verstehen will, kann sich in Zukunft auch integrieren. Deshalb sollten wir so früh wie möglich Integrationsmöglichkeiten anbieten, aber auch fordern, dass diese angenommen werden. Wenn wir hingegen mit der Ausrede des Respektes vor der anderen Kultur kommen, wie es in den letzten Jahren in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern vielfach der Fall war, dann lässt man diese Mitbürger im Grunde genommen alleine. Diese Mitbürger kommen oft aus verzweifelten Situationen und werden häufig die Beute von radikalen Islamisten. Wenn sie keinen anderen Beziehungspunkt in unserer Gesellschaft haben, dann suchen sie sich den Beziehungspunkt häufig in der Moschee. In Deutschland sind die Moscheen von Katar finanziert. Die radikalen Imame, die dort predigen, stammen alle aus Saudi-Arabien. Sie predigen die schlechteste Form des Islam, nämlich die radikal sunnitische-madhhabitische Version. Diese so radikalisierten Neuankömmlinge sind für uns verloren und haben selbst nichts davon. Um dem entgegen zu wirken, ist eine frühe Schulung und eine Integration in ein soziales Netz dienlich. Politischer radikaler Islam darf nicht toleriert werden. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen. Diese Kritik am radikalen Islam sollte aber auch nicht prinzipiell mit der Flüchtlingsfrage eins zu eins in Verbindung gebracht werden. Die Grundlagen unserer Kultur haben letztlich dazu geführt, dass die Neuankömmlinge zu uns und nicht nach Saudi-Arabien gehen wollen, weil sie unsere Kultur und Lebensweise schätzen. Wenn man ihnen erklärt, dass es bei uns keine Scharia gibt und Religion bei uns kein Gesetz ist, dass Frauen gleichberechtigt und zu respektieren sind, dass es bei uns Abtreibung gibt und Freizügigkeit normal ist, dass es Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger gibt, ... Es können ja nicht alle verrückt werden, nur weil man sich weder von einer Frau, noch von einem Mann angreifen lassen will. Diese Sachen muss man vermitteln, denn das ist Teil unserer Kultur. Gerade deshalb will ja ein großer Teil der Flüchtlinge nach Deutschland oder Schweden, die in den Augen der Flüchtlinge der maximale Ausdruck dieses Lebensstils sind. Eine Radikalisierung der Gesellschaft auf beiden Seiten soll unterbunden werden. Es ist nicht tolerierbar, dass Rassismus auf Seite der Einheimischen aufkommt, genauso wenig wie wir eine Radikalisierung, radikalen Islam und einen mangelnden Respekt vor unserer Kultur von den neuen Mitbewohnern tolerieren dürfen, gerade um das große Friedensprojekt Europa nicht zu gefährden.*

*Ich möchte Özdemir zitieren, der Parteichef der Grünen in Deutschland und Moslem ist. Er ist sehr berechtigt, über dieses Thema zu sprechen. Er sagt: "Man kann Menschen willkommen heißen und sich gleichzeitig erwarten, dass sie sich auf ihre neue Heimat einstellen. Nicht nur, wir müssen das sogar einfordern!" Wir müssen ihnen aber auch die Möglichkeit geben, unsere Kultur und Lebensweise so früh wie möglich zu verstehen, am besten gleich schon nach ihrer Ankunft durch Kurse, die ihnen unsere Kultur und Lebensweise näher bringen. Dies gilt sowohl für jene Neubürger, die eine Aufenthaltsgenehmigung aus Arbeitsgründen haben, als auch für solche Flüchtlinge, die noch auf eine Antwort ihres Asylantrages warten und vielleicht nur auf Durchreise sind. In Rom haben wir das Gegenteil von dem gesehen, als nämlich die Venus-Statue verhüllt worden ist. Ich möchte dafür plädieren, dass wir die Venus-Statue in ihrer ganzen Pracht zeigen und erklären, warum das europäische Kultur ist und warum die europäische Lebensweise nach Jahrhunderten soweit gekommen ist.*

*Der beschließende Teil wurde gemeinsam mit Landesrat Achammer etwas abgeändert. Ich verlese ihn kurz: "Aus diesen Gründen*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung,*



*im Zuge der laut Integrationsabkommen des Staates vorgesehenen Gemeinschaftskurse für Nicht-EU-Bürger, neben der Vermittlung der grundlegenden Aspekte zum Verständnis unserer Kultur, einen besonderen Schwerpunkt auf die Kenntnisse der Landeskunde zu setzen;*

*geeignete Methoden zu ermitteln, um auch Flüchtlingen frühzeitig unsere Lebensweise, Rechtsordnung, Kultur und Gegebenheiten näherzubringen um das Verständnis der für Zusammenleben und respektvollen Umgang grundlegender Werte wie Demokratie, Rolle der Frau und ihre Gleichberechtigung, freie Meinungsäußerung, politische und religiöse Freiheit, usw. zu fördern;*

*im Zuge der in Erarbeitung befindlichen Integrationsvereinbarung des Landes weitere geeignete Informationsmöglichkeiten vorzusehen, um frühzeitig einen Lernprozess für neue Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuleiten."*

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe auf eine rationale und möglichst wenig emotionale Diskussion zu diesem Thema.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich hätte eine Bitte an den Einbringer, und ich möchte diese auch an die Landesregierung richten. Ein Aspekt ist hier völlig außer Acht gelassen worden, nämlich der Aspekt der Sprache. Im Integrationsabkommen des Staates ist ja verpflichtend das Erlernen der italienischen Sprache vorgesehen, aber wenn wir von Südtirol reden, sollte man schon auch die deutsche Sprache berücksichtigen. Wir bekommen ein Problem, wenn sich die Ausländer nur in die italienische Sprachgruppe integrieren. Sie erlernen bewusst die italienische Sprache, weil sie wissen, dass sie sich im gesamten Staatsgebiet frei bewegen können. Dabei geht die deutsche Sprache aber unter. Die ist auch für Integrationsmaßnahmen in Südtirol essentiell. Ich würde also vorschlagen, dass man das im Beschlussantrag berücksichtigt. "Neben der Vermittlung der grundlegenden Aspekte zum Verständnis unserer Kultur einen besonderen Schwerpunkt auf die Kenntnisse der Landeskunde und der deutschen Sprache zu setzen."

Wir stimmen dem Beschlussantrag zu, wenngleich wir damals bei der Behandlung des entsprechenden Landesgesetzes einen ähnlichen Antrag gestellt haben. Allerdings müssen wir schon auch sagen, dass es mit Informationsarbeit nicht getan sein wird. Es hat auch in Deutschland eine Diskussion über das Erlernen der Sprache gegeben, wobei Integrationsmitarbeiter sagen, dass es nicht genügend Lehrer geben würde, um all diesen Menschen die Sprache beizubringen, von den ganzen Problemen, die die kulturelle Integration mitbringt, gar nicht einmal zu reden. Bevor wir immer nur sagen, was wir tun müssen, um ihnen etwas über uns beizubringen, sollten wir uns schon die Frage stellen, was wir an uns selbst tun sollten, um ihnen etwas beizubringen. Den Fall mit der Verhüllung der Venus-Statue ist ja beispielgebend dafür. Der iranische Präsident hat in einem Interview ja ganz klar gesagt, dass das von ihm und seiner Regierung nicht einmal angesprochen wurde. Die Statue wurde in vorseilendem Gehorsam in dieser falsch verstandenen Toleranz verhüllt, im Glauben, dass man dem iranischen Präsident das nicht zumuten könne. Das ist ja die Diskussion, die wir haben, wenn es um die Vermittlung von Bräuchen wie Weihnachten, Advent usw. in den Schulen geht. Also, da sollten wir schon auch an uns selber arbeiten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Kollege Köllensperger, ich werde sehr rational argumentieren, aber ich muss Dich daran erinnern, dass meine Kollegin Mair diese Vorschläge damals bei einem Deiner Anträge anbringen wollte, aber Du hast sie damals abgelehnt und vorgezogen, einen eigenen Beschlussantrag einzubringen. Ganz die elegante Art ist es nicht, aber das hat nichts mit dem Inhalt zu tun.

Ich möchte wissen, was der italienische Staat im Integrationsabkommen alles drinnen hat, denn wenn künftig Statuen verhüllt werden, wenn ein ausländischer muslimischer Ministerpräsident zu Besuch ist, dann bin ich dagegen. Das sage ich ganz deutlich! Ich kenne die Vorgaben des Staates nicht. Der Kollege Knoll hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Sprache essentiell ist. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Großteil der Zuwanderer aus deren Sicht nach Italien und nicht nach Südtirol kommt und automatisch nach Italien ausgerichtet ist. Das hat natürlich einen großen Einfluss, und wenn man hier von Mitbürgern spricht, muss ich sagen, dass es zunächst noch Ausländer sind. Auch hier lege ich Wert auf die Begriffsbestimmung. Wir müssen schon wissen, von was wir überhaupt reden, denn wenn die Leute hier bleiben und Mitbürger werden, dann ist es entscheidend, zu welcher Sprache sie sich bekennen, im Sinne von Zugehörigkeit, Proporz usw. Diese Fragen werden sicher auch im Zuge des Konvents erörtert werden, denn das ist eine Herausforderung, der wir uns zu stellen haben. Ich möchte daran erinnern, dass wir vor ich weiß nicht wie vielen Jahren gesagt haben, dass Südtirol von den Menschen, die zu uns kommen, eine Integrationsvereinbarung verlangen sollte, was leider Gottes abgelehnt worden ist. Es kommt alles mit Verspätung. Was die Freiheitlichen bringen, wird abgelehnt. Es ist alles so halb-



herzig. Wir bleiben dabei: Die Zuwanderer haben eine Bringschuld und sich an unsere Gesetze zu halten. Wenn dem nicht so ist, sind die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen. Es braucht klare Forderungen, und ich erinnere an zwei, drei Beispiele: Schächten, Frauen, Geschlechterverstümmelung, Zwangsheirat usw. Da darf es keine Kompromisse geben. Jeder hat sich an unsere Rechtsordnung zu halten, der zu uns kommt. Hier Aufweichungen zu machen, ist mit uns sicher nicht zu machen. Das erste muss die Pflicht zur Spracherlernung sein.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Concordo totalmente con il testo che è stato presentato, che sostanzialmente sollecita il nostro mondo ad avere comprensione della necessità di avviare un processo virtuoso di integrazione sociale che non viene respinto, che però parte anche dall'obbligo morale che è dettato dalla nostra civiltà, e quando uso il termine non lo uso a caso, civiltà che riconosce i valori della democrazia, della libertà di genere, che riconosce il valore della libertà di espressione, quella civiltà che riconosce la pluralità come un valore e non un problema, ebbene assegna alla nostra civiltà e alla nostra società il compito di favorire la virtuosa integrazione attraverso la fornitura di servizi di integrazione che siano fondati sulla educazione, quando è necessario, ai valori fondamentali su cui si regge.

Non voglio aggiungere altro se non sottolineare quanto è indicato al punto 2 che riassume perfettamente lo spirito di una iniziativa ragionevole fondata sul buon senso, nell'interesse non solo di chi accoglie, ma anche di chi vuole e decide di scegliere di eleggere questo territorio come un luogo dove poter dimorare e magari anche sviluppare le proprie attività e stabilirsi.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Manchmal hat man den Eindruck, als würden die Zuwanderer ihre Bürgerrechte sehr genau kennen und sehr genau geltend machen, welche Rechte sie haben, manchmal sogar mehr, als es die Einheimischen können und tun. Natürlich zielt dieser Antrag darauf ab, dass man die gesamte Palette an Grundausrichtungen und eine bestimmte Werthaltung vermittelt. Dem kann man nur zustimmen. Wenn wir schon Integration einfordern, dann müssen wir auch anbieten, wie wir Integration verstehen und erklären, welche Regeln wir haben. Die eigentlich eher grüne Grundhaltung, dass es eine Regellosigkeit für die Ausländer gibt, während für die Einheimischen alle möglichen Regeln aufgestellt werden, ist nicht gerade die richtige Vorgangsweise. Die Grundhaltung, dass alles, was von außen kommt, wunderbar und gut ist, während alles, was wir haben, prinzipiell schlecht ist ... Dass auch bei den Grünen die Einsicht gereift ist, dass man jenen, die zuwandern, vielleicht doch bestimmte Grundregeln und Grundwerte vermitteln sollte, ist durchaus eine positive Entwicklung, die man anerkennen muss.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Grundsätzlich bin auch ich dafür, Kurse für Ausländer abzuhalten. Das habe ich damals ja selbst vorgeschlagen. Was mir in dieser Debatte aber klar fehlt, sind eventuelle Sanktionen. Hier sind wir wieder an dem Punkt angelangt, dass wir keine Zuständigkeiten haben. Ich würde mir wirklich wünschen, dass man in Rom für diese Zuständigkeiten eintritt. Wir können noch so gut klingende Sätze formulieren und Dinge fordern und aufzeigen, aber wir dürfen für unser Land nicht das tun, was wir eigentlich tun müssten. Wir wissen ganz klar, wie Integration in Südtirol auszusehen hat. Ein neuer Mitbürger muss eine Vorleistung erbringen und hat eine Bringschuld, wenn er nach Südtirol kommt. Wir dürfen uns nicht falschen Illusionen hingeben und glauben, dass das, was in Deutschland und Österreich gescheitert ist, in Südtirol gelingen kann. Wir sind nicht einmal in der Lage, Sanktionen ins Feld zu führen, wie es beispielsweise die Vorarlberger, wo die Grünen in der Regierung sind, gemacht haben. Wenn wir die Möglichkeit hätten, einen Integrationsvertrag einzuführen, so, wie es Vorarlberg gemacht hat, wo man sogar soweit geht, dass man sich Sanktionen und Strafen vorbehält und bestimmte Leistungskürzungen bis hin zu Aufenthaltsverweigerungen auferlegt ... In meinen Augen ist Integration nur mit solchen Dingen zu erreichen. Alles andere ist eine Illusion.

Lieber Kollege Köllensperger, an eines muss ich Dich schon erinnern: Wir Freiheitlichen haben in vielen Dingen Vorarbeit geleistet. Du wünschst dir eine rationale Diskussion und keine Emotionen, aber bei der Rentengeschichte warst du derjenige, der am wenigsten rational argumentiert und nur mit Emotionen gespielt hat!

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich stelle wieder einmal den Drang in dieser Aula fest, das grüne Gedankengut ausreichend zu interpretieren. Es gibt einen wahren exegetischen Drang, immer wieder über unsere Gedanken und Meinungen zu reden, wenngleich wir nicht die Protagonisten eines Antrages sind. Wir sind trotzdem immer im Gespräch.

Die Maßnahmen dieses Beschlussantrages sind an und für sich in Ordnung und die kann man auch teilen. Was mich allerdings eher verwirrt, ist etwas Feinstoffliches, nämlich die Haltung, die ich hier herauslese und die

leider auch diese Debatte ein wenig gekennzeichnet hat. "Wir müssen ihnen etwas beibringen und ihnen etwas zeigen!" Ich erinnere daran, dass dieser Satz groß auf einem Bauwerk in diesem Land steht und uns eigentlich seit vielen Jahren verletzt. Deshalb würde ich mir wünschen, dass diese Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, in einen ganz anderen Geist gesetzt werden. Ich habe in dieser Aula schon einmal von einem Projekt erzählt, das wir zur Zeit, als ich im Amt für Weiterbildung gearbeitet habe, in Angriff genommen haben, das allerdings an fehlenden Geldmitteln gescheitert ist. Es ging darum, ein Informationswerk für MigrantInnen herzustellen, wobei wir von den Bedürfnissen und Fragen der MigrantInnen ausgegangen sind. Das ist der einzige Ansatz, denn es bringt nichts, jemand anderem unsere Kultur zu beschreiben, wenn diese Person nicht sagt, was sie eigentlich wissen will. Lernen funktioniert nur dann, wenn ein offener Kanal für einen Empfänger vorhanden ist. Diesen offenen Kanal muss man herstellen. Darum geht es! Interesse und Neugier sind vorhanden. Als praktischer Mensch stelle ich mir natürlich auch die Frage, wie man jemandem, der kaum ein paar Worte Italienisch kann, eine Verfassung oder Bürgerkunde erklären will. Das ist alles nicht so einfach, weshalb es wesentlich ist, dieses Thema im Dialog mit Migrantinnen und Migranten anzugehen und von deren Interessen, Fragen und kulturellen Hintergründen auszugehen. Sonst bringt das Ganze gar nichts. Uns ist beispielsweise gesagt worden, dass die Informationen sehr oft von den Jungen an die Eltern weitergegeben werden. Das alles bringt auch Kosten mit sich, aber möchte vom Landesrat die Garantie haben, dass ein dialogischer Prozess angegangen wird.

**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Kollege Köllensperger, vorab vielen Dank für die Anpassung des beschließenden Teiles, sodass wir Punkte gefunden haben, die geteilt werden können. Ich darf kurz über einen Punkt informieren, und zwar in Bezug auf das Integrationsabkommen des Staates. Da sind einige Worte gefallen, die absolut zu teilen sind. Seit 10. März 2012 müssen aufgrund der Bestimmungen des Artikels 4-bis des Einheitstextes 286 aus dem Jahr 1998 Nicht-EU-Bürger, die zum ersten Mal nach Italien einreisen, älter als 16 Jahre sind und eine Aufenthaltsgenehmigung für mindestens ein Jahr möchten, ein sogenanntes Integrationsabkommen des Staates unterschreiben. In Südtirol tun sie dies an den Einheitsschaltern für Einwanderung, die beim Regierungskommissariat oder bei der Quästur angesiedelt sind, weil die Kompetenz dafür beim Staat liegt. Dieses Abkommen sind im Wesentlichen zwei Punkte vor. Einerseits sind Sprachkenntnisse zu erfüllen, wobei auch entsprechende Prüfungen abzulegen sind. Andererseits sind Kenntnisse der Gemeinschaftskunde vorgesehen. Kollege Köllensperger, wenn wir den Vorschlag des Abgeordneten Knoll aufnehmen, dann wäre es besser, noch einen zusätzlichen Punkt einzufügen, denn es ist ein wirkliches Problem, dass sich die Sprachkenntnisse ausschließlich auf Niveau A2 der italienischen Sprache beziehen. Es hat mehrere parlamentarische Initiativen dazu gegeben, laut Artikel 99 des Autonomiestatutes die deutsche Sprache gleichzustellen, was unbedingt notwendig wäre. Es ist ein großes Problem, dass es nicht in der Wahlfreiheit des Nicht-EU-Bürgers liegt, in welcher Sprache er den Kurs absolviert. Nachdem in Punkt 1 des beschließenden Teiles ausschließlich von Kursen in Gemeinschaftskunde die Rede ist, wäre es sinnvoll, eventuell einen weiteren Punkt hinzuzufügen.

Zu den Kursen der Gemeinschaftskunde. Es lag in der Verantwortung des Regierungskommissariates, eine Stelle zu finden, welche diese Kurse organisiert. Aktuell gibt es ein Abkommen des Regierungskommissariats mit dem Deutschen und Italienischen Schulamt. Von unserer Seite übernehmen innerhalb der Sprachzentren zwei Lehrpersonen aus dem Bereich Innovation und Beratung diese Kurse in Gemeinschaftskunde. Im Jahr 2014 waren es 16 zehnstündige Staatsbürgerschaftskurse, 2015 zwölf, für das Jahr 2016 sind zehn zehnstündige Staatsbürgerschaftskurse geplant. Die Inhalte sind beispielsweise Auskunft über die geschichtliche Entwicklung unseres Landes, Gesundheitswesen, Schule, Sozialdienste, die Arbeit, die Steuerpflichtigkeit der Bürger usw., wobei es in der Verantwortung der entsprechenden Lehrpersonen liegt, spezifische Anpassungen auf die lokalen Gegebenheiten zu machen. Deshalb ist dem ersten Punkt zuzustimmen. Soweit wir den Spielraum haben, möchten wir innerhalb der Kurse für Gemeinschaftskunde noch stärker den Aspekt Landeskunde unterstreichen. Im Übrigen würde der Staat vorsehen, dass in sämtlichen Regionen sogenannte CPA – Centri permanenti d'istruzione per adulti – eingerichtet werden, wobei wir Sprachkurse und Kurse zur Gemeinschaftskunde über die Weiterbildung organisieren möchten, nachdem es in den anderen Regionen des Staates kein Weiterbildungsnetz gibt. Es müssten auch entsprechende Prüfungen absolviert werden.

Ich darf noch kurz die weiteren Initiativen ausführen. Das Integrationsabkommen bezieht sich nicht auf Asylantragsteller oder solche, die einen Asylstatus haben. Deshalb ist Punkt 2 in Absprache mit Kollegin Stocker zuzustimmen.

Ein Drittes noch. Die Integrationsvereinbarung, die Kollege Leitner angesprochen hat, ist sinnvoll, wenn gleich wir keine Zuständigkeit haben. Wir sind aber dabei, eine solche auszuarbeiten, und werden sie innerhalb

Februar sämtlichen Landtagsfraktionen zukommen lassen. Es hat an die 20 Treffen gegeben. Es geht darum, eine Vereinbarung zu finden, die von verschiedenen Organisationen, Verbänden usw. getragen werden kann, wobei bei den genannten Treffen zu den meisten Punkten eine Einigung gefunden werden konnte. Wir werden die Integrationsvereinbarung vorlegen und auch Steuerungsinstrumente vorschlagen. Darin ist unter anderem vorgesehen, dass neben den Kursen für Gemeinschaftskunde auch entsprechende Prozessbegleitungen durch interkulturelle Mediatoren in Gemeinden stattfinden. Wir haben Gemeinden im ländlichen Raum mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade dort könnte man durch interkulturelle Mediatoren bestimmte Themen aufarbeiten.

Bezugnehmend auf die genehmigte Tagesordnung, die der Kollege Knoll angesprochen hat, möchte ich sagen, dass eine Willkommensbroschüre als solche ausgearbeitet worden ist. Damit war natürlich ein entsprechender Aufwand verbunden, aber die Broschüre wird in Kürze vorgestellt werden.

Ein Letztes noch. Wenn wir eine Integrationsvereinbarung ausarbeiten, dann braucht es – ich weiß, dass das der strittigste Punkt ist – Steuerungsinstrumente. Wir haben Steuerungsinstrumente in Form von Zusatzleistungen des Landes. Derjenige, der wirklich Integrationsbereitschaft beweist, sollte einen Vorteil gegenüber denjenigen haben, die das nicht beweisen. Das ist ein Punkt, der natürlich kontrovers diskutiert werden wird, aber hier hat es verschiedene Rechtsgutachten gegeben.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir dem Beschlussantrag in der geänderten Form zustimmen. Ein Teil ist schon auf dem Weg, anderes werden wir weiter anstoßen. Wenn wir den Punkt Sprache aufgrund des Integrationsabkommens des Staates aufnehmen möchten, dann muss man bei den zuständigen staatlichen Stellen intervenieren, damit die deutsche Sprache der italienischen Sprache im Nachweis gleichgestellt wird. Das muss man so formulieren, weil es parlamentarische Initiativen in diese Richtung gegeben hat. Das liegt ja nicht in unserem Ermessen bzw. in unserer Zuständigkeit.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich ersuche um getrennte Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Bevor wir über die Abstimmungsmodalitäten reden, sollten wir zunächst klären, ob die Änderungsvorschläge von Landesrat Achammer vom Kollegen Köllensperger akzeptiert werden. Sonst wissen wir ja nicht, über was wir abstimmen.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Herr Präsident, ich würde darum ersuchen, die Behandlung des Beschlussantrages kurz auszusetzen und ihn später zur Abstimmung zu bringen.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Punkt 12 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 557/16 vom 18.1.2016, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Begünstigungen und EEVE - gemeinsames Sorgerecht und Familiengemeinschaft.**"

Punto 12) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 557/16 del 18/1/2016, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante le agevolazioni DURP: affido condiviso e nucleo familiare.**"

*Die Anzahl der Mitglieder einer Familiengemeinschaft spielt bei der Steuererklärung eine wichtige Rolle, wobei für den Zugang zu einer Reihe von Begünstigungen, wie etwa Rückerstattungen für Gesundheits- und Fürsorgedienste oder zu Diensten auf Gemeindeebene (z. B. Kinderhorte und Sommerferienbetreuung), Mutterschaftsgeld, Leistungen im schulischen Bereich usw. immer die EEVE (Einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung) abgegeben werden muss.*

*Bei getrennt lebenden Eltern wird die Anzahl der Mitglieder einer Familiengemeinschaft dem Wohnsitz nach berechnet, sodass nur jeweils ein Elternteil, nämlich jenes, bei dem der Wohnsitz des Kindes angemeldet wurde, das Kind als Teil der Familiengemeinschaft angeben und dadurch etwaige mit der EEVE zusammenhängende Begünstigungen genießen kann. Das jeweils andere Elternteil hat dabei trotz des im Staatsgesetz Nr. 54/2006 vorgesehenen gemeinsamen Sorgerechts das Nachsehen.*

Es gibt kein Gesetz, mit dem die Festlegung der Familiengemeinschaft geregelt würde, es werden aber je nach Bedarf verschiedene Definitionen herangezogen. Derzeit kann für die uns betreffenden Zwecke nur das D.LH. vom 11. Januar 2011, Nr. 2, (Durchführungsverordnung betreffend die einheitliche Erhebung von Einkommen und Vermögen) herangezogen werden. In dessen Art. 12 Absatz 2 werden die Wortwahl und Begriffe verwendet, die aus der Zeit vor dem gesetzvertretenden Dekret Nr. 154/2013 stammen. Als „Mitglieder der Kernfamilie“ gelten dabei folgende Personen:

- „der Nutzer/die Nutzerin, für den bzw. für die die Leistung in erster Linie bestimmt ist;
- der Ehegatte der Nutzerin/die Ehegattin des Nutzers, sofern nicht gesetzlich getrennt, oder ihr Lebensgefährte/ihre Lebensgefährtin, sofern er bzw. sie im gemeinsamen Haushalt lebt;
- bei minderjährigen Nutzern/Nutzerinnen, die Personen, welche die elterliche Gewalt, auch getrennt, ausüben, sowie ihre Ehegatten oder im gemeinsamen Haushalt lebenden Lebensgefährten;
- wenn der Nutzer/die Nutzerin steuerrechtlich zu Lasten einer Person lebt, diese Person sowie ihr Ehegatte/ihre Ehegattin oder ihr Lebensgefährte/ihre Lebensgefährtin, sofern er bzw. sie im gemeinsamen Haushalt lebt;
- die minderjährigen ehelichen, rechtlich anerkannten, leiblichen oder adoptierten Kinder von einem der oben angeführten Mitglieder, sofern mit diesem im gemeinsamen Haushalt lebend;
- andere Personen, die steuerrechtlich zu Lasten eines der oben genannten Mitglieder leben.

Andererseits wird im Gesetz Nr. 54/2006 festgelegt, dass beide Elternteile das Sorgerecht für die Kinder behalten und diesbezüglich dieselben Rechte und Pflichten haben, was auch im Artikel 30 der Verfassung vorgesehen ist. Darin wird im Einklang mit der derzeitigen Fassung des Artikels 337-ter des Zivilgesetzbuches unter gewöhnlichen Umständen keines der Elternteile als „im gemeinsamen Haushalt lebend“, „Person mit demselben Wohnsitz“ oder „Mitbewohner“ bezeichnet.

Dementsprechend wurden 2006 in der Gesetzgebung alle Unterschiede in Bezug auf die elterliche Gewalt sowie auf die Rechte und Pflichten der Elternteile aufgehoben, die zuvor im Zivilgesetzbuch noch vorgesehen waren, als das Sorgerecht üblicherweise nur einem Elternteil zugesprochen wurde. Diesem Umstand wurde in der Durchführungsverordnung betreffend die einheitliche Erhebung von Einkommen und Vermögen, die nach dem Jahr 2006 erlassen und nie an die neuen Rechtsvorgaben angepasst wurde, nicht Rechnung getragen.

Die getrennt lebenden und/oder geschiedenen Elternteile sollten die Möglichkeit haben, die EEVE unabhängig vom diskriminierenden Kriterium des meldeamtlichen Wohnsitzes der Kinder vorzulegen. Wenn die Definition der Zusammensetzung einer Familiengemeinschaft weiterhin an den meldeamtlichen Wohnsitz gekoppelt bleibt, werden sich die damit zusammenhängenden Diskriminierungen weiter einbürgern, was mit großer Wahrscheinlichkeit die Chancen auf die erforderliche Ausgewogenheit im Zusammenleben und in der Beziehung zwischen Kindern und Eltern, die ein unabdingbares Recht der Kinder darstellen, erheblich schmälert. (Wenn beispielsweise in einer Familie mit getrennt lebenden Elternteilen Mutter und Vater dasselbe Einkommen haben und gleich viel Zeit mit den Kindern verbringen, kann dennoch nur jenes Elternteil, bei dem die Kinder ihren Wohnsitz haben, die Kinder als Mitglieder seiner Familiengemeinschaft angeben und die mit einem geringeren EEVE-Koeffizienten zusammenhängenden finanziellen Begünstigungen genießen. Dies wirkt sich negativ auf den Lebensstandard des anderen Elternteils und somit auch auf die Möglichkeiten der Kinder, bestimmten Beschäftigungen nachzugehen, wenn sie sich bei ihm aufhalten; aus.) Dass nicht notgedrungen ein Zusammenhang zwischen meldeamtlichem, also rein formellem Wohnsitz (der aus verschiedensten Gründen gewählt werden kann) und der tatsächlichen Zeit, die das Kind im jeweiligen Familienteil verbringt, besteht, ist noch ein weiterer Faktor.

„Crescere Insieme“, ein in unserem Land tätiger ehrenamtlicher Verein, der sich mit Familienrecht und insbesondere mit den Rechten Minderjähriger befasst, hat kürzlich auf einen besonders heiklen Fall eines Jungen hingewiesen, dessen Eltern sich das Sorgerecht teilen. Das Kind lebt bei seiner Mutter und leidet unter Muskeldystrophie des Typs Duchenne (einer neuromuskulären Krankheit, die zu schnell fortschreitender Muskelatrophie und Muskelschwäche und zur degenerativen Schädigung der Skelettmuskulatur, der glatten Muskulatur und der Herzmuskulatur führt). Bei der derzeitigen Rechtslage hat das Kind keinerlei Möglichkeiten, sich in einer angemessenen Form bei seinem Vater aufzuhalten, da dieser die Begünstigungen, die ihm eine Anpassung seiner Wohnung an die Bedürf-

nisse seines Sohnes erlauben würden, nicht in Anspruch nehmen kann. Im Gegensatz dazu konnte die Mutter gemäß den geltenden Bestimmungen zur EEVE zum selben Zweck schon Landesbeiträge beziehen.

Die unterfertigte Abgeordnete ist angesichts der oben angeführten Umstände davon überzeugt, dass die fehlende Anerkennung der Kinder als Mitglieder der Familiengemeinschaft des getrennt lebenden oder geschiedenen Elternteils, mit dem die Kinder nicht denselben Wohnsitz teilen, zu einer schwerwiegenden sozialen Ungerechtigkeit und vor allem zu negativen Folgen für die Minderjährigen führt. Aus den oben genannten Gründen

fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,

- die Kriterien für die Festlegung der an die EEVE gebundenen Begünstigungen, Beihilfen und Leistungen durch die Einführung einer neuen Definition der Kernfamilie zu überarbeiten, wobei beide zum Unterhalt der Kinder verpflichteten Elternteile als deren Mitglieder gelten sollen, unabhängig vom formellen Wohnsitz;
- den Grundsatz gemäß Artikel 337-ter des Zivilgesetzbuches zu beachten, nach dem sich das Ausmaß der Unterhaltspflicht der beiden Elternteile für die Kinder proportional zum jeweiligen Einkommen gestaltet; dabei soll eine EEVE für getrennte Eltern eingeführt werden, sodass jedem Elternteil jener Beitrag zum Lebensunterhalt des Kindes zugeordnet wird, der auch tatsächlich geleistet wird, und in der Folge die entsprechenden Begünstigungen gewährt werden.

-----

*Il numero dei componenti del nucleo familiare è fondamentale in prossimità della scadenza della denuncia dei redditi e ogni qualvolta occorra la dichiarazione del proprio valore D.U.R.P. (Dichiarazione unificata di reddito e patrimonio) ai fini di accedere ad una serie di agevolazioni, come rimborsi sui servizi sanitari e assistenziali nonché su servizi comunali (ad es., asili nido e centri estivi), assegno di maternità, prestazioni scolastiche, ecc.*

*Nel caso di genitori che vivono separati, il nucleo familiare è calcolato in base alla residenza, e quindi solo uno dei genitori, quello presso cui il figlio ha la residenza anagrafica, può inserirlo nel nucleo familiare e pertanto godere, eventualmente, dei vantaggi economici D.U.R.P. a tutto discapito dell'altro, nonostante il principio dell'istituto dell'affido condiviso previsto dalla legge n. 54/2006.*

*Per la definizione di nucleo familiare non esiste una legge specifica, ma se ne danno varie, a seconda dell'uso che si vuoi fare del medesimo. Tuttavia, ai fini che ci occupano occorre al momento fare riferimento al D.P.P. 11 gennaio 2011, n. 2 (Regolamento sul rilevamento unificato di reddito e patrimonio), secondo il quale – art. 12 comma 2, che utilizza la terminologia e i concetti anteriori al D.lgs. n. 154/2013 – “Per nucleo familiare di base si intende quello composto da:*

- *l'utente, cioè la persona che è la principale beneficiaria della prestazione;*
- *il/la coniuge dell'utente purché non legalmente separato/separata, o il/la partner dell'utente, solo qualora l'utente e il/la partner siano conviventi;*
- *nel caso di utente minorenni, chi esercita la potestà genitoriale, anche disgiuntamente, nonché l'eventuale coniuge o partner convivente della persona che esercita la potestà genitoriale;*
- *nel caso in cui l'utente sia soggetto a carico ai fini IRPEF, la persona di cui lo stesso/la stessa è a carico nonché la sua/il suo coniuge o partner convivente;*
- *le figlie e i figli minorenni legittimi o legittimati o naturali o adottivi di uno/una dei componenti sopra elencati, qualora con esso/essa conviventi;*
- *altre persone a carico IRPEF di uno/una dei componenti sopra elencati.”*

*D'altra parte, la legge n. 54/2006 ha stabilito che i figli restano affidati a entrambi i genitori, che hanno pari diritti e doveri, come dei resto sancito dall'art. 30 della Costituzione che, come l'attuale formulazione dell'art. 337-ter C.C., in condizioni normali non attribuisce ad alcun genitore il titolo o il ruolo di “convivente”, “coresidente” o “collocatario”.*

*Infatti, coerentemente, il legislatore del 2006 ha eliminato tutte le differenze di poteri, doveri o facoltà tra i genitori, precedentemente presenti nel codice civile quando la forma ordinaria di affidamento era*



quello a un solo genitore; circostanza ignorata dal Regolamento sul rilevamento unificato di reddito e patrimonio, introdotto dopo il 2006 e mai adeguato alla nuova realtà e ai nuovi principi giuridici.

I genitori separati e/o divorziati dovrebbero avere la possibilità di presentare la D.U.R.P. ai fini di un'eventuale agevolazione, svincolati dal paletto discriminante rappresentato dalla mera residenza anagrafica dei figli.

Se verrà mantenuto l'attuale diretto collegamento della definizione di nucleo familiare con la residenza anagrafica si consolideranno rilevanti discriminazioni a probabile e sensibile danno di quell'equilibrio di opportunità di vita e di relazioni con i genitori che è diritto indisponibile dei figli (a titolo di esempio, considerando una famiglia separata in cui madre e padre hanno redditi identici e ospitano i figli per tempi uguali, solo il genitore presso i quali i figli hanno la residenza potrà inserirli nel suo nucleo familiare godendo, eventualmente, dei vantaggi economici di un coefficiente D.U.R.P. ridotto, circostanza che si rifletterà negativamente sul tenore di vita e sulle attività che i figli potranno svolgere quando si trovano presso l'altro). Senza considerare quanto opinabile e non certo sia il legame tra residenza anagrafica, ovvero formale, (che può essere determinata da mille ragioni di opportunità sociale) ed effettiva presenza del figlio nel relativo gruppo familiare.

Crescere Insieme, un'associazione di volontariato presente sul nostro territorio provinciale che si occupa di diritto di famiglia e in particolare della tutela dei diritti dei minori, ha segnalato, di recente, il delicato caso di un figlio in affido condiviso, residente presso l'abitazione della madre, affetto da distrofia muscolare di Duchenne (una malattia neuromuscolare caratterizzata da atrofia e debolezza muscolare a progressione rapida, da degenerazione dei muscoli scheletrici, lisci e cardiaci), il quale, a causa del Regolamento de quo, non ha alcuna possibilità di frequentare opportunamente il padre, non godendo questi delle agevolazioni che gli consentirebbero di adeguare la sua abitazione alle esigenze del figlio colpito da tale infermità permanente, a differenza della madre che, per effetto del Regolamento D.U.R.P. attuale, ha già ottenuto allo scopo dei contributi provinciali.

La sottoscritta consigliera, sulla base di quanto sopra esposto, è convinta che il mancato riconoscimento dei figli all'interno del nucleo familiare del cd. genitore separato o divorziato "non collocatario", comporti una grave fonte di ingiustizia sociale e soprattutto di danno per i minori.

Tanto premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

- a rivedere i criteri di calcolo per le agevolazioni, benefici e prestazioni D.U.R.P., attraverso una nuova definizione di nucleo familiare di base, al quale dovranno appartenere entrambi i genitori chiamati al mantenimento dei figli, a prescindere dalla formale attribuzione di un luogo di residenza;
- a rispettare il principio di cui all'art. 337-ter c.c., secondo il quale l'obbligo di mantenere i figli spetta ad entrambi i genitori in misura proporzionale ai redditi di ciascuno, costruendo la D.U.R.P. dei genitori separati, attribuendo a ciascuno la frazione di onere che effettivamente sostiene e di conseguenza il corretto godimento delle agevolazioni.

Frau Abgeordnete Artioli, bitte.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** In questa mozione parlo dei numerosi padri e madri separate che purtroppo, se si separano, hanno il problema che la dichiarazione dei redditi viene fatta solo dove abita il bambino. Siccome alcuni comuni hanno regolamentato questa problematica, chiediamo di pensare anche noi come poterlo fare. Leggo la mozione:

*Il numero dei componenti del nucleo familiare è fondamentale in prossimità della scadenza della denuncia dei redditi e ogni qualvolta occorra la dichiarazione del proprio valore D.U.R.P. (Dichiarazione unificata di reddito e patrimonio) ai fini di accedere ad una serie di agevolazioni, come rimborsi sui servizi sanitari e assistenziali nonché su servizi comunali (ad es., asili nido e centri estivi), assegno di maternità, prestazioni scolastiche, ecc.*

*Nel caso di genitori che vivono separati, il nucleo familiare è calcolato in base alla residenza, e quindi solo uno dei genitori, quello presso cui il figlio ha la residenza anagrafica, può inserirlo nel nucleo familiare e pertanto godere, eventualmente, dei vantaggi economici D.U.R.P. a tutto discapito dell'altro, nonostante il principio dell'istituto dell'affido condiviso previsto dalla legge n. 54/2006.*

Per la definizione di nucleo familiare non esiste una legge specifica, ma se ne danno varie, a seconda dell'“uso” che si vuol fare del medesimo. Tuttavia, ai fini che ci occupano occorre al momento fare riferimento al D.P.P. 11 gennaio 2011, n. 2 (Regolamento sul rilevamento unificato di reddito e patrimonio), secondo il quale – art. 12 comma 2, che utilizza la terminologia e i concetti anteriori al D.Lgs. n. 154/2013 – “Per nucleo familiare di base si intende quello composto da:

- l'utente, cioè la persona che è la principale beneficiaria della prestazione;
- il/la coniuge dell'utente purché non legalmente separato/separata, o il/la partner dell'utente, solo qualora l'utente e il/la partner siano conviventi;
- nel caso di utente minorenni, chi esercita la potestà genitoriale, anche disgiuntamente, nonché l'eventuale coniuge o partner convivente della persona che esercita la potestà genitoriale;
- nel caso in cui l'utente sia soggetto a carico ai fini IRPEF, la persona di cui lo stesso/la stessa è a carico nonché la sua/il suo coniuge o partner convivente;
- le figlie e i figli minorenni legittimi o legittimati o naturali o adottivi di uno/una dei componenti sopra elencati, qualora con esso/essa conviventi;
- altre persone a carico IRPEF di uno/una dei componenti sopra elencati.”

D'altra parte, la legge n. 54/2006 ha stabilito che i figli restano affidati a entrambi i genitori, che hanno pari diritti e doveri, come del resto sancito dall'art. 30 della Costituzione che, come l'attuale formulazione dell'art. 337-ter C.C., in condizioni normali non attribuisce ad alcun genitore il titolo o il ruolo di “convivente”, “coresidente” o “collocatario”.

Infatti, coerentemente, il legislatore del 2006 ha eliminato tutte le differenze di poteri, doveri o facoltà tra i genitori, precedentemente presenti nel codice civile quando la forma ordinaria di affidamento era quello a un solo genitore; circostanza ignorata dal Regolamento sul rilevamento unificato di reddito e patrimonio, introdotto dopo il 2006 e mai adeguato alla nuova realtà e ai nuovi principi giuridici.

I genitori separati e/o divorziati dovrebbero avere la possibilità di presentare la D.U.R.P. ai fini di un'eventuale agevolazione, svincolati dal paletto discriminante rappresentato dalla mera residenza anagrafica dei figli.

Se verrà mantenuto l'attuale diretto collegamento della definizione di nucleo familiare con la residenza anagrafica si consolideranno rilevanti discriminazioni a probabile e sensibile danno di quell'equilibrio di opportunità di vita e di relazioni con i genitori che è diritto indisponibile dei figli (a titolo di esempio, considerando una famiglia separata in cui madre e padre hanno redditi identici e ospitano i figli per tempi uguali, solo il genitore presso i quali i figli hanno la residenza potrà inserirli nel suo nucleo familiare godendo, eventualmente, dei vantaggi economici di un coefficiente D.U.R.P. ridotto, circostanza che si rifletterà negativamente sul tenore di vita e sulle attività che i figli potranno svolgere quando si trovano presso l'altro). Senza considerare quanto opinabile e non certo sia il legame tra residenza anagrafica, ovvero formale, (che può essere determinata da mille ragioni di opportunità sociale) ed effettiva presenza del figlio nel relativo gruppo familiare.

Crescere Insieme, un'associazione di volontariato presente sul nostro territorio provinciale che si occupa di diritto di famiglia e in particolare della tutela dei diritti dei minori, ha segnalato, di recente, il delicato caso di un figlio in affido condiviso, residente presso l'abitazione della madre, affetto da distrofia muscolare di Duchenne (una malattia neuromuscolare caratterizzata da atrofia e debolezza muscolare a progressione rapida, da degenerazione dei muscoli scheletrici, lisci e cardiaci), il quale, a causa del Regolamento de quo, non ha alcuna possibilità di frequentare opportunamente il padre, non godendo questi delle agevolazioni che gli consentirebbero di adeguare la sua abitazione alle esigenze del figlio colpito da tale infermità permanente, a differenza della madre che, per effetto del Regolamento D.U.R.P. attuale, ha già ottenuto allo scopo dei contributi provinciali.

La sottoscritta consiglia, sulla base di quanto sopra esposto, è convinta che il mancato riconoscimento dei figli all'interno del nucleo familiare del cd. genitore separato o divorziato “non collocatario”, comporti una grave fonte di ingiustizia sociale e soprattutto di danno per i minori.

Tanto premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita la Giunta provinciale

- a rivedere i criteri di calcolo per le agevolazioni, benefici e prestazioni D.U.R.P., attraverso una nuova definizione di nucleo familiare di base, al quale dovranno appartenere entrambi i genitori chiamati al mantenimento dei figli, a prescindere dalla formale attribuzione di un luogo di residenza;
- a rispettare il principio di cui all'art. 337-ter c.c., secondo il quale l'obbligo di mantenere i figli spetta ad entrambi i genitori in misura proporzionale ai redditi di ciascuno, costruendo la D.U.R.P. dei genitori separati, attribuendo a ciascuno la frazione di onere che effettivamente sostiene e di conseguenza il corretto godimento delle agevolazioni.

Non siamo i primi in Italia che aderirebbero a questo doppio domicilio in modo che tutti e due genitori possano applicare le agevolazioni della DURP, chiedo di introdurlo anche in Alto Adige, viste le separazioni in atto. Basta aprire oggi il quotidiano "Alto Adige" dove c'è un articolo che titola "Record di bambini nati fuori dal matrimonio": sono il 44%. Credo che questo ci faccia capire che ci sono bambini che nascono fuori dai matrimoni, che ci sono separazioni, che non siamo proprio una provincia dove non ci si separa, e non è giusto che un genitore possa avere delle agevolazioni perché il bambino è residente lì e l'altro genitore paghi gli alimenti e basta. Oltre il danno anche la beffa! Il Durp sarebbe da dividere fra i genitori. È già stato fatto, basterebbe dare questa possibilità anche qui in Alto Adige.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich möchte meine Zustimmung zu diesem sehr guten Beschlussantrag ankündigen. Ich glaube, dass dieser Aspekt unserer Gesellschaft viel zu wenig Beachtung findet.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Dichiaro il mio voto favorevole alla mozione presentata dalla collega Artioli. Mi pare che le motivazioni siano trasparenti, quindi non ho bisogno di ulteriori approfondimenti.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich um einen Beschlussantrag mit einleitenden Bemerkungen, die die verschiedenen Familiensituationen und Situationen des Miteinanders berücksichtigen, wobei die aber doch die eine oder andere Situation fehlt. Wenn wir versuchen wollten, auf alle unterschiedlichen Familiensituationen einzugehen, dann bräuchten wir eine auf jeden einzelnen Menschen ausgerichtete EEEV. Das werden wir wahrscheinlich nicht schaffen. Ich glaube, dass das System, das wir jetzt haben, das, was notwendig ist, einigermaßen berücksichtigt.

Wenn ich von Punkt 1 ausgehe, wo steht, dass die Definition von Familie anders gemacht werden sollte, indem auch jemand berücksichtigt wird, der einen anderen Wohnsitz hat, dann müsste man irgendwann einmal nachforschen gehen, wer zusammengeht und wer einen anderen Wohnsitz hat. Ich glaube nicht, dass das vernünftig wäre. Wir glauben, dass unser System, das von der realen Situation ausgeht, das richtige ist, weshalb wir diesen Beschlussantrag ablehnen.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Manca la sensibilità a un problema che ho cercato dettagliatamente di spiegare, perché la mozione l'ha scritta questa associazione di volontariato che si chiama "Crescere insieme" che si occupa di questa problematica dalla mattina alla sera. La società è cambiata, altri comuni e regioni italiane l'hanno applicata, non vuol dire niente se il bambino sta con me 7 giorni, perché il tribunale ti permette di fare l'affido condiviso, la madre tiene il bambino 5 giorni e poi il padre lo tiene altri 5 giorni. Non è giusto però che, siccome la residenza del bambino è a casa della madre che abita in via Milano per esempio, anche se il bambino passa la metà del tempo a casa del padre che abita in viale Europa, il padre non ha diritto di dividere a metà il DURP.

Non riesco a capire questa chiusura, dire no, non pensiamo nemmeno se c'è una possibilità. La società è quella arcaica, siamo tutti sposati, siamo tutti famiglia del "Mulino bianco", andiamo tutti d'amore e d'accordo e le agevolazioni vanno a chi ha la residenza. È molto difficile poter collaborare con questa Giunta che ogni tanto mi ricorda l'età della pietra. Criticavate tanto Durnwalder che non era aperto e moderno, però io sinceramente da questa Giunta non ho ancora visto qualcosa di nuovo, di innovativo e nemmeno la voglia di provare a fare una strada nuova. È veramente deludente stare in quest'aula!

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 3 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zu Beschlussantrag Nr. 251/14 des Abgeordneten Stocker.  
Kollege Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Herr Präsident, nachdem wir die Diskussion über diesen Beschlussantrag bereits begonnen haben und ich weiß, dass der Kollege Stocker mit dem Landeshauptmann Gespräche geführt hat, bin ich jetzt nicht genau darüber informiert, inwieweit eine Einigung gefunden werden konnte. Ich möchte den Kollegen Stocker das schon selber ausführen lassen und würde darum ersuchen, die Behandlung des Beschlussantrages zu vertagen.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Punkt 14 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 319/15 vom 13.2.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend Zusammenarbeit mit dem Autismuszentrum Aurea**" (Fortsetzung).

Punto 14) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 319/15 del 13/2/2015, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante collaborazione con il centro per l'autismo Aurea**" (continuazione).

Ich erinnere daran, dass der Beschlussantrag bereits ausgiebig behandelt, eine Abstimmung vertagt wurde, um einen Austausch zwischen dem Einbringer und Landesrätin Stocker zu ermöglichen.

Landesrätin Stocker, bitte.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, wir haben bereits sehr ausführlich über diesen Beschlussantrag gesprochen. Ich hatte auch die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, welche Angebote es in Südtirol gibt, mit unterschiedlichen Methoden, die in diesem Zusammenhang angewandt werden. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass auch ohne eine Konvention die Möglichkeit besteht, jemanden in ein Zentrum zu schicken. Deshalb haben wir schon das letzte Mal gesagt, dass wir diesen Beschlussantrag ablehnen. Wir wollen den Weg weitergehen, den wir gemeinsam mit den Vereinen, die sich in diesem Bereich gebildet haben, eingeschlagen haben.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wenn man sich den beschließenden Teil des Beschlussantrages durchliest, so geht es nicht darum, die Patienten nach Innsbruck zu schicken, sondern darum, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Autismus-Zentren in Südtirol und jenen in Innsbruck anzustreben. Das wird ja auch im beschließenden Teil so gefordert. Das ist schon ein inhaltlicher Unterschied, und deshalb bin ich mir nicht sicher, ob das der langen Zeit, seit der der Beschlussantrag in Behandlung ist, geschuldet ist oder ob das eine bewusste Ablehnung der Zusammenarbeit ist.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 11 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nachdem der entsprechende Änderungsantrag zu Beschlussantrag Nr. 555/16 verteilt worden ist, nehmen wir dessen Behandlung wieder auf.

Ich verlese den Änderungsantrag: "

Dem beschließenden Teil wird folgender Punkt 1-bis hinzugefügt: '1-bis. durch entsprechende Initiativen dafür Sorge zu tragen, dass im Integrationsabkommen des Staates die deutsche Sprache auf dem Gebiet der Provinz Bozen der italienischen gleichgestellt wird'."

"Nella parte dispositiva è inserito il seguente punto 1-bis: '1-bis. ad adoperarsi tramite apposite iniziative affinché nell'Accordo di integrazione approvato dallo Stato la lingua tedesca venga equiparata a quella italiana sul territorio della Provincia di Bolzano'."

Kollege Köllensperger, bitte.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Wie mit Landesrat Achammer und dem Kollegen Knoll vereinbart, ist es in der Tat so, dass für jene Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung und regulärer Arbeit das Erlernen der deutschen Sprache gleichberechtigt mit dem Erlernen der italienischen Sprache zu erfolgen hat. Das ist absolut einleuchtend und kann natürlich von mir mitgetragen werden. Deshalb wird nach Punkt 1 ein weiterer Punkt eingefügt, der Folgendes besagt: "Durch entsprechende Initiativen dafür Sorge zu tragen, dass im Integrationsabkommen des Staates die deutsche Sprache auf dem Gebiet der Provinz Bozen der italienischen gleichgestellt wird."

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich danke dem Kollegen Köllensperger, dass wir diesen Änderungsvorschlag einbauen durften. Das ist wirklich ein wichtiger Punkt. Wenn die staatlichen Richtlinien nur das Erlernen der italienischen Sprache vorsehen, dann nehmen sie nicht besonderen Bezug auf Südtirol. Wir brauchen uns nur die Realität anzuschauen. Wenn sich die Ausländer in Südtirol nur in die italienische Sprachgruppe integrieren, dann heißt das, dass eine Integration außerhalb von Bozen und Umgebung schwierig wird. Wir wissen, dass einer der wichtigsten Punkte für eine gelungene Integration die Kenntnis der Sprache ist. Hier muss einfach unterstri-

chen werden, dass dafür Sorge getragen werden muss, dass das Erlernen der deutschen Sprache verpflichtend ist.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Per quanto riguarda l'emendamento volevo ancora spendere due parole dicendo che va benissimo, non so quanto si sfregheranno le mani o forse faranno i debiti scongiuri in Austria e Germania, perché prepareremo immigrati pronti per l'integrazione in quei paesi. È logico che se si fornisce un servizio di integrazione in Alto Adige, ma la logica talvolta sfugge, che questo servizio di integrazione vale per il territorio nazionale, quindi ha una logica il fatto che avvenga nella lingua nazionale. Se dovessimo optare per la formazione in altra lingua, tedesca, è evidente che o creiamo il presupposto per una immissione nell'ambito provinciale o, cosa molto più probabile considerati i flussi che conosciamo, formiamo per poi consegnare all'estero.

Adesso mi sembra un po' paradossale tutto questo corto circuito che si è voluto mettere in moto. Messo così quello che è stato scritto sembra tanto bellino e ragionevole, poi nella pratica invece si trasformerà in un autentico boomerang. Tanti auguri, soprattutto li auguriamo ai nostri amici e colleghi d'Oltralpe che si vedranno formati questi immigrati pronti per varcare il confine del Brennero e vivere lì, formati e pagati nella loro formazione dalla Repubblica italiana e ancora una volta tanti complimenti!

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung, und zwar nach getrennten Teilen.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 21 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles: mit 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1-bis des beschließenden Teiles: mit 30 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 22 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teiles: mit 25 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen genehmigt.

Punkt 13 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 251/14 vom 6.11.2014, eingebracht von den Abgeordneten Stocker S., Mair, Blaas, Leitner, Tinkhauser und Oberhofer, betreffend Markenzeichen für 'echte Törggelen-Betriebe'**" (Fortsetzung).

Punto 13) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 251/14 del 6/11/2014, presentata dai consiglieri Stocker S., Mair, Blaas, Leitner, Tinkhauser e Oberhofer, riguardante marchio 'autentico Törggelen'** (continuazione).

Die Behandlung des Beschlussantrages hat am 7.10.2015 mit der Erläuterung desselben durch den Abgeordneten Stocker begonnen.

Wer möchte das Wort? Herr Abgeordneter Köllensperger, bitte.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Es geht hier darum, dass Törggelen zu einem kulinarischen Markenzeichen für ganz Südtirol geworden ist, wobei man bei einem Markenzeichen immer einem schleichenden Missbrauch entgegenwirken sollte. Das ist für mich klar, aber es stellen sich ein paar Fragen. Der beschließende Teil fordert ein Markenzeichen für echte Törggelen-Betriebe. Wenn Törggelen also eine Marke wird, dann wird das Anerkennen dieser Marke mit Auflagen verbunden sein. Welche Gastbetriebe können dann noch Törggelen anbieten? Können das alle Gastbetriebe machen oder kann man es nur mehr im Eisacktal machen, weil das Törggelen ursprünglich dort herkommt, aber im Vinschgau nicht mehr? Was ich für eine gute Idee finden würde, ist, wenn das Land Südtirol die Marke Törggelen registrieren würde, bevor es jemand anderes macht, in der Hoffnung, dass das nicht schon geschehen ist. Ich glaube aber nicht, dass es eine besonders gute Idee wäre, eine Marke in Verbindung mit einer Reihe von Auflagen einzuführen. Ich würde die Marke schützen und nicht weitere bürokratische Hürden einführen.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Der Beschlussantrag des Kollegen Stocker schließt nahtlos an den vorhergehenden des Kollegen Köllensperger an, der empfohlen hat, Kurse in Bürgerkunde für Ausländer in Südtirol zu entwickeln. Törggelen ist ein wichtiges Kulturgut und insofern ist es sicher eine gute Einstiegsmöglichkeit in unsere heimische Kultur. Scherz beiseite, das Törggelen ist zweifellos ein wichtiger stilbil-



dender Faktor nicht nur für unseren Tourismus, sondern insgesamt für das Erscheinungsbild Südtirols. Allein der Name verweist in gewisser Weise auf den Übergangsraum zwischen Nord und Süd, Kollege Stocker. Törggelen kommt vom lateinischen Namen torquere, die Pressen. Es verweist auch auf die romanische Tradition dieses Brauches. Nördlich des Brenners findet man nur Ausdrücke wie "Heurigen", "Buschen- oder Reifenwirtschaft", und insofern ist das ein sehr typischer Ausdruck. Das Törggelen wurde in den 70-er Jahren zu einem wichtigen Markenzeichen. Vor allem mit dem Verfall der italienischen Lira kamen sehr viele österreichische Gäste nach Südtirol. Zugleich hat damit auch die inflationäre Nutzung des Törggelens begonnen, das sich aus den Weinbaugebieten des sonnigen Etschtales, Überetsch, Unterlandes und Eisacktales bis hin ins Pustertal ausgedehnt hat. Damit ist das Törggelen schon sehr inflationiert worden. 1978 ist dann das sogenannte Buschenschank-Gesetz gekommen, erstaunlicherweise kurz vor den Landtagswahlen, womit eine gewisse Qualitätssicherung für das Törggelen erzielt wurde. Inzwischen ist es wirklich so, dass einerseits das Törggelen auf seinem sehr hohen Level betrieben wird. Andererseits hält diese Inflation weiterhin an. Aus bäuerlicher Sicht ist es natürlich ein enorm wichtiger Nebenerwerb. Nun käme es darauf an, was unter "echten Törggelebetrieben" zu verstehen ist. Hier müsste man wirklich ein Kriterium-Bündel entwickeln, das die Qualität entsprechend abdeckt und in gewisser Hinsicht versucht, gewisse ökologische Kriterien hineinzubringen. Eine Veggie-Form des Törggelens, bei der der Gebrauch von Speck auf das Minimum beschränkt wird, wäre natürlich auch angemessen. Aus diesem Grund sind wir natürlich sehr für Deinen Beschlussantrag. Man muss sehen, ob das Törggelen unter die Dachmarke hineinfinden werden kann. Unter diesen Voraussetzungen unterstützen wir diesen Beschlussantrag sehr gerne.

**SCHIEFER (SVP):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag des Kollegen Stocker ist sicher sehr interessant. Allerdings habe auch ich meine Bedenken, wie man das genau feststellen kann. Es gibt heute so viele Törggele-Betriebe, die sich als echt erachten, gerade auch im Unterland und Überetsch. Das klassische Törggele-Gebiet ist teilweise das Burggrafenamt, vor allem aber das Eisacktal. Früher hat man im Eisacktal immer gesagt: "Die Keschn sein guet, der Wein lässt aber zu wünschen übrig!" Das ist heute nicht mehr so. Ihr vom Eisacktal habt heute nicht nur einen guten Weißwein, sondern auch einen guten Rotwein. Klassische Törggele-Betriebe könnte man also vor allem im Eisacktal ausmachen, denn dort passen auch die Krapfen dazu. Ich muss eingestehen, dass die Betriebe im Unterland und Überetsch nicht so echt sein können, weil dort ja kaum Kastanien wachsen. Die Edelkastanien findet man nur oberhalb von Leifers, aber trotzdem wird auf Teufel kaum raus getörggelet. Zudem werden auch Nudeln angeboten, die auch nicht unbedingt zum echten Törggelen dazu gehören. Es ist also sehr schwierig, zu sagen, was echte Törggele-Betriebe sind. Vor allem ist es auch gesetzlich nicht möglich, diesen ein Markenzeichen zu verpassen. Wohl aber könnte man sich überlegen, ein Qualitätssiegel zu erteilen, und diese Richtung sollte unser Bestreben gehen. Natürlich sollte man schauen, dass mit diesem Qualitätssiegel nicht zu großzügig umgegangen wird, sondern dass wirklich bestimmte Voraussetzungen gegeben sind.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Ansatz ist sicher richtig. Es gibt Törggele-Betriebe, die wirklich auf die Authentizität schauen, aber es gibt auch schwarze Schafe, die alles Mögliche anbieten.

Ich möchte kurz auf die Prämissen eingehen. *"In den letzten Jahren ist jedoch vermehrt festzustellen, dass Betriebe Törggelen anbieten, die keinen eigenen Wein keltern und keine Buschenschänke sind. Auch findet man die Angebote immer mehr in Tälern und Ortschaften, wo gar keine Reben gedeihen, sondern wo Milchwirtschaft zu Hause ist."* Dann dürfte auch kein Betrieb Milchprodukte anbieten, der keine Kuh im Garten stehen hat. Es ist sicher gut, dass man die Betriebe, die authentisches Törggelen anbieten, hervorhebt. Der Bauernbund führt über den Roten Hahn eine Liste, in der zertifizierte Betriebe aufscheinen. Es gibt auch das "Südtiroler Gasthaus", das hier hervorsteht und das Originale fördert. Ob der Landtag der richtige Initiator ist, um das Markenzeichen "Törggelen" ins Leben zu rufen, ist für mich ein bisschen fraglich. Wenn schon, dann sollte der Wunsch nach einem Markenzeichen für echte Törggele-Betriebe von den Betreibern selbst kommen. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

**TSCHURTSCHENTHALER (SVP):** Werter Kollege Stocker, ich weiß nicht, wann Du das letzte Mal im Pustertal gewesen bist. Auch dort wird Wein angebaut, allerdings nicht in großen Mengen, aber das kann ja noch werden. Ich habe also meine Bedenken in Bezug auf deinen Beschlussantrag. Im Grunde genommen geht es ja darum, dass entsprechende Qualität angeboten wird, unabhängig davon, ob das im Eisacktal, bei Euch oder im Pustertal geschieht. Wenn jemand eine Kuh im Stall hat, dann kann er sagen, dass er seine Milch anbietet. Das hat die Kollegin Atz Tammerle richtigerweise erwähnt. Zu guter Letzt gilt, dass es sich um ein Qualitätsprodukt

handelt, das für unsere Gäste zum Erlebnis wird. Es muss authentisch sein, und hier gilt es anzusetzen. Ich kann mir den Gedanken der Marke nicht vorstellen, sehr wohl aber ein Qualitätssiegel, so wie vom Kollegen Schiefer genannt. Vorher ist auch das "Südtiroler Gasthaus" erwähnt worden, das im Grunde genommen überall sein kann, vorausgesetzt es erfüllt entsprechende Qualitätskriterien. Es geht vor allem darum, dass wir Einheimischen uns dort wohlfühlen, denn es heißt ja immer: "Wo sich die Einheimischen wohlfühlen, gehen auch die Gäste gerne hin."

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Kollege Stocker, Törggelen hat mit Küche, Keller, aber vor allem mit Kultur zu tun. Es ist in bestimmten Gebieten gewachsen und eine zusätzliche Einnahmequelle für die Höfe geworden. Heute ist es natürlich bäuerliche Kultur, die verallgemeinert wurde. Der Name Törggelen kann auch im Gasthaus verwendet werden. Die Südtirolerinnen und Südtiroler wissen ganz genau, wo die Törggele-Gebiete sind. Aufgrund des Buschenschank-Führers kann man sich dann die Betriebe herausuchen, die kontrollierte Qualität anbieten. Herzugehen und zu sagen, dass alle anderen den Namen "Törggelen" nicht mehr verwenden dürfen, ist natürlich eine Frage, die rein rechtlich so nicht halten könnte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Geschätzter Kollege Stocker, wir haben uns persönlich über diesen Beschlussantrag unterhalten, den ich in seinem Ansinnen voll unterstütze. Es geht darum, dass Südtirol nicht irgendetwas als Törggelen verkauft wird. Wir wollen die Marke Südtirol mit authentischen und stimmigen Inhalten füllen. Das soll sich auf die gesamte Dienstleistungspalette in Südtirol niederschlagen, unabhängig davon, ob es der Apfel, der Speck, das handwerkliche Produkt oder die Gastronomie ist. Man sollte den Leuten nicht ein X für ein U vormachen und in Törggelebetrieben Pizza oder was auch immer anbieten. Das hat nichts mit authentischem Törggelen zu tun. Ich habe den Kollegen Stocker dann darum gebeten, die Behandlung des Beschlussantrages zu vertagen, um eine Recherche machen zu können. Seit dem Jahr 2002 bemüht sich das Land um eine geschützte Marke für das Törggelen, also um die Eintragung einer Schutzmarke für das Törggelen. Diese ist aber bisher von den zuständigen Behörden immer abgelehnt worden. Um eine geschützte Marke zu erhalten, muss man die Ausschließlichkeit historisch begründen können. Es bräuchte einen verbrieften Kanon des Törggelen. In der Handelskammer gibt es ein Register der Gebräuche. Wenn dort das Törggelen als Brauch beschrieben wäre, dann wäre das ein Ansatz, um es markenrechtlich schützen zu lassen. Dem ist aber leider nicht so. Im erwähnten Register kommt vieles vor, aber nicht das Törggelen. Auch andere amtliche oder halbamtliche Dokumente lassen sich nicht finden. Deshalb müssen wir leider sagen, dass ein solcher Markenschutz nicht zulässig ist bzw. nicht gewährt wird. Es muss uns auch bewusst sein, dass ein Betrieb in Auer diesen Begriff dann überhaupt nicht mehr verwenden dürfte. Man hat dann inzwischen in Zusammenarbeit mit dem Südtiroler Bauernbund einen anderen Weg gewählt und ein Produkt entwickelt, das sich "Törggelen am Ursprung" nennt. Es geht um eine geographische Zuordnung und darum, dass es sich um die ursprüngliche Art des Törggelens handelt, dass die Speisekarte und Produktpalette also dem entspricht, was wirklich Törggelen ist. Das ist keine Marke, aber ein Qualitätssiegel bzw. ein Nachweis, dass es sich um das authentische historische Törggelen am richtigen Ort handelt. Diese Initiative hat inzwischen 33 Mitgliedsbetriebe, wobei allein im letzten Jahr 24 Betriebe dazugekommen sind. Es gibt einen neuen Kriterienkatalog, der in Zusammenarbeit mit den Landesämtern ausgearbeitet worden ist, wobei der Südtiroler Bauernbund die Kontrolle übernommen hat. Ich möchte betonen, dass diese Initiative nicht Mitgliedern des Bauernbundes vorbehalten ist. Jeder Betrieb, der diese Kriterien erfüllt, kann um Aufnahme ersuchen. Das Ganze soll jetzt auch stärker durch eine Werbeinitiative begleitet werden. Die Kriterien entsprechen im Übrigen genau dem Ansinnen des Antragstellers. Es geht jetzt darum, dass die IDM in ihrer Marketing-Aktivität, die Tourismusvereine und Tourismus- und Restaurantführer diese Botschaft vermitteln. Dann werden sich wahrscheinlich alle Betriebe, die in Frage kommen, über kurz oder lang darum bewerben. Dann haben wir im Ergebnis diesen Markenschutz erreicht, wobei natürlich auch andere noch Törggelen anbieten werden. Diesen Weg wollen wir beschreiten.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landeshauptmann! Ich bin prinzipiell froh darüber, dass wir dieses Thema andiskutiert haben, weil das Törggelen eine südtirolspezifische Tradition ist. Ich stelle fest, dass wir alle dasselbe wollen. Wir wissen, dass es etwas Wertvolle ist und einige es nicht so gut machen wie andere. Wir wissen auch, dass bei solchen Sachen der Ruf schnell ruiniert ist, wenn jemand missbräuchlich wird. Der Kunde will nicht betrogen werden, und deshalb habe ich diesen Beschlussantrag eingebracht.

Kollegin Atz Tammerle, ich bin davon überzeugt, das mit der Kuh würde ich anders sagen. Mich hat ein Almbetreiber auf diesen Beschlussantrag angesprochen und mich gerügt und gesagt: "Ich biete auf der Alm auch

Törggelen an und die Leute kommen sehr gerne. Du kannst mir das doch nicht verbieten." Natürlich kann ich es ihm nicht verbieten, aber ich möchte, dass man den Kunden sagt, wo das ursprüngliche Törggelen herkommt. Wir können in Terlan ja nicht hergehen und sagen: "Wir machen ein Almatrieb!" Das würde uns keiner abkaufen. Genauso gibt es auf einer Alm kein ursprüngliches Törggelen. Das ist einfach so!

Man hätte den Beschlussantrag vielleicht so abändern können, wie man es in Frankreich mit der Champagne gemacht hat. Dort hat man Zonen ausgewiesen, wo die Champagne zu Hause ist und wo nicht. So etwas hätte man vielleicht andeuten können. Natürlich ist es nicht einfach und man kann den Namen nicht verbieten. Das Südtiroler Gasthaus ist eine Entwicklung der letzten zwei, drei Jahre. Gastwirte haben bewusst gesagt, dass sie etwas Authentisches machen wollen.

Wenngleich der Beschlussantrag nicht angenommen wird, bin ich froh, dass wir darüber diskutiert haben und alle das echte Törggelen schätzen.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 10 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Danke, die Sitzung ist geschlossen.*

Ore 17.56 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (50)

ARTIOLI (3, 54, 56)

ATZ TAMMERLE (19, 29, 59)

BLAAS (4, 10, 20, 26)

DELLO SBARBA (2, 12, 21, 40, 43)

FOPPA (13, 17, 22, 40, 49, 51)

HEISS (8, 10, 13, 15, 20, 28, 32, 41, 58)

HOCHGRUBER KUENZER (20, 60)

KNOLL (4, 11, 27, 37, 42, 48, 51, 57)

KÖLLENSPERGER (19, 28, 31, 46, 51, 56, 57, 58)

KOMPATSCHER (14, 30, 60)

LEITNER (2, 11, 13, 18, 29, 32, 34, 39, 44, 48, 56)

MAIR (12, 19, 49)

PÖDER (1, 6, 10, 19, 27, 33, 39, 44, 49)

RENZLER (4)

SCHIEFER (2, 41, 59)

STOCKER M. (41, 56, 57)

STOCKER S. (19, 60)

THEINER (21, 33)

TOMMASINI (4, 6)

TSCHURTSCHENTHALER (59)

URZÌ (3, 14, 29, 41, 43, 49, 56, 58)

ZIMMERHOFER (18, 25, 30, 31, 40)